

STADT ALS LERNFELD



## DIE AUTOREN:

**GERO FISCHER**, geb. 1944 in OÖ, Studium in Slawistik, Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Wien, Orientalistik und Mathematische Linguistik in Prag, Univ. Doz. für Slawistik und Mathematische Linguistik. Hauptarbeitsgebiete: Minderheiten, Migrationsforschung, Sprachdidaktik, Sprache und Kybernetik.

**HANS HOVORKA**, geb. 1946 in Wien, Ao. Univ. Prof. für Sonder- und Heilpädagogik an der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt. Neben zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen wienspezifische Publikationen, u. a.: Ein Stadtviertel verändert sich. Bevölkerungsaktivierende Stadterneuerung (1987, gem. mit Leopold Redl); Republik „Konge“. Ein Schwimmbad erzählt seine Geschichte (1988); Wien wirklich. Ein Stadtführer durch den Alltag und seine Geschichte (1983, 1992, Mitherausgeber).

**TIMO HUBER**, geb. 1944, Mitarbeit am Institut für Stadtforschung. Lehrbeauftragter an der Hochschule für Gestaltung Linz, Leiter der Gebietsbetreuung Ottakring, 16. Bezirk Wien, Auftragnehmer und Leiter der Gebietsbetreuung Kalvarienbergviertel, 17./18. Bezirk Wien, seit 1988, Architekturbüro seit 1988.

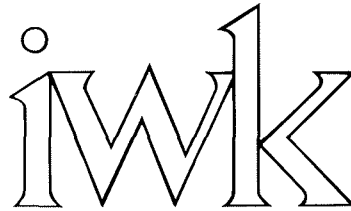
**GOTTFRIED PIRHOFR**, geb. 1950, freiberufliche Tätigkeit in Stadtforschung, Stadtentwicklung und Architekturtheorie.

**HUBERT PRAMHAS**, geb. 1962 in Steyr, Mag. phil., freiberuflicher Historiker. Veröffentlichungen zu sportgeschichtlichen und alltagskulturellen Themen, u. a.: Das rot-weiße Wunder. Fußballklub Vorwärts Steyr (1989), Rote Teufel leben länger. Die Geschichte des FavAC (1993, gemeinsam mit Wolfgang Slapansky).

**WOLFGANG SLAPANSKY**, geb. 1959 in Wien, Dr. phil., freiberuflicher Kulturwissenschaftler und Journalist. Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Veröffentlichungen im Bereich Arbeiter- und Stadtkulturforschung, u. a.: Trümmer und Träume (1991), Das kleine Vergnügen an der Peripherie (1992), Rote Teufel leben länger. Die Geschichte des FavAC (1993, gemeinsam mit Hubert Pramhas).

Linie des Blattes: Verständigung der Öffentlichkeit über die Arbeit des Instituts für Wissenschaft und Kunst sowie Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Arbeiten, die damit im Zusammenhang stehen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Institut für Wissenschaft und Kunst. Redaktion: Dr. Helga Kaschl. Alle: 1090 Wien, Berggasse 17/1. Telefon / Fax: (1) 34 43 42. Satz: Büro Hannes Riedinger, 3423 St. Andrä-Wördern, Schloßgasse 7, Telefon / Fax / Modem: 0 22 42 / 38 414. Druck: Glanz & Hofbauer Ges. m.b.H., 1200 Wien, Treustraße 5, Telefon (1) 330 73 67.



## STADT ALS LERNFELD

THEORIE UND PRAXIS DES MULTIKULTURELLEN ALLTAGS

### INHALT:

<i>Gero Fischer</i> MULTIKULTURELLE ERFAHRUNGEN DER WIENER TSCHECHEN VOR DEM HINTERGRUND DES SPORTVEREINS SLOVAN .....	2
<i>Hans Hovorka</i> VIELFALT STATT EINFALT Alltagsnähe als Handlungsprinzip sozialpädagogischer Stadtteilarbeit mit den „Anderen“ .....	9
<i>Gero Fischer</i> MULTIKULTURALISMUS UND DER WEG ZU EINEM NEUEN GESELLSCHAFTSENTWURF .....	15
MULTINATIONALES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT AUS DEM JAHRE 1858 .....	20
<i>Hubert Pramhas / Wolfgang Slapansky</i> SLOVAN – HERTHA – RUDOLFSHÜGEL FUSSBALLSPORT UND VORSTADT Ein Aspekt großstädtischer Freizeitkultur anhand des „Tschechenbezirkes“ Favoriten .....	21
<i>Gottfried Pirhofer</i> NEUE GRÜNDERZEIT ODER MULTIKULTURELLE PERSPEKTIVE ...	28
<i>Timo Huber</i> VERDRÄNGT MODERNISIERUNG? Integration versus Ausgrenzung sozial schwacher und ausländischer BewohnerInnen .....	31
DIE AUTOREN .....	II

Abbildungsnachweis:

Umschlagfoto von Gero Fischer, Fotos auf Seite 9 von Hans Hovorka

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

48. JAHRGANG 1993 / NR. 4, öS 50,-

GERO FISCHER

## MULTIKULTURELLE ERFAHRUNGEN DER WIENER TSCHECHEN VOR DEM HINTERGRUND DES SPORTVEREINES SLOVAN

Den äußeren Anlaß zum Symposium „Stadt als Lernfeld“ gab das 90jährige Bestehen des Wiener tschechischen Sportvereines Slovan ab, der zu den ältesten Sportvereinen Wiens zählt und zu dessen Mitgliedern prominente Persönlichkeiten gehörten, wie z. B. das Gründungsmitglied Ferdinand Heidler, der in der Ersten Republik der Tschechoslowakei Handelsminister wurde, oder nicht zu vergessen den Bildhauer Alfred Hrdlička, der jahrelang in der Schachsektion des Slovan tätig war. Es geht aber nicht so sehr um die Geschichte dieses Vereines, die schnell erzählt ist, sondern vielmehr um die Auseinandersetzung mit den historischen Erfahrungen der ehemals größten Minderheit in der Geschichte Wiens unter dem Gesichtspunkt der Gegenpole assimilatorischer Zwänge und integrativer Entwicklungsmöglichkeiten.

### VORBEMERKUNGEN

Die Tschechen haben in Wien zahlreiche Spuren hinterlassen, nicht nur, was den hohen Anteil tschechischer Namen betrifft. In der Wiener Umgangssprache gibt es nicht wenige Elemente, die tschechischem Einfluß zuzuschreiben sind. Eine Fülle von Beispielen weisen auf die Präsenz und Kontinuität wienerischer – tschechischer Alltagskultur hin: „Tschecherl“, „Stritzi“, . . . „auf Lepschi gehen“, ebenso wie Anekdoten, Witze, . . . Die Wiener Küche – um ein besonders markantes Beispiel kultureller Kontaktzonen zu erwähnen – ist stark tschechisch/„böhmisch“ geprägt . . .

Vergegenwärtigen wir uns folgendes: Der Anteil der Tschechen in Wien um die Jahrhundertwende war erheblich größer als der der Ausländer (insbesondere der Gastarbeiter) heute. Wir können davon ausgehen, daß etwa gut eine Viertelmillion Tschechen ständig in Wien lebte (gegenüber gut 70.000 Gastarbeitern heute). Heute ist das Tschechische in Wien als Umgangssprache auf den Status einer „Familiensprache“ reduziert, das Vereinsleben hat mit starker Überalterung zu kämpfen, es fehlt an Nachwuchs, die Wiener Tschechen sind in höchstem Maße in ihrer Existenz als Minderheit bedroht. Für ein detaillierteres Bild des Alltags, insbesondere der multikulturellen Einbettung, des politischen und kulturellen Lebens dieser Minderheit müssen wir trotz dieser Vielzahl an offenkundlichen Beispielen kultureller und sprachlicher Kontakte Verfahren der Spurensicherung und Rekonstruktion anwenden. Die wissenschaftliche Aufarbeitung ist noch nicht allzuweit gediehen, zu erwähnen sind (neben kleineren germanistischen) die grundlegenden historischen Ar-

beiten insbesondere von M. Glettler (1972, 1970), sowie die Monographie von K. Brousek (1980) und nicht zu vergessen eine Arbeit, die kulturgeschichtlichen Aspekten einer Wiener Institution, des Böhmisches Praters, nachgeht (W. Slapansky 1992).

### HISTORISCHER EXKURS

Die massive Zuwanderung der Tschechen nach Wien setzt mit dem Beginn der industriellen Revolution ein. Die statistischen Angaben vom Beginn des 19. Jh. sind allerdings ungenau, sie erfaßten allgemein nur „Fremde“ ohne weitere Differenzierung. Der Anteil der „Fremden“ an der Wiener Gesamtbevölkerung stieg stark an und erreichte beträchtliche Ausmaße, die die heutige Diskussion von „vertretbaren“, „verkräftbaren“ Ausländeranteilen in einem absurden Licht erscheinen lassen und die Rede, Wien bzw. Österreich sei kein Zuwandererland, Lügen strafte: So stieg der Ausländeranteil von 5,6% im Jahre 1820 auf 27% im Jahre 1830, 1840 betrug er bereits 40%, 1850 45%, 1869 55%, 1880 war mit 65% der Gipfel erreicht, 1890 waren 56% der Wiener „Fremde“ (vgl. Mais: 1957). Der Slawist Šembera schätzte (1845), daß etwa die Hälfte der Fremden der tschechischen oder slowakischen Nationalität angehörten, was einem Fünftel der Gesamtbevölkerung entsprach. Von 1880 an gab es im Abstand von 10 Jahren Zählungen, in denen die Umgangssprache erfaßt wurde.

Das Siedlungsbild der Tschechen in Wien entspricht dem einer Streulage. Die Tschechen wohnten in Wien nicht in eigenen Vierteln, die vergleichbar mit amerikanischen Czech, Polish towns, Little Italies etc. wären, sondern entsprechend ihrem sozioökonomischen Status. D. h. der Großteil lebte in den Arbeiterbezirken (wie in Favoriten mit einem Bevölkerungsanteil von (1900) bis 20%, in der Brigittenau mit etwa 12%, etc.), während in den „noblen“ Bezirken (Innere Stadt, Döbling, Hietzing u. a. also den Wohngegenden des Bürgertums, Mittelstands, der Ärzte, Rechtsanwälte, der Beamten, Gewerbetreibende, u. a.) die Tschechen mit weniger als 2–4% vertreten waren. Es ist auch interessant, daß sich etwa der Großteil der tschechischen Ärzte und Rechtsanwälte nicht in den Bezirken mit dem höchsten Tschechenanteil niederließ – d. h. nach sozioökonomischen und nicht nach nationalen Gesichtspunkten –, sondern eben dort, wo sie ihre ökonomischen Interessen am erfolgversprechendsten realisieren konnten. Für Wien ist zudem charakteristisch, daß die Wohnsituation in der Stadt die Assimilation in gleicher Weise förderte wie sie Viertel- und Gethobildung verhinderte.

*Anmerkung:*

Die Rangfolge der Bezirke in ihrer Bedeutung als Wohnstandorte ergibt bei den Gastarbeitern (Jugoslawen, Türken) heute ein mit den Verhältnissen der Wiener Tschechen um die Jahrhundertwende vergleichbares Bild. (Auch hinsichtlich der Wohnqualität, der Berufsstruktur etc. sind Analogien bemerkenswert.) Ein besonders schönes Beispiel für die Kontinuität von Wohnstandorten von Arbeitsmigranten ist die Siedlung in der Koloniestraße (Wien 21), die um die Jahrhundertwende für tschechische Arbeiter errichtet wurde; heute wohnen dort Arbeitsmigranten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien.

#### METHODOLOGISCHE PROBLEME UND NATIONALPOLITISCHE FOLGEN

Die Frage nach dem Anteil der Tschechen an der Bevölkerung Wiens geriet im 19. Jh. zu einem explosiven Politikum. Statistische Verfahren konnten kaum zur Klärung beitragen, sondern verschärften eher im Gegenteil die nationalpolitische Atmosphäre u. zw. aus folgenden Gründen: da war in erster Linie der Faktor der Assimilation und Fluktuation der tschechischen Zuwanderer und in zweiter Linie die (national)politische Agitation hin bis zur Manipulation der Erhebungsdaten. Die Volkszählungen fanden in einem Klima eines permanenten Volkstumskampfes statt, wo Behörden wie politische Parteien gehörigen Druck machten, wobei beispielsweise Wohnungseigentümer ihren tschechischen Mietern die Kündigung androhten, sollten sie nicht „deutsch“ in den Zählungslisten angeben. Nicht zuletzt fungierte der Zählvorgang selbst als effektives politisches Instrument. Er wurde durch Zählkommissäre abgewickelt, von denen nachweislich einige die Daten fälschten, was regelmäßig ein politisches Nachspiel im Wiener Gemeinderat hatte. Das Hauptproblem – nicht nur für die statistische Erhebung sondern auch für die Konstituierung der Wiener Tschechen als Minderheit – waren aber Assimilation und Fluktuation. Diese Faktoren entzogen sich einer exakten Messung, und ließen somit jeglicher nationalistischen Agitation und Spekulation freien Lauf. Das Verhältnis zwischen den Tschechen und den Deutschen in der Monarchie allgemein war in mehrfacher Weise belastet: einerseits durch die politischen Veränderungen in Böhmen und Mähren, wo im Zuge der Industrialisierung das tschechische Element in den Städten auf Grund der Landflucht immer stärker wurde, und das tschechische (Klein-)Bürgertum zusehends nationalemanzipatorische Forderungen artikulierte und damit mit den Ansprüchen der herrschenden deutschen Schichten in wachsende Kollision geriet. In dem Ausmaße wie in Wien das Tschechentum zunahm, verlor das Deutschtum in Prag an Bedeutung (1880: 20% Deutsche, 1890: 16%; auch hier spielte die Assimilation eine große Rolle). Dies gab den Boden für irrationale Faustpfand- und Revancheparolen ab, für Schlagwörter (durchaus auch im wörtlichen Sinne) vom „deutschen Prag“ und vom „tschechischen Wien“. Die nationalpolitischen Auseinandersetzungen, die Spannungen in Böhmen und Mähren, fanden stets in Wien ihren

Widerhall. Volkszählungen und ihre Ergebnisse wurden stets als Waffen im ethnisch-machtpolitischen Kampf eingesetzt. Die Zunahme des Anteils der tschechischen Bevölkerung in Wien rief Befürchtungen und Abwehrreaktionen hervor: Der deutschnational eingestellte Teil des Wiener Bürgertums und mit ihm die Christlichsozialen sahen angesichts einer angeblich drohenden „Tschechisierung“ Wiens das „Hausrecht“ in Gefahr (vgl. Schubert 1909).

#### SOZIALE STRUKTUR UND MIGRATIONS- BEDINGUNGEN DER WIENER TSCHECHEN

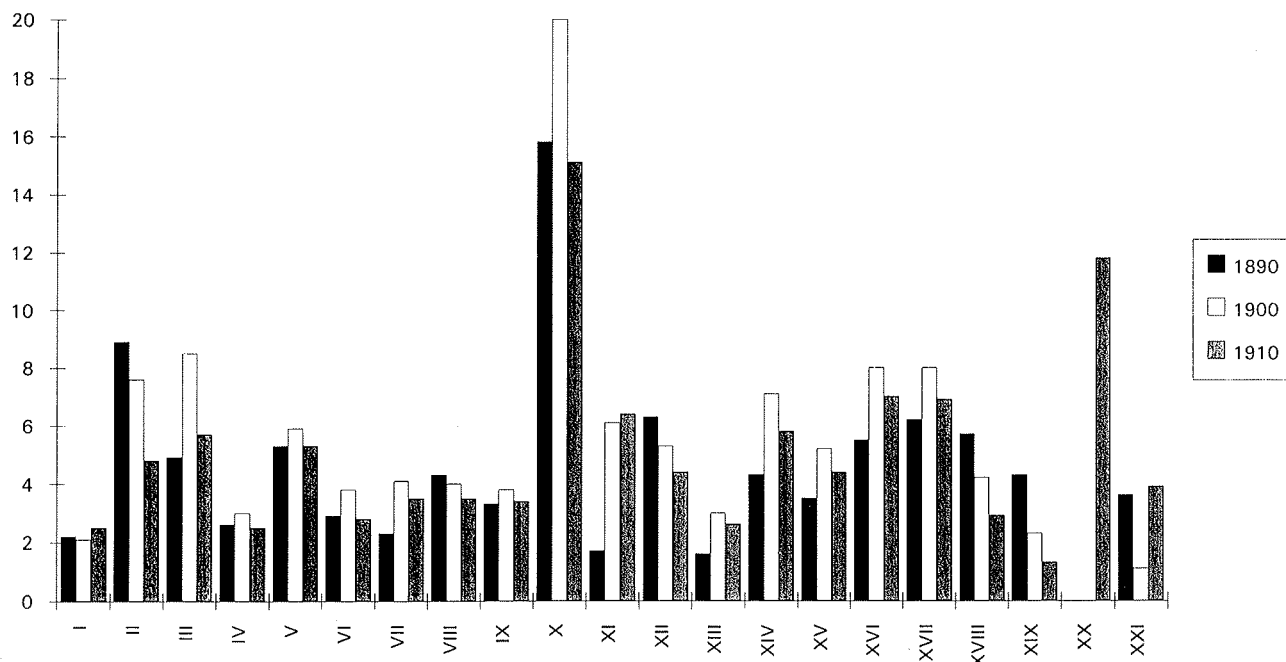
Der ökonomische Aufschwung Wiens ab dem letzten Drittel des 19. Jh. und die sich verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft veranlaßten viele grundbesitzlose Arbeiter und auch Bauern von Südböhmen und Mähren, zu einem geringeren Teil aus der Slowakei, ihren Wohnsitz – zumindest vorübergehend – in die Reichshauptstadt zu verlegen. Und Arbeitsmöglichkeiten gab es in Wien genug: Von 1880 bis 1910 stieg die Anzahl der Fabriken in den Außenbezirken Wiens um 133% (Otruba 1954: 236). Motive für die Auswanderung lassen sich gut in der Kleplova Sbírka, Nationalmuseum Prag, etwa 10.000 Dokumente, Briefe, Chroniken, Lebensläufe von Tschechen, die der Arbeit wegen nach Wien gegangen waren, studieren (vgl. auch Branald 1953).

Fast 70% der Wiener Tschechen waren Arbeiter, Tagelöhner und Lehrlinge, 17% waren Selbständige, fast 10% Diensthelfer und Hauspersonal. Die Zahl der arbeitslosen Tschechen war dreimal so hoch wie bei den Deutschen: 1900: 1,8% vs. 6,5%. (Daten von 1910). Die hauptsächlich von den Tschechen besetzten Berufszweige waren das Bekleidungs- (ca. 28%), Holzverarbeitung, Hausdienerschaft je ca. 10%, Baugewerbe 8%, Metallverarbeitung 7% usw. Eine erhebliche Zahl von Saisonarbeitern (insbesondere in der Bauwirtschaft, Ziegeleien, Zuckerfabriken außerhalb Wiens) stärkte das fluktuierende Element, das jedoch wesentlicher Bestandteil des Wiener Tschechischen Alltags war. M. Glettler (1972: 41) charakterisierte das Wiener Tschechentum treffend: „Man kann das Wiener Tschechentum während der drei Jahrzehnte seiner Blütezeit mit einem Hotel vergleichen, das zwar stets besetzt war, aber immer wieder von anderen Leuten.“ (Sie wies dies u. a. in einigen Vereinen nach, deren Mitgliedschaft sich innerhalb eines Jahres buchstäblich bis auf den letzten Mann änderte).

Zurück in ihre Heimat gingen vor allem diejenigen Tschechen, die in Wien entweder besondere Berufsqualifikationen oder sich so viel Kapital erworben hatten, daß sie eine neue Existenz gründen konnten. Der größte Teil des Proletariats blieb in Wien. Dafür ein Indiz: Hier stellten die Tschechen die Masse der Hilfschulkinder und Analphabeten (vgl. Soukup: 1928: 491 ff).

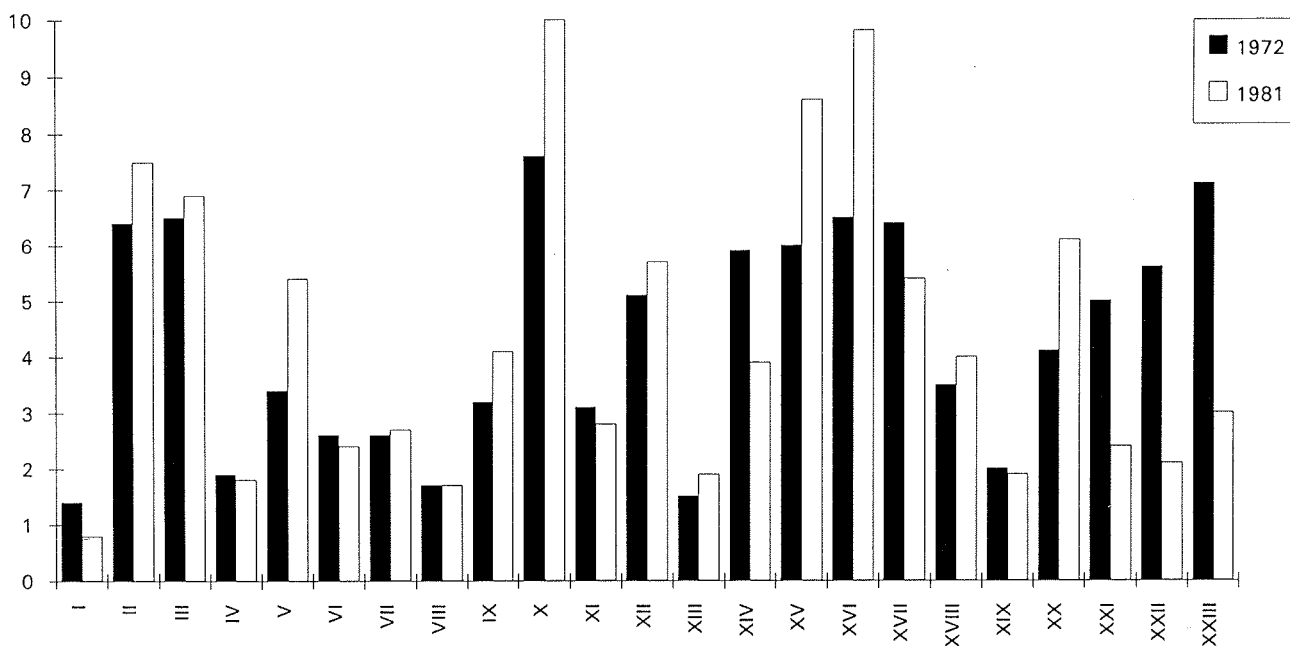
Angesichts des hohen Anteils sozialer Randgruppen bei den Wiener Tschechen ist es klar, daß soziale Elemente in der antitschechischen Vorurteilsbildung eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Wenn man

Anteil der tschechischen Bevölkerung in Wien 1890–1910 (nach Bezirken in %):



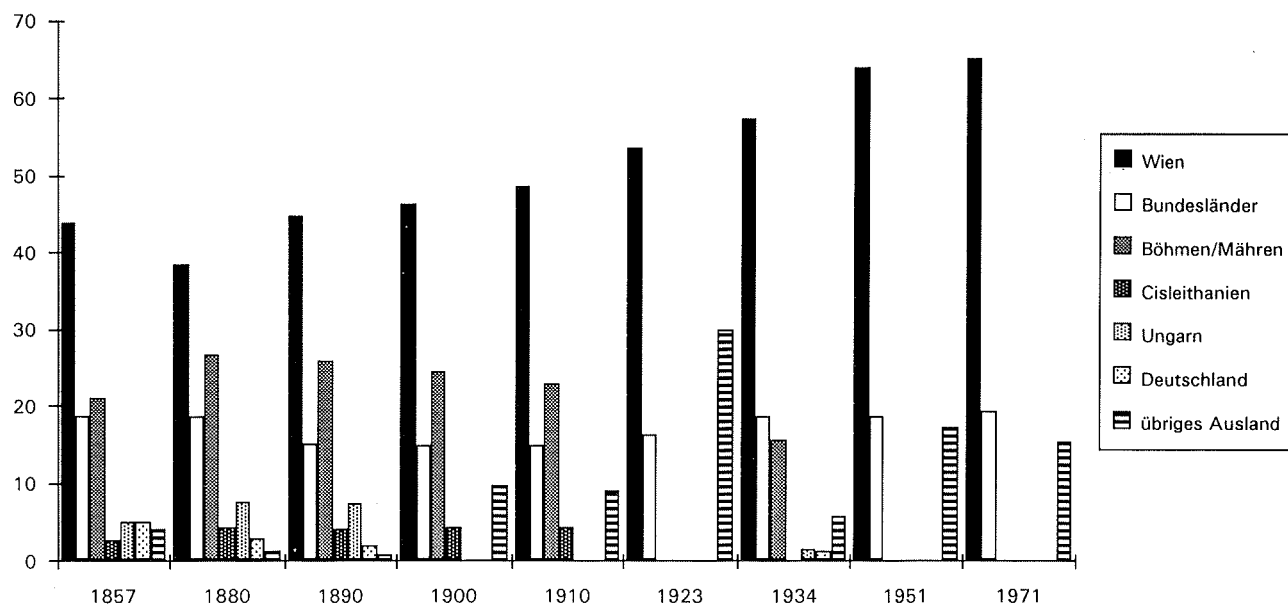
Anmerkung: 1980 war der XX. Bezirk dem II. Bezirk angeschlossen.  
 Quelle: Monika Glettler, *Die Wiener Tschechen um 1900. Wien-München 1972, S. 54.*

Räumliche Verteilung der Türken und Jugoslawen (Wiener Bezirke):



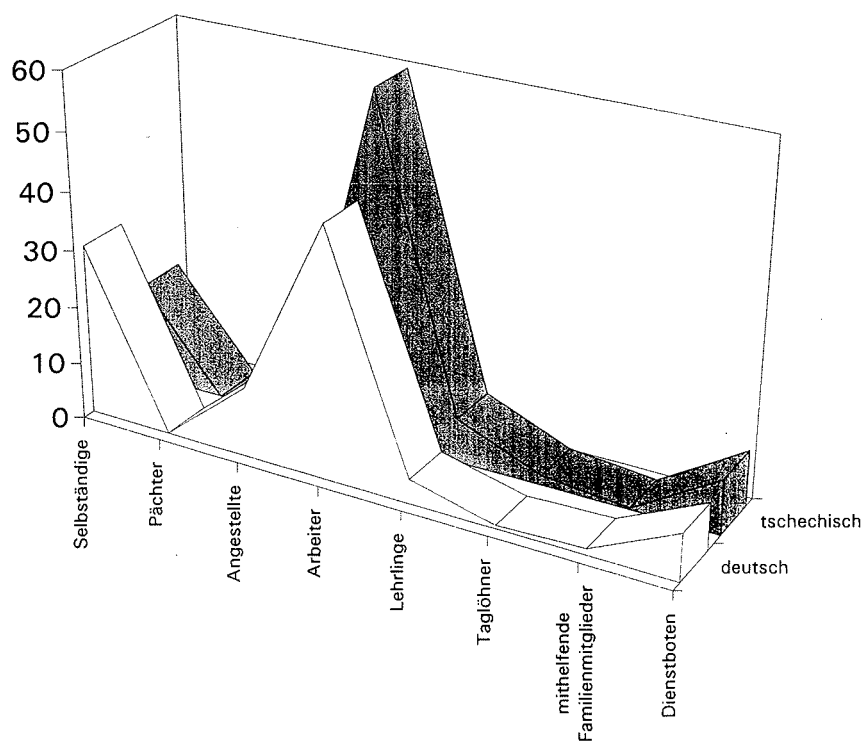
Quelle: Michal John – Albert Lichtblau, *Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Wien-Köln 1990, S. 162.*

Geburtsländer der Wiener Bevölkerung 1857–1971 (in %):



Quelle: Michael John – Albert Lichtblau, *Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Wien-Köln 1990*, S. 14.

Beruf und Umgangssprache (Stand 1910):



Quelle: Michael John – Albrecht Lichtblau, *Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Wien-Köln 1990*, S. 22.

noch dazu nimmt, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung bei den Wiener Tschechen starken Widerhall fand, so aggregierten sich sozusagen die Abwehrhaltungen des deutschen Bürgertums in Wien gegenüber den Wiener Tschechen.

Soziale und ethnisch-nationale Gegensätze waren in Wien weitgehend identisch, sozialer Aufstieg für die Tschechen war mit der Aufgabe ihrer nationalen Identität verbunden, umso mehr als 1899 im Gemeindestatut der Wiener Verfassung die Wahrung des deutschen Charakters der Stadt verankert wurde. Bekannt und berüchtigt ist Bürgermeister Luegers Ausspruch im Wiener Gemeinderat am 1. 9. 1899: „Wien muß deutsch erhalten bleiben und es darf der deutsche Charakter der Stadt Wien nie angezweifelt werden!“ Seit dem 28. 3. 1900 mußte jeder Tscheche, der sich um das Bürgerrecht bewarb, durch einen Eid vor dem Bürgermeister die Behörden zusätzlich noch davon überzeugen, daß er „den deutschen Charakter der Stadt nach Kräften aufrechterhalten wolle.“ (Gemeindestatut für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Wien 1900).

Diese Ideologie vom deutschen Charakter Wiens basierte zwar in der multiethnischen Reichshauptstadt auf absurden Voraussetzungen, wurde aber dennoch als Leitlinie der Kommunalpolitik aufrechterhalten. Es setzte sich schließlich ein „deterministischer, biologischer Zug durch: Politik als Freund-Feindverhältnis, als das Recht des Stärkeren, als die Festlegung auf eine spezifische christlichsoziale ‚Deutschheit‘ der Vielvölkerstadt.“ (Glettlner: 1972: 417). Die administrativen Reformen Luegers waren ein wirksames Instrument für die Durchsetzung dieser Politik.

Der tschechisch-deutsche Gegensatz in Wien war auch der Gegensatz sozial- wie nationalemanzipatorischer Bestrebungen gegenüber einer autoritären Kommunalverwaltung, die wie bekannt, aus Prinzip keine Sozialdemokraten beschäftigte. Die Mobilisierung deutschnationaler Abwehrideologien in der Ära Lueger konnte leicht gegen liberale und sozialdemokratische Bestrebungen kanalisiert werden. Was die soziale Emanzipation betraf, so konnten die Wiener Tschechen mit der Solidarität seitens der Sozialdemokratie rechnen. Die nationale Frage geriet jedoch allmählich zum Stolperstein der tschechisch-deutschen Solidarität in Wien. Insbesondere der Kampf der Wiener Tschechen um eigenes Schulwesen bzw. um das Öffentlichkeitsrecht ihrer privat erhaltenen Schulen (für etwa 13.000 Kinder) führte zu Zerwürfnissen und letztendlich 1911 zum Bruch mit der deutschen Sozialdemokratie in Österreich.

#### SOZIOKULTURELLE INFRASTRUKTUR DER WIENER TSCHECHEN

Die Wiener Tschechen entwickelten eine dichte Infrastruktur, ein ausgebautes Vereinswesen (politische Vereine, Freizeitvereine etc), das ihnen half, z. B. ihr Privatschulwesen und ihre Kindergärten zu erhalten, Vereinshäuser zu errichten bzw. zu erwerben, es gab eigene Gewerkschaften (z. B. der Ziegeleiarbeiter, der Kanalräumer, der Kohlenarbeiter

u. a.), ein Netz von Darlehenskassen, eine Verbrauchergenossenschaft, eine eigene Druckerei sowie zwei Tageszeitungen (Dělnické Listy, Vídeňský Deník) mit Auflagen von je etwa 15.000 (während des Krieges sogar 25.000), zahlreiche Büchereien usw. (zur rekonstruierten tschechischen Arbeiterbibliothek in Wien Fünfhaus siehe Fischer 1992).

Diese Vereinsstruktur erfüllte neben verschiedenen sozialen Aufgaben die Funktion der Abwehr deutschnationaler Angriffe. Zu den bedeutendsten und ältesten Vereinen der Tschechen gehörte der Sokol, der 1862 in Prag gegründet wurde. Er war anfänglich für Deutsche wie für Tschechen offen, entwickelte sich aber bald zu einem überaus wichtigen Motor der tschechischen Nationalbewegung. Bereits 1866 gab es den Sokol in Wien, der zu einem der wichtigsten Bestandteile des Netzwerkes tschechischer Vereine in Wien wurde. Zu Beginn des 20. Jh. polarisierte und differenzierte sich das Vereinswesen, es entstand der Sozialdemokratische Arbeiterturnverein DTJ (Dělnická tělocvičná jednota) 1901 sowie der katholische Orel (ab 1909 in Wien). 1902 wurde S.K. Slovan (heute: Slovan H.A.C.) gegründet, dessen besondere Anliegen die Förderung des Volkssports waren und sind. Seine Vorläufer bildeten u. a. der Tschechische Cyklistenklub in Wien sowie die 1898 gegründete „Vereinigung tschechischer Sportfreunde in Wien“. Quasi als Paradigma für den Slovan wie für andere Vereine der Wiener Tschechen kann gelten, daß von der ersten Slovan-Mannschaft nur ein Viertel der Mitglieder in Wien blieb. Der Rest, größtenteils Intellektuelle, Beamte kehrte nach Böhmen und Mähren zurück. Der Slovan gründete zahlreiche Sektionen (Schwerathleten erreichten österreichische Meisterschaft, ebenso die Kunstradfahrer, u. a.), die größte Rolle spielte jedoch der Fußball. Großes Augenmerk widmet(e) dieser Verein stets dem Massensport und der Nachwuchsförderung. Wichtig ist auch zu erwähnen, daß beim Slovan interkulturelle Offenheit Tradition wurde: die Festschreibung der Freundschaft, Verständigung und Toleranz gegenüber anderen Ethnien in seinen Statuten war beim Slovan Ausdruck des Selbstverständnisses eines Vereines, der sich nicht ausschließend als „im tschechischen ethnischen Besitz“ verstand. So pflegte der Wiener Sportverein Slovan schon früh intensive Kontakte zu böhmischen und mährischen, aber auch zu ungarischen Vereinen. Heute wirken nicht nur deutschsprachige, sondern auch Migranten (aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien) als aktive Mitglieder mit.

In dieser sich entfaltenden Infrastruktur sahen die führenden Politiker Wiens unerwünschte emanzipatorische Bestrebungen, mehr noch eine politische wie ethnische Bedrohung, der sie vor allem durch bürokratischen Druck und Polizeiwillkür wirksam zu begegnen trachteten. So wurden ab 1909 Ausflüge, Übungen, Veranstaltungen des Sokol regelmäßig mit Verboten belegt, es kam zu Vereinsauflösungen und vielerlei Schikanen. Exemplarisch war in diesem Zusammenhang auch der Kampf der Wiener Bürokratie gegen das Privatschulwesen der Wiener Tschechen, die Komenský-Schulen. Die Wiener



Stadtverwaltung versuchte mit diversen administrativen und legislativen Schikanen die tschechischen Komenský-Schulen aus den Angeln zu heben.

„Ab 1896 beschloß der niederösterreichische Landtag alljährlich, daß in niederösterreichischen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen ausschließlich die deutsche Sprache als Unterrichtssprache gelten sollte . . . Dieser ‚Lex Kolisko-Axmann‘ genannte Antrag wurde im Reichsrat zwar nie behandelt und deswegen nie rechtskräftig, bot jedoch den Christlichsozialen jedes Jahr Gelegenheit für Polemiken gegen die Wiener Tschechen.“ (John/Lichtblau 1990: 278).

1912 kam es zur größten Demonstration gegen die tschechische Schule, 4000 gingen mit der Parole „Nieder mit der tschechischen Schule“ auf die Straße. Die Auseinandersetzungen um das tschechische Schulwesen eskalierten immer wieder in Überfällen auf tschechische Vereinshäuser, Insassen wurden verprügelt, Inventar zertrümmert. Auf jeden Fall wurde mit Gewalt, Einschüchterungen und legislativen wie administrativen Tricks die weitere Ausbreitung des tschechischen Schulwesens in Wien und dessen öffentliche Anerkennung verhindert. Erst nach 1918 erhielten die Wiener Tschechen das Öffentlichkeitsrecht für ihre Privatschulen zuerkannt.

Angesichts der privaten und öffentlichen Gewalttätigkeit und Intoleranz resignierte letztendlich die nationalpolitische Führung der Wiener Tschechen. Gefühle der Minderwertigkeit und Inferiorität, des Selbsthasses und des kollektiven Selbstmitleids kamen in der Wiener tschechischen Presse ungeschminkt zum Ausdruck: da war selbsteinschätzend die Rede von „Dienstbotennation“, „zugereistem Gesindel“, „Unkraut auf germanischem Feld“. . . . Gängig war das Bild von Wien als vorderstem Wall, „an den zuerst die entfesselten Wogen des ungeheuren germanischen Meeres heranbranden.“ (Videňský Denik: 1/9/26. 2. 1907). Diese moralischen Appelle an das nationale Bewußtsein konnten nicht weitmachen, daß es den Wiener Tschechen nicht gelang, eine eigene effektive Minderheitenideologie zu entwickeln. Dafür können einige Gründe angeführt werden:

- Die tschechische Mittel- und Oberschicht in Wien war zu schwach.
- Der ökonomischer Druck war stärker als nationale Bindungen, die erfolgreiche Industrialisierung förderte langfristig den Konsensus innerhalb der Gesellschaft, insofern als die gesellschaftlich oder wirtschaftlich aufsteigenden tschechischen Arbeiter (diese soziale Gruppe machten den größten Teil der Wiener Tschechischen Minderheit aus) zwangsläufig das Normensystem und die Gesellschaftsstruktur der deutschsprachigen Umwelt akzeptierten und allmählich ihre nationale Identität aufgaben.
- Der Status der tschechischen Nation innerhalb der Monarchie widerspiegelte sich im Stellenwert der tschechischen Minderheit in Wien: mit anderen Worten das Prestige, in Wien / in der Monarchie Tscheche zu sein, war gering.
- Die nationalemanzipatorischen Prozesse verliefen in Böhmen und Mähren widersprüchlich und waren durch Spaltungen in den eigenen Reihen in Prag wie in Wien gekennzeichnet.

## DIE WIENER TSCHECHEN HEUTE

Nach 1918 ging es unaufhaltsam und dramatisch mit der Wiener tschechischen Minderheit bergab. Zwischen 1918 und 1923 remigrierten ca. 150.000 Personen in die Tschechoslowakei. Mit dem austrofaschistischen Regime ab 1934 wurde der größte Teil der tschechischen sozialdemokratischen Vereine aufgelöst und verboten. Die NS-Herrschaft ab 1938 verfolgte explizit das Ziel, Wien zuerst „juden-“ und nach dem Endsieg auch „tschechenrein“ zu machen. So zerschlugen die NS-Behörden das Vereinswesen der Wiener Tschechen zwar durch die NS-Behörden bis auf Reste, der Slovan konnte als Verein die NS-Zeit überleben, mußte seinen Namen auf „A.C. Sparta“ ändern. Nicht zerstört werden konnte jedoch das dichte Kommunikationsnetz, das sich durch diese Vereinskultur über Jahre bei den Wiener Tschechen herausgebildet hatte und das auf Grund reicher Erfahrungen

### ANTISEMITISCHE HETZE:

## Deutsche Wiener!

Sonntag, den 31. Mai 1914, findet im Arbeiterheim (Ottakring) ein

### tschechisches Sokolfest

statt. Um diese neuerliche, maßlose Frechheit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in die gebührenden Schranken zurückzuweisen, werden an demselben Tage folgende Gegenkundgebungen veranstaltet:

#### Vereinigte Ortsgruppen Ottakring des Deutschen Schulvereines:

☉ Gastwirtschaft Wuggenberger, 16. Thaliastraße 56;

#### Südmark (Gau Wien):

☉ Gastwirtschaft Lederer, 16. Kirchbattergasse 37;

#### Bund der Deutschen Niederösterreichs:

☉ Gastwirtschaft Wuggenberger, 16. Thaliastraße 56;

#### Deutscher Wehrausschuß:

☉ Gastwirtschaft Heckenmayer, 16. Dofferplatz 7.

Alle übrigen deutschen Vereinigungen werden hiemit ebenso wie die Turner zur Versammlung des Bundes der Deutschen Niederösterreichs, die deutschnationale Arbeiterschaft zur Versammlung des Deutschen Wehrausschusses geladen.

Beginn der Versammlungen um 3 Uhr nachmittags.

Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:

### „Die tschechische Wühlarbeit auf Wiener Boden“.

Wien muß deutsch bleiben um jeden Preis!  
Heraus mit der Lex Kolisko!

Die vereinigten deutschen Vereine Ottakrings.

Prof. C. Dobner, M. Wollgast 16.

(Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung)

im Kampf gegen Polizeiterror und Bürokratenwillkür nicht nur weitgehend intakt geblieben ist, sondern sich nun im Kampf gegen die NS-Herrschaft als sehr effektiv herausstellte. Es ist ein weithin vergessenes und verdrängtes Faktum, daß die Wiener Tschechen zu den aktivsten antifaschistischen Widerstandsgruppen in Österreich gehörten. Der Widerstand der Wiener Tschechen gegen die NS-Herrschaft war bereits im Sommer 1939 wesentlicher politischer Faktor. Tschechische Widerstandsgruppen (wie z. B. die katholische Widerstandsgruppe Curie unter W. Pojar) rekrutierten ihre Mitglieder aus verschiedenen Vereinen (darunter auch dem Slovan), aber auch Deutschsprachige arbeiteten mit. Sie unterstützten Eingekerkerte, jüdische Familien, organisierten Sabotageakte und arbeiteten später mit jugoslawischen Partisanen zusammen. Der Slovan hat wie kein anderer österreichischer Sportverein – mit Ausnahme der jüdischen – den größten Blutzoll für die Wiedererstehung Österreichs aus dem faschistischen Fanal geleistet.

Nach 1945 wanderte ein erheblicher Teil der Minderheit in die CSR ab. Die politischen Entwicklungen 1948 und 1968 in der Tschechoslowakei spalteten und zerrissen die Wiener Tschechische Minderheit mehrfach in unversöhnliche Lager. Die Emigrationswellen 1948, 1968 haben die Wiener Tschechische Minderheit kaum spürbar gestärkt, da die ideologischen Barrieren unüberwindlich erschienen, und auf Grund der unterschiedlichen Erwartungshaltungen der Emigranten kaum Anknüpfungen an die Traditionen und Strukturen der Wiener Tschechischen Minderheit gegeben waren. Bei den letzten Volkszählungen wiesen die Wiener Tschechen nur noch wenige Tausend Personen auf.

## SCHLUSS

Das Thema der Wiener Tschechen liegt ganz offensichtlich nicht im Trend. Daher ist kaum zu erwarten, daß ein Forschungslückenkatalog systematisch angenommen würde. Es gehören dazu Fragen wie u. a.:

- das Kulturleben der Wiener Tschechen u. zw. das Bildungswesen (Erwachsenenbildung), Bü-

chereiwesen, Theaterleben, die auf Wiener Boden entstandene tschechische Literatur;

- der tschechische Einfluß auf die Wiener Alltagskultur, auf Wiener Mentalitäten (u. a. im Wienerlied . . .);
- die Analogie der Situation der Migrantenminderheiten im heutigen Wien; Bedingungen für Assimilation und Integration, Vorurteilsstrukturen, Herausbildung städtischer Migrationsminderheiten . . .
- Sprach- und Bildungs- und Sozialpolitik gegenüber diesen Zuwanderergruppen heute und damals, u. v. a. m.

## LITERATUR:

- Branald, A.: Hrdinové všedních dnů. Praha 1953  
 Brousek, K. M.: Wien und seine Tschechen. Wien 1980  
 Fischer, G.: Die Sprache der Wiener Tschechen seit 1945. Diss. Wien 1968  
 ders.: Das Bezirksmuseum Wien XV. In: Wien wirklich (überarbeitete Auflage). Wien 1992: 51–54  
 ders.: Deutsch – Tschechisch: Kontakt und Konflikt in Wien um die Jahrhundertwende. In: P. Nelde (Hg.): Plurilingua 1989: 109–118  
 ders.: Z dějin české Vídně. In: ROK/4/1992: 72–73  
 Gleitler, M.: Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt. München/Wien 1972  
 dies.: Sokol und Arbeiterturnvereine (DTJ) der Wiener Tschechen bis 1914. München 1970  
 Heyer, J./Jahn, J./Melichar, F.: Šedesát let školského spolku Komenský ve Vídni. Wien 1932  
 Machát, A.: Naši ve Vídni. Praha 1946  
 Mais, A.: Die Tschechen in Wien. In: Wiener Geschichtsblätter. 12/Nr. 1/1957: 56–66  
 Otruba, G./Rutschka, L. S.: Die Herkunft der Wiener Bevölkerung in den letzten 150 Jahren. In: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, 13/1957: 227–274  
 Schubert, A.: Ziffern zur Frage des niederösterreichischen Tschecheneinschlages. Wien 1909; (hrsg. vom Bund der Deutschen in Niederösterreich)  
 Šembera, A. V.: O Slovanech v Dol. Rak. In: ČČM 1845: II: 163ff  
 Soukup, F.: Ceska mensina v Rakousku. Praha 1928  
 Steinhauser, W.: Slawisches im Wienerischen. Wien 1960  
 Wache, W.: Das Auslandtschechentum. In: Nation und Staat. Deutsche Zeitschrift f. d. europ. Minoritätenproblem 8/1935: 490–512

HANS HOVORKA

## VIELFALT STATT EINFALT

### Alltagsnähe als Handlungsprinzip sozialpädagogischer Stadtteilarbeit mit den „Anderen“

Als Veranstalter hatten Gero Fischer und ich ursprünglich die Absicht, ein Fachsymposium zu organisieren, das sich schwerpunktmäßig mit dem großartigen Integrationsbeitrag des traditionsreichen tschechischen Sportvereins „Slovan“ befaßt, der Ende 1992 sein 90jähriges Bestandsjubiläum gefeiert hat.

Nun hat sich in den letzten beiden Jahren die öffentliche Diskussion zum Pro und Kontra der Integration von ausländischen Menschen auch in Wien deutlich verschärft, weshalb die Veranstaltung, wohl ausgehend vom Verein der Wiener Tschechen, eine umfassende Auseinandersetzung mit Stadtverfall, Stadtentwicklung und mit Integration versus Ausgrenzung in Gang setzen sollte.

Im folgenden sozialpädagogisch ausgerichteten Beitrag wird dazu eine kritische Hinterfragung versucht, wie wir bzw. wie die Wiener Kommunalpolitik mit dem „Anderssein“ vieler ihrer BewohnerInnen in den letzten Jahren umgegangen sind und welche theoretischen wie praktischen Konsequenzen sich daraus für eine sozialpädagogische, soziokulturelle oder für eine multikulturelle Stadtteilarbeit ergeben, die in der Förderung des Zusammenlebens heterogener Gruppen eine wichtige demokratiepolitische Herausforderung sieht.

Zuvor ein persönliches Beispiel aus den lokalen „Slovan“-Projektrecherchen. Der Sportplatz von „Slovan“ in der Steinbruchstraße im 14. Wiener Gemeindebezirk, knapp an der Grenze zu Ottakring gelegen, ist ein Ort, den ich seit meiner frühen Kindheit kenne, weil er nach dem Krieg auch von meiner Kindergartengruppe mitbenutzt wurde. Vor eineinhalb Jahren war ich nach langer Zeit wieder einmal dort, u.a. um Bildmaterial für das Projekt zu sammeln. Ich kam gerade zu-

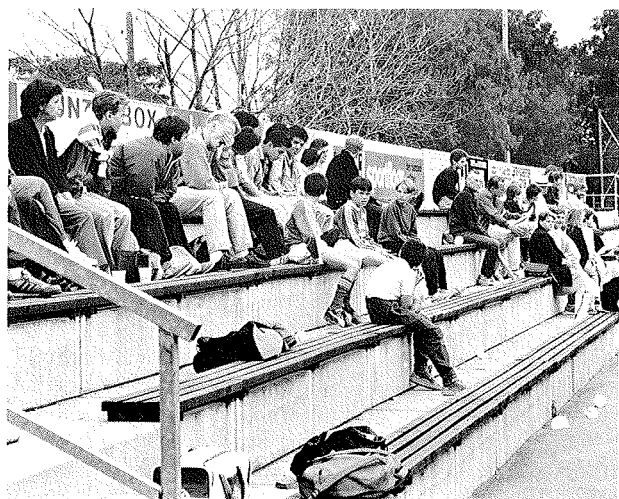
recht zu einem Fußballmatch der Jugendmannschaft, das recht hart geführt wurde. Spannend war dabei für mich die Entdeckung, daß nicht tschechische, sondern jugoslawische und vor allem türkische Jugendliche die heiß angefeuerten Stars bei Slovan (aber auch bei der gegnerischen Mannschaft) waren. Die jungen Fußballer demonstrierten hier ein ganz unspektakuläres und alltägliches Beispiel von Integration, das nicht überbewertet werden soll, das aber doch zum Nachdenken anregt.

#### 1987: MULTIKULTURELLER „FÜNFJAHRESPLAN“ DER WIENER RATHAUSMEHRHEIT

Dieses alltägliche Integrationsereignis führt zur Frage, ob auch die Integrationsüberlegungen in der Wiener Kommunalpolitik solche trivialen Schauplätze miteinbeziehen bzw., ob solche Aktivitäten von der Gemeinde fachlich unterstützt werden.

Nun, von vielen unbemerkt, endete mit dem Jahr 1992 ein fünfjähriges Arbeitsprogramm der Wiener SPÖ zur Kommunalpolitik, das 1987 schön broschürt unter dem Titel „Wien – Mit Visionen die Zukunft gestalten“ der Stadtöffentlichkeit präsentiert worden war!

Dieser visionäre „Fünfjahresplan“ der Rathausmehrheit ist es wert, heute hervorgeholt und auf die Erfüllung des Plansolls untersucht zu werden. Die folgende Kurzanalyse beschränkt sich auf die Versprechungen im Sozial- und im Kulturbereich, die allerdings eng verzahnt mit der Wohnungsfrage und mit demokratiepolitischen Aspekten gesehen werden müssen.



Ungeachtet der auch von der Wiener SPÖ in dieser Dimension nicht vorhersehbaren politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in und um Europa, interessiert natürlich, wie die Rathaussozialisten vor einem halben Jahrzehnt den heutigen „multikulturellen Alltag“ prognostiziert haben, bzw. was sie selbst als Stadtregierung zur Realisierung ihrer eigenen Visionen beitragen konnten, wollten und durften.

Im Anschluß an diese kommunal-, sozial- und kulturpolitische Rückschau werden thesenhaft einige Überlegungen zur Diskussion gestellt, wie eine sozialpädagogisch orientierte Stadtteilarbeit mit den „Anderen“ in der Vielfalt des städtischen Alltags gestaltet sein müßte, um ein weiteres Absinken in eine Ausgrenzungspolitik wenn schon nicht zu verhindern, so doch zumindest ein wenig abzuschwächen.

Wir erinnern uns: Geschützt vom sogenannten Eisernen Vorhang wollte das Wien der 80er Jahre „weltoffen und tolerant“ zu einer „Stätte der Begegnung“ werden. Neben UNO-City und Konferenzzentrum standen damals die Weltausstellung EXPO, gemeinsam mit Budapest sowie ein Fernreisebahnhof zur tagespolitischen Debatte, von denen die Steigerung der internationalen Bedeutung Wiens sowie eine Steigerung des Fremdenverkehrs, also auch wirtschaftliche Impulse erwartet wurden.

Der Jugend wollte man Auslandsaufenthalte ans Herz legen, um dort Erfahrungen zu sammeln, zu lernen und Fremdsprachen zu üben. Dazu ein Zitat aus dem Arbeitsprogramm von 1987:

„Durch ... Auslandsaufenthalte und durch die Anwesenheit vieler Ausländer in Wien kann jenes tolerante und weltoffene Klima in Wien erhalten und gefördert werden, das für unsere Stadt kennzeichnend sein soll. In dem Maß, als Wien nicht mehr Metropole einer Großmacht, sondern Hauptstadt eines kleinen Industriestaates am Rande des westeuropäischen Wirtschaftsraumes ist, bedarf es aktiver Akzentsetzungen, um ein Absinken in eine selbstgenügsame Provinzialität zu vermeiden.“

Unter dem Titel „Neue Formen des Zusammenlebens“ wurde postuliert, daß Wien im Jahr 2000 auch eine soziale Stadt zu sein hat. Denn, so stellten die Erben des „Roten Wien“ mehr als 50 Jahre nach dem Untergang ihres sozialkompensatorischen kommunalpolitischen Wirkens realistisch fest: „Die Stadt der Zukunft wird mehr Chancen bieten, vor allem für jene, die bessere Voraussetzungen haben bzw. erworben haben.“

Vermutet wurde von den Rathauspropheten aber auch, daß der Differenzierungs- und Individualisierungsprozeß der zukünftigen Jahre und Jahrzehnte die Gefahr mit sich bringen wird, daß einzelne Bürger unter die Räder kommen, berufliche Umstrukturierungen nicht meistern und am gesellschaftlichen Leben nicht im gewünschten Ausmaß teilnehmen können. Dies wäre auf „soziologische, ökonomische, manchmal auch auf biologische Gesetzmäßigkeiten“ zurückzuführen.

Als wichtige Aufgabe erachteten es die Verfasser des Arbeitsprogramms der SPÖ, Anfang der 90er Jahre einen gesellschaftlichen Zustand zu errei-

chen, in dem niemand erniedrigt und ausgeschlossen wird, und soziale Gerechtigkeit und Solidarität der Stärkeren und Situierten gegenüber den schwächeren Stadtbewohnern gegeben sind.

## EINHEIT VON BILDUNG, SOZIALES UND KULTUR

Ohne die auch vor fünf Jahren schon absehbaren massiven Probleme am Wohnungsmarkt zu thematisieren oder auf die ausländischen BewohnerInnen explizit einzugehen, führten die kommunalen Planungsstrategen die sozialen und zwischenmenschlichen Probleme im städtischen Zusammenleben hauptsächlich auf die altersmäßige Entmischung in der Stadt und auf die Absiedlung vor allem junger Familien in Neubaugebiete am Stadtrand zurück. Ungelöste Probleme im sozialen Umfeld aber, so die richtige Erkenntnis damals, führen zu Diskriminierung von Gruppen mit ungewöhnlichem (sozialen) Verhalten. Das „Anderssein“ löse eine gewisse Feindlichkeit aus, und auch die Zahl von „sozialen Behinderten“ steigt.

Ziel künftiger Stadtpolitik also sollte eine kompensatorische Sozialisation sein, das „positive Stadtbewußtsein“ und das „Wir-Denken“ wären demnach zu fördern. Denn erst durch bewußtseinsbildende und integrationsfördernde Maßnahmen kann eine aktive Auseinandersetzung mit der Feindlichkeit gegenüber dem „Anderssein“ eingeleitet werden, stellte die Wiener SPÖ der 80er Jahre richtig fest und schlägt gleichzeitig die gezielte Schulung von Multiplikatoren vor wie z.B. KindergärtnerInnen, LehrerInnen, FreizeitbetreuerInnen, Hauswarte, Schulwarte, Vertrauenspersonen, MitarbeiterInnen helfender Berufe usw. Dies alles vor einem überschaubaren städtischen bzw. bezirklichen Szenario mit multiprofessionellen Regionalteams, die vor allem die Zugänglichkeit und mündige Inanspruchnahme von infrastrukturellen Angeboten besonders aus dem Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Freizeit- und Kulturbereich gewährleisten sollten.

Bildung, Soziales und Kultur wurden somit als eine untrennbare Einheit gesehen, die dezentral, entsprechend den jeweiligen lokalen Traditionen und Bedürfnissen in den Bezirken und Stadtteilen zu fördern ist.

Mit einem emanzipatorisch einzustufenden aktivierenden Kulturbegriff war der kulturpolitische Auftrag der Stadt gemeint, Persönlichkeitspotentiale zu aktivieren, zu erweitern und zu fördern, kurzum den Gebrauchswert von Kultur allen zu eröffnen und kollektive wie auch individuelle Identitätsfindung zu ermöglichen. Indem vor allem jene Menschen kulturpolitisch einbezogen werden, die bisher bei der Entfaltung ihrer Persönlichkeit benachteiligt sind, sollten die Grenzen von Kultur- und Sozialpolitik zu einer „Soziokulturellen Stadtteilarbeit“ verschmelzen, in deren Rahmen geeignete Freizeit- und KulturanimateurInnen vor allem junge und sozial benachteiligte Menschen und Familien im Stadtteil zu mehr Eigenaktivierung fördern.

Schließlich versprochen uns die Wiener Sozialisten zur Realisierung ihrer sozial- und kulturpolitischen Visionen den raschen Ausbau von „Alltags- und Nahbereichsdemokratie“, also mehr Bürgermitbestimmung auf Bezirks- und Wohnbereichsebene.

### 1993: ERNÜCHTERNDE BILANZ

Wenn nun diese vor fünf Jahren in Aussicht gestellte Zukunft von Wien mit den soziokulturellen und demokratischen Alltagswirklichkeiten von 1993 in Beziehung gesetzt und gefragt wird, wie es insbesondere mit der Solidarität und Toleranz der Stärkeren gegenüber den Schwächeren aussieht, und wenn diese Sichtweise auf alte und junge, auf arme und behinderte sowie auf ausländische Menschen fokussiert wird, deren Anteile an der Wiener Gesamtbevölkerung in den vergangenen Jahren teilweise massiv gewachsen sind, so ist festzustellen, daß die kommunalpolitischen Visionen der weiterhin in Wien als Mehrheitspartei regierenden Sozialdemokraten nur in jenen Bereichen wahr geworden sind, die im damaligen Arbeitsprogramm hellsichtig „Problem- und Konfliktzonen“ genannt wurden.

Diese ernüchternde Bilanz allein den inzwischen zusammengebrochenen „realsozialistischen“ Nachbarländern, dem Ende des „Kalten Krieges“ oder den weltweiten Flüchtlingsströmen anlasten zu wollen, wäre zu einfach. Soziales Elend und Spannungen sind großteils ebenso hausgemacht und sind Folgen einer Stadtpolitik, die konsequent an den vitalen Bedürfnissen jener BewohnerInnen vorbeigiebt, die sich keine Yuppie-Attitüden leisten und im Börsenspekulationstaukel die Wiener Innenstadt-Schickeria-Lokale unsicher machen konnten. Im Kulturbereich jubiliert weiterhin die Hochkultur, ungeachtet von Kriegen ringsum und sichtbar steigender Armut wird in der Stadt ein Opernball zelebriert, während für die Vorstadt kommerziell ausgerichtete Bezirkskirtage abgenudelt werden, deren lokal- und kulturpolitische Eigenheiten nur darin zu finden sind, daß sie nicht alle gleichzeitig am selben Ort inszeniert werden.

Aktivierend, emanzipatorisch oder gar sozialkompensatorisch können solche bezirklichen Kulturaktivitäten beim besten Willen nicht bezeichnet werden. Die wenigen qualitativ beachtlichen Initiativen und Projekte in den Außenbezirken sind durchwegs auf privates Engagement junger Menschen zurückzuführen, die zumeist jahrelang einen zähen Kampf mit Anrainern und Bezirkspolitikern auszukämpfen hatten, bevor sie auch nur in die Nähe einer Förderung aus dem städtischen Kulturbudget gelangt sind.

Die vor fünf Jahren für Wien versprochene Verstärkung soziokultureller Stadtteilarbeit vor allem mit sozial- und bildungsmäßig benachteiligten jungen Menschen ist Lippenbekenntnis geblieben. Dezentralisiert haben sich nur die Orte des Drogenhandels und -konsums einschließlich des einsamen Sterbens immer jüngerer Menschen, deren bedrückende Lebenswelt nicht einmal mehr die Boulevardpresse, schon gar

nicht aber die zuständige Kommunalpolitik interessiert. Die Jugend aus den Stadtrand siedlungen findet im Wohnbereich keine attraktiven Freizeitangebote und pendelt dumpf mit der U-Bahn zwischen trister Peripherie und Stadtzentrum hin und her, wodurch die betuchten Hedonisten und selbsternannten Stadtphilosophen ihre innerstädtische Konsumidylle gestört sehen. Vielleicht stimmt auch das Gerücht, daß die U1 deshalb nicht über Kagran verlängert wird, weil sich das dort lokalisierte Handelsmonopol Donauzentrum dagegen querlegt.

Als störend werden mittlererweile auch die zigtausend jugendlichen Rucksack- und kleinbürgerlichen Städtetouristen empfunden, die sich das ganze Jahr über MacDonalds-Hamburger mampfend im Stadtzentrum tummeln und kaum Geld dalassen, während die Uraltautobusse der noch ärmeren Besucher aus den östlichen Nachbarrändern die Einfallstraßen verstopfen und verstopfen.

Die von den Wiener Rathaussozialisten erhofften ausländischen Citoyens mit dicker Brieftasche sind ausgeblieben, und auch die UNO verlagert wichtige Abteilungen an attraktivere Weltchauplätze, als Wien anbietet. Über dessen EXPO-Debakel und Donaucity-Größenwahn kann nicht einmal Schadenfreude hochkommen, wenn man weiß, welche Boden- und Häuserspekulationen in den donau nahen Bezirken damit ausgelöst wurden. Die Jungbörsianer sind dem internationalen Finanzkapital auf den Leim gegangen und verursachen den Wirtschaftsseiten der bald komplett in „deutscher Hand“ befindlichen Printmedien Kopfzerbrechen, weil mit den Berichten über laufende Konkurse österreichischer Unternehmen oder dem Abwandern ausländischer Produktionsbetriebe in Billiglohnländer keine Leser mehr dazugewonnen werden können.

### SOZIALE SEKTORISIERUNG DER STADT

Die „Hauptstadt eines kleinen Industriestaates am Rande des westeuropäischen Wirtschaftsraums“ ist heute in ein Szenario eingebettet, in dem sogar die Privatisierung der städtischen Verkehrsbetriebe oder der kommunalen Bestattung eine mögliche Denkvariante von Finanzpolitikern darstellt, die der einst vom japanischen Business und Management fasziniert waren.

Mit den schon erwähnten jahrmarktähnlichen Stadtteilfesten wurde von der fortschreitenden Verslumung ganzer Stadtregionen abgelenkt, die heute vorwiegend den bedrückenden Lebensort von ausländischen Familien und von sozial deklassierten, insbesondere älteren Menschen bilden.

Den brisanten Wohnungsproblemen und soziokulturellen Spannungen der neunziger Jahre setzt die noch immer als sozialdemokratisch bezeichnete Stadtverwaltung hilflose urbane Rekonstruktions- und Erweiterungsvorschläge entgegen, die erfolgreich dazu beitragen, auch die letzten Lebenszeichen einer gemeinschaftsorientierten Quartierskultur auszulöschen. Mit der längst überfälligen

Reparatur großer Wohnhausanlagen der Zwischenkriegszeit konnten zwar Fassaden „geliftet“, nicht jedoch vom Ausverkauf an städtischem Grund und Boden und einer verfehlten Büroansiedlungspolitik abgelenkt werden, die derzeit im Streit um die Geschößzahl von Hochhaustürmen versickert. Gleichzeitig wird im Nordosten von Wien, zwischen Stadlau und Eßling, ein ausgedehntes Neubaugebiet geplant, das die Einwohnerzahl von Salzburg aufnehmen soll, womit die soziale Sektorisierung der Stadt endgültig zum Abschluß kommt.

In die Elendsquartiere im Westen der Stadt werden schon jetzt breite, verkehrsmäßig gut erschlossene (U-Bahn) Schneisen für den Neubau hochwertiger und kostspieliger Wohnungen geschlagen, die sich die dort ansässige Bevölkerung selbstverständlich nicht leisten kann. Es ist anzunehmen, daß ein Teil von ihnen (keine Ausländer) als „Neusiedler“ auf das ehemalige Schlachtfeld rund um das frühere Asperner Flughafenareal vertrieben und dort mit der Entscheidung allein gelassen wird, einen nahegelegenen Arbeitsplatz, öffentliche Verkehrsmittel oder ganz einfach eine neue „Heimat“, eine stimulierende örtliche Identität zu finden. Die daraus erwachsenden Probleme und Konflikte sind vorprogrammiert, auch wenn derzeit noch um die Bodenbeschaffung gestritten wird.

Tatsache ist, wie Bauboom, Mietenexplosion und Börsekrach belegen, daß in Wien eine „neue Gründerzeit“ ausgebrochen ist, zu der sich sogar der sozialdemokratische Planungsstadtrat bekennt. Ein zweites „Rotes Wien“ an der nordöstlichen Stadtpерipherie ist nicht zu erwarten, auch wenn der vor den „schon zuviel vorhandenen Zuwanderern“ warnende Stadtrat vorschlägt, den Wohnbau nach dem Modell der „Siedlerbewegung“ der Zwischenkriegszeit zu organisieren (Selbstbauweise), damit auch die wirtschaftlich Schwachen zuziehen können.

#### SOZIALPÄDAGOGISCHE STADTTEILARBEIT DRINGLICH

Soweit, kurz skizziert, der Ist-Zustand der Integrationschancen, besser Integrationshindernisse, für sozial benachteiligte, ausgegrenzte und angefeindete Menschen in Wien. Es kann angenommen werden, daß sich in der steigenden Ablehnung der „Anderen“ und Fremden wie in einem Brennglas gebündelt drohende Hinweise finden, wie in nächster Zukunft diese Stadt vollends ihr soziales Deckmäntelchen verlieren und sich Angst und Ablehnung nicht nur auf arme ausländische BewohnerInnen beschränken, sondern sich auf all jene Menschen ausdehnen wird, die dem „Mainstream“ der Erfolgreichen nicht oder nicht mehr folgen können.

In Deutschland werden ja bekanntlich nicht nur Asylantenheime angezündet, sondern es nehmen auch jugendliche rechtsradikale Terroranschläge auf behinderte Menschen zu. Aber auch die „liberale Mitte“ weiß sich in der „rationalen“ Lebenswert- und Euthanasiedebatte gut vertreten. Vernünftig argu-

mentierte, sogenannte volkswirtschaftliche Prioritätensetzung auf Bundesebene läßt auch die Stadtpolitik nicht unberührt. Und es steht zu befürchten, daß die 1987 gemachten Lippenbekenntnisse zu „neuen – das heißt humaneren – Formen des Zusammenlebens“ ebenso zu antiquierten Worthülsen verkommen werden wie etwa „Betriebliche Mitbestimmung“ oder „Wertschöpfungsabgabe“ (Maschinensteuer). Dieses menschenfeindliche soziale Klima wird sich noch verschärfen, wenn nicht die im damaligen kommunalpolitischen Programmentwurf der Wiener SPÖ versprochenen sozialkulturellen Maßnahmen auf Stadtteilebene aktualisiert und rasch verwirklicht werden. Ein klares politisches Bekenntnis zur Nichtaussonderung von Menschen, die derzeit kulturell entwertet und sozial ausgegrenzt sind, macht natürlich ebenso klare budgetäre Umschichtungen notwendig.

Konkret müßten umgehend finanzielle Mittel für die Initiierung, Durchführung und laufende Evaluation von professioneller sozialpädagogischer Projektarbeit auf Stadtteilebene zur Verfügung gestellt werden. Damit sind Initiativen und Projekte gemeint, die auf die reale Lebenswelt und auf die vitalen Bedürfnisse ihrer benachteiligten und gefährdeten Adressaten ebenso Rücksicht nehmen, wie sie sich auch multiprofessionell im Gemeinwesen vernetzen müssen.

Dabei wäre es durchaus zu verkraften, wenn gewisse bauliche Renommierprojekte in der Stadt derzeit nicht realisiert werden können. Eine finanzielle Umschichtung des Kommunalbudgets ist auch auf die Gefahr hin zu fordern, mit sogenannten Kulturbauten in einen Topf geworfen zu werden, die etwa das neue Museumsquartier im Messepalast, die millionenteuren Behübschungsaktionen von Müllverbrennungsanlagen durch „Meister Hundertwasser“, oder auch nur die „stilgerechte“ Wiederherstellung der abgebrannten Redoutensäle in Frage stellen oder ablehnen.

Klar ist natürlich auch, daß die Verslumungsprobleme der Stadt, respektive die sich abzeichnenden Gettobildungen nicht allein über sozialpädagogische und soziokulturelle Maßnahmen und Projekte aufgehoben werden können. Es reicht auch nicht aus, jedem Bezirk „von oben her“ ein „Multikulti-Zentrum“ aufzupropfen, das aufgrund einer vom städtischen Alltagsleben abgehobenen Programmstruktur vor allem den Betreibern etwas bringt, und nicht ihren Zielgruppen.

Aktivierende und emanzipatorisch ausgerichtete Kulturarbeit im Wohngebiet zugunsten benachteiligter Menschen kann die Stadtverwaltung auch nicht der Aufgabe entheben, eine intelligente Industrieansiedlungs- und Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, die verhindert, daß wir in nächster Zukunft als verlängerte Werkbank ausländischer Konzerne zu teuer und andererseits zu wenig professionell sind, und daß wir als waltanzendes, wienerliedsingendes Stadtvolk vollends zur Fremdenverkehrskulisse werden, wie das in Westösterreich ja schon geschehen ist.

Wer mehr moderne Produktionsbetriebe für Wien

fordert, macht sich bei grünbewegten ZuhörerInnen wahrscheinlich unbeliebt. Doch wovon sollen denn die BewohnerInnen der geplanten Trabantenstädte im Nordosten Wiens eigentlich leben und womit die hohen Wohnungskosten begleichen, wenn sie keinen Arbeitsplatz haben und die Jugend keine Ausbildungs- und Berufschancen für sich sieht?! Wohin eine solche Verelendung und Hoffnungslosigkeit binnen kurzer Zeit führen kann, ist derzeit leider am Beispiel der ehemaligen DDR allzu deutlich abzulesen!

## INTEGRATION VERSUS ASSIMILATION

Zu Beginn dieses Beitrags wurden einige konkrete Überlegungen angekündigt, welcher Art eine sozialpädagogisch und soziokulturell orientierte Stadtteilarbeit mit „Anderen“ und „Unangepaßten“ v. a. jungen Menschen im oftmals demotivierenden städtischen Wiener Alltag sein könnte und sollte, die der laufenden Ausgrenzungspolitik Widerstand leisten kann.

Dazu ist es wichtig, sich klarzumachen, daß trotz der Vielfalt der traditionellen Zielgruppen von Sozial- und auch von Sonderpädagogik, zu denen auch minoritäre Kulturen und Migrantenkulturen zählen, zwei bedeutende Gemeinsamkeiten aufweisen, die ich hier schon kurz angesprochen und nochmals präzisiert werden sollen:

Erstens ist die Mehrheit der sozial- und sonderpädagogischen Zielgruppen ökonomisch arm, meist extrem arm, mit allen Folgen für Wohnung, Ernährung und psychische und physische Gesundheit. Zweitens gilt auch für jene von ihnen, die nicht unmittelbar von materieller Armut betroffen sind, der gemeinsame Umstand, daß sie kulturelle Lebensweisen praktizieren, die nicht der herrschenden Kultur unserer Gesellschaft angehören. Ihren vielfältigen Lebensformen ist gemeinsam, daß sie kulturell entwertet und ausgegrenzt sind.

Dieser erdrückende Befund findet sich in allen wissenschaftlichen Diskursen wieder. Sei es in der Behinderten- und Armutsforschung, in der Psychiatrie-, der Altersforschung oder eben in der Migrationsforschung.

Insbesondere für ausländische Menschen gilt, daß sie einerseits eine Verschiedenheit der Lebensweisen praktizieren und ihnen andererseits ein Leben in ökonomischer und kultureller Gleichberechtigung verwehrt wird. Der gemeinsame gesellschaftliche Zustand der verschiedenen soziokulturell ausgegrenzten sogenannten „Anderen“ läßt sich mit dem Begriff der „relativen Deprivation“ beschreiben. Mit dem in der internationalen integrationspädagogischen Debatte entwickelten Arbeitsprinzip der „Normalisierung“ wiederum wird exakt die Aufhebung dieser Deprivation beschrieben, was jedoch nicht die zwanghafte Anpassung an eine an sich fragwürdige gesellschaftliche Normalität bedeuten kann. Dann nämlich sprechen wir von „Assimilation“.

Wenn Menschen aufgrund der beiden genannten Gemeinsamkeiten ungenügend in ihr vielschichtiges Mensch – Umfeld – System integriert sind, sprechen wir von einem sozialen oder ökosystemischen Behinderungsbegriff, der eben nicht nur Menschen mit sichtbaren Schädigungen und Leistungsbehinderungen mit einschließt, sondern auf die behindernden Umfeldbedingungen Rücksicht nimmt, die eine volle gesellschaftliche Teilhabe verwehren. Erst indem der Blick unmittelbar auf den Prozeß der Integration dieser Menschen in ihr konkretes Lebensumfeld gelenkt wird, ergeben sich somit pädagogische Handlungsmöglichkeiten in Richtung „Nichtaussonderung“, die auch Veränderungen der konkreten aussondernden Umfeldbedingungen zulassen. Integration kann also nicht ausschließlich als individualisierter Prozeß gesehen werden, der zielgruppenspezifische Assimilationslösungen mit sich bringt.

Daraus folgt, daß soziokulturelle Stadtteilarbeit mit den sogenannten „Anderen“ einer integrativen Pädagogik der Nichtaussonderung als handlungsleitendes Arbeitsprinzip zu folgen hätte, die der Dialektik von menschlicher Gleichheit und Differenz Rechnung trägt. Im Sinne einer „egalitären Differenz“ wäre dabei eine „Pädagogik der Vielfalt“ zu entwickeln, die offensive Beiträge zur Demokratisierung unseres Gemeinwesens und zum gleichberechtigten Zusammenleben auch heterogener Gruppen leistet.

## AUFKLÄRUNGSKAMPAGNEN REICHEN NICHT AUS

Vielleicht wird nun auch klar, warum die Realisierung der „neuen Formen des Zusammenlebens“, die 1987 von der Wiener SPÖ postuliert wurden, scheitern mußte, und Wien sich keinesfalls zu einer sozialen Großstadt entwickelt hat. Die an sich konstruktiven Vorschläge für kompensatorische Sozialisationsmaßnahmen, die „soziale Behinderungen“ vermeiden hätten sollen, wurden von den MultiplikatorInnen und deren Institutionen aus dem Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Freizeit- und Kulturbereich nur oberflächlich angenommen. Die vorgesehene „Schulung“ von z.B. KindergärtnerInnen, LehrerInnen, FreizeitbetreuerInnen bis hin zu Haus- und Schulwarten setzten, wenn überhaupt durchgeführt, appellativ auf der Bewußtseinsebene an und erreichten nicht das soziale Umfeld, nicht die unmittelbaren Lebensbereiche wie Schule, Arbeitsplatz, Wohnen und Freizeit.

Einem traditionellen sozialpädagogischen Verständnis von besserwisserischer Belehrung verhaftet, wurden bezirkliche und überbezirkliche Aufklärungskampagnen durchgeführt, Projekte und Einzelveranstaltungen organisiert, die insgesamt als konfliktscheu und distanziert von jenen Alltagsproblemen zu bezeichnen sind, die auftreten, wenn verschiedene heterogene Gruppen in sozialer Deprivation auf einem engen und unattraktiven Territorium

zusammenleben müssen. Noch dazu wo ein großer Teil von ihnen keinerlei politische Mitbestimmungs- und -gestaltungsmöglichkeiten hat, und sei es nur im eigenen Wohngebiet, im Bezirk.

Aus der Vorurteilsforschung und aus den Erfahrungen der Gemeinwesenarbeit in schlechten Wohnvierteln wissen wir, daß Verhaltensänderungen und Einstellungsänderungen längerfristig nur erreicht werden können, wenn neben der alltäglichen gegenseitigen Konfrontation verschiedener Lebensweisen und neben aufklärenden Erläuterungsbemühungen, das „Andersein“ der einen, den „Anderen“ plausibel zu machen, auch wohnort- und lebensweltnahe Unterstützungssysteme und -personen zur Verfügung stehen, die den Prozeß einer konstruktiven Konfliktaustragung ermunternd, aber nicht belehrend und verurteilend begleiten.

Dafür reicht es nicht aus, z.B. ohnehin schon überlastete LehrerInnen von Integration zu überzeugen oder Hauswarte mit netten Faltprospekten über die Kochgewohnheiten türkischer Familien aufzuklären. Solange deren eigene Lebens- und Arbeitswirklichkeit als trist und perspektivenlos erfahren oder interpretiert wird und solange die gegenseitigen Begegnungsorte nur negativ etikettiert erfahren werden, solange die eigenen Kompetenzen und der eigene Alltagswissensschatz von den sozialpädagogischen und soziokulturellen ExpertInnen als Artikulationsbereitschaft und -chance zur Auseinandersetzung übersehen und zu wenig in deren multikulturelle Projektarbeit einbezogen werden, solange werden auch die umfeldbezogenen Rahmenbedingungen von Integration unverändert schlecht bleiben.

#### MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN LOKALER VERÄNDERUNGSARBEIT

Sozialpädagogische und soziokulturelle Stadtteilarbeit, die gerade in den oft recht kontroversen Lebensweisen und kulturellen Ausdrucksformen Anknüpfungspunkte für einen kleinräumig-überschaubaren Dialog sucht, hätte, zielgruppen- und berufsfeldübergreifende lokale Kooperationsmodelle einer netzwerkorientierten Gemeinwesenarbeit zu entwickeln, d.h. jeweils situationsgerecht ein ökologisch vernetztes Unterstützungsmanagement zu leisten.

Die personelle Einbeziehung von aufgeschlossenen Laien ist dabei durchaus nützlich, weil nur diese Gewährspersonen Struktur und soziales Klima des jeweiligen Wohngebiets und der dort situierten Einrichtungen aus eigener Anschauung genau kennen und Reibungsanlässe benennen können. Multikulturelle Laienarbeit im Stadtteil kann jedoch professionelles sozialpädagogisches Handeln nicht ersetzen,

sondern nur ergänzen, qualitativ bereichern und flexibler machen.

Stadt und Stadtteil werden so zu Lernorten aufgewertet, an denen es im gemeinsamen Diskurs von Benachteiligten und verunsicherten BewohnerInnen und unterstützt von engagierten Alltags- und FachexpertInnen jene örtlichen Ressourcen wiederzuentdecken und zu aktivieren gilt, die zur Schaffung eines gleichberechtigten, toleranteren, aber auch vielfältigeren Zusammenlebens benötigt werden. Mit Widerständen diverser formeller und informeller Machträger muß bei einer solchen kommunal- und sozialpolitischen „Einmischungsstrategie“ gerechnet werden. Diese sind sogar nützlich, weil sie allen Beteiligten auch klar die Grenzen lokaler Veränderungsarbeit aufzeigen und, wenn sie so wollen, einen Beitrag zu einer lebensweltbezogenen politischen Bildung leisten und emanzipatorische Ansprüche herausfordern, die von den Beteiligten selbst kommen, – nicht von ihren wohlmeinenden animatorischen AdvokatInnen.

Welche Orte einer soziokulturellen Lernarbeit damit konkret gemeint sind, kann nicht rezepthaft vorherbestimmt werden. Denn Wien hält noch immer sehr viele und sehr unterschiedliche soziale „Mikrokosmen“ in den Bezirken und sogar in den einzelnen Stadtteilen bereit, die noch nicht „begradigt“ sind. Vermutlich werden es ganz triviale Schauplätze sein, an denen vor allem Kinder und Jugendliche multikulturelle Begegnungen als selbstverständlich erleben, weil sie dort mit einer gemeinsamen Aktivität befaßt sind, die Spaß macht.

Das geschilderte persönliche Erlebnis am Sportplatz des traditionsreichen tschechischen Fußballklubs „Slovan“ wäre beispielsweise so ein Anknüpfungspunkt sozialpädagogischer oder soziokultureller Arbeit im Stadtteil. Analoge vorurteilsfreie soziale Begegnungs- und Lernorte sind zu suchen und von den IntegrationsexpertInnen ernst zu nehmen.

Für den Erfolg der professionellen Unterstützung solcher lokaler Ressourcensysteme ist allerdings die politische und öffentliche Einsicht Voraussetzung, daß die Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse in der Stadt nur über die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel möglich ist, die es durch budgetäre Umschichtungen vor allem im sozialen und im schulischen wie außerschulischen Bildungsbereich einzufordern gilt.

#### LITERATURVERWEIS:

- 1 SPÖ Wien (Hg.): „Wien“ – Mit Visionen die Zukunft gestalten. Arbeitsprogramm 1987–1992. Das Wiener Blatt Nr. 3/1987



GERO FISCHER

## MULTIKULTURALISMUS UND DER WEG ZU EINEM NEUEN GESELLSCHAFTSENTWURF

Migrationen und Industrialisierung gehören untrennbar zusammen. Unsere kapitalistisch verfaßte Gesellschaft hat seit der industriellen Revolution Mobilität von Ressourcen und Arbeitskräften von bis dahin nicht gekannten Ausmaßen erfahren. In industriellen Migrationswellen wurden seit dem 19. Jh. viele Millionen Menschen aus ihrer Heimat versetzt und in neue Umwelten verpflanzt. So betrug im 19. Jh. der Anteil der „Fremden“ in Wien bis über 60% der Gesamtbevölkerung. Nach 1945 kamen 680.000 Flüchtlinge, 500.000 Gastarbeiter mit Familienangehörigen, also 1,2 Millionen Zuwanderer nach Österreich, im gleichen Zeitraum wanderten etwa 500.000 (in BRD, USA etc.) aus. Europaweit sind heute Millionen Menschen, 5–15% der Bevölkerung einzelner Staaten, Migranten (oder deren Nachkommen). Österreich ist also traditionell – entgegen diverser populistischer Rhetorik – Einwanderungsland und Auswanderungsland zugleich, auch wenn dieses Faktum in der politischen Praxis nicht zur Kenntnis genommen werden will.

„Die politische Ökonomie des modernen Weltmarktes beruht auf der zunehmenden internationalen Zirkulation nicht nur von Kapital, Ressourcen und Waren, sondern auch von Arbeitskraft. Diese Zirkulation verbindet sich einerseits mit kultureller Homogenisierung (weil Normen von Rationalität und Effizienz alles durchdringen), andererseits mit kultureller Diversifizierung (weil Bevölkerungen unterschiedlichster Herkunft aufeinandertreffen). Anders gesagt, es ist angesichts der wachsenden weltwirtschaftlichen Integration und der zunehmenden, durch Migration, Reisen und Massenkommunikation geförderten Vermischung nationaler Kulturen schwer einsehbar, warum sich politische Legitimität ausschließlich auf die nationalstaatliche Ebene konzentrieren sollte.“ (Castles: 128 ff)

Das Wort Multikulturalität bzw. Multikulturalismus besitzt heute unterschiedliche inhaltliche Dimensionen, so nicht nur die eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs zu Nationalismus und Rassismus, als überethnische Solidargesellschaft. Die politische Praxis ist heute gezwungen, zwischen den Gegenpolen Segregation und Integration bestimmte begrenzte Aspekte des Multikulturalismus zu akzeptieren, nachdem Konzepte national homogener Gesellschaftsformen obsolet geworden sind.

Als Entwurf für eine wünschenswerte zukünftige Gesellschafts- und Lebensform setzt der Multikulturalismus die Lösung von gesellschaftlichen Grundfragen voraus, an denen im Prinzip die bestehenden Gesellschaftskonzepte gescheitert sind: insbesondere geht es um die Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheit. Zur Zeit erleben wir vielmehr die Festigung gesellschaftlicher Ungleichheit im Weltmaßstab. In diesem Verteilungskampf liefert der Nationalismus das entsprechende Legitimationsmodell

(vgl. Geiger, 1992: 277 ff.). Dabei billigen der Konkurrenznationalismus sowie der Ausgrenzungsnationalismus Solidarität nur der eigenen Nation zu sowie einer überethnischen, kulturell, ökonomisch und politisch verstandenen Einheit, bestenfalls der „Festung Europa“: allenthalben formieren sich zusehends solidaritätslose, solidaritätsverweigernde antisolidarische Gesellschafts- und Lebensformen.

Der Multikulturalismus erweist sich im deutschen Raum als eine Sozialtechnologie, die eingesetzt werden soll, um einen neuen Integrationsmodus durchzusetzen und dazu das Bewußtsein der Menschen über ihre Realität zu verändern. Das Programm des Multikulturalismus hat bisher in den Ländern, in denen es offiziell zur Politik erhoben wurde, wenig greifbare positive Resultate, aber deutlich sichtbare Nebeneffekte gezeitigt. Aus den USA, wo der Multikulturalismus am weitesten gediehen ist, werden Entwicklungen berichtet, die wohl kaum mit den oben angesprochenen zukünftigen demokratischen Lebensentwürfen übereinstimmen (vgl. Haslinger 1992, Radtke 1988). So wird z. B. an einigen Universitäten ein wachsender ethnischer und „rassischer“ Separatismus beobachtet, „Ethnien“ bzw. „ra-ces“ werden zunehmend zu determinierenden Identitätsmustern im Alltag: Studenten unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit finden sich in ethnisch homogenen Gruppen in Seminaren, in der Bibliothek, in der Freizeit. Es hat sich nicht ethnische Harmonie im Sinne des Multikulturalismus durchgesetzt, sondern es stehen im Gegenteil die Zeichen in Richtung einer neuen (Selbst-)Segregation und eines neuen wachsenden, bösartigen Rassismus. Das Anliegen der Selbstverwirklichung und der Befreiung scheinen die betroffenen Gruppen nur als egoistische Ziele in Abgrenzung und unter Ausschluß anderer Gruppen und unter chauvinistischen Fahnen realisieren zu können. Für Radtke (1992), der multikulturalistische Konzepte kritisch hinterfragt, ist diese Entwicklung die Folge

„der dem Multikulturalismus eingeschriebenen Ambivalenz von Partikularismus und Universalismus. Der partikuläre Multikulturalismus sucht die Bedeutung ethnischer Grenzziehungen als eine Form der Ausübung des kulturellen Selbstbestimmungsrechts zu legitimieren. Er revitalisiert damit Unterscheidungsmuster, die in funktional differenzierten Gesellschaften ihre objektive Bedeutung, nicht aber ihre subjektive Attraktivität verloren haben. Indem er sie wissenschaftlich einkleidet, zu analytischen Kategorien aufwertet und politisch scharf macht, konstruiert er eine Gesellschaft, die sich in dem Maße als soziale Wirklichkeit konstituiert, indem die Teilnehmer am sozialen Prozeß ihre Praktiken an dieser Deutung ausrichten. Auf der Suche nach einem neuen Integrationsmuster für die Gesellschaft der 90er Jahre offeriert der partikuläre Multikulturalismus das kategoriale Inventar, mit dem auch

Nationalismen, Ethnozentrismus und Rassismus soziale Grenzen gezogen hatten und noch immer ziehen. Genau diese Grenzziehung mit Hilfe ethnischer Unterscheidungen aber will der universelle Multikulturalismus zumindest innergesellschaftlich unterbinden. Kulturelle oder ethnische Herkunft sollen den politischen und sozioökonomischen Status nicht länger bestimmen."

Von daher sei seiner Meinung nach die Aufforderung an die Gesellschaft paradox, einerseits die ethnischen Differenzen anzuerkennen und zu pflegen und andererseits doch von solchen Unterscheidungen sozial keinen Gebrauch zu machen. In der Gesellschaft werde mit dem postmodern aufgefrischtem Deutungsinstrumentarium nach Opportunität verfahren: Wo ethnische Unterscheidungen in der Konkurrenz um soziale und ökonomische Vorteile eingesetzt werden können, geschehe dies mit neuer Legitimität und der Folge einer Ethnisierung sozialer Konflikte, die damit zusehends unlösbar würden.

In fast allen Ländern schließt die herrschende Definition des Konstrukts der „Nation“ die sich in zunehmendem Maße formierenden ethnischen Minderheiten von der Teilnahme am gesellschaftlichen Prozeß aus. Dies geschieht mit dem Instrumentarium eines mehr oder weniger offiziellen Rassismus, Chauvinismus, einer öffentlich geduldeten Intoleranz und bürokratisch geförderten Ausgrenzung, abgestützt auf eine Ideologie, die populistisch simplifiziert die Unvereinbarkeit/Unverträglichkeit unterschiedlicher Kulturen und die Unvermeidlichkeit von Konflikten behauptet. Dadurch, daß bestimmte Bevölkerungsteile eines Staates de facto wie de jure vom politischen Leben ausgeschlossen werden, stellt sich dieser Staat selbst durch diese Praxis demokratische wie menschenrechtspolitisch in Frage. Die Identitätsmarke „Nation“ noch länger zur Legitimation von Ungleichheit per Abstammung aufrechtzuerhalten birgt nach Castles (1991: 153) folgende Widersprüchlichkeiten:

„Wenn die Nation nicht mehr durch ethnische Zugehörigkeit definiert werden kann, weil die bürgerliche Gesellschaft aus vielen unterschiedlichen Gruppen besteht, und wenn auch die Ausgrenzung kein Bestimmungsmerkmal mehr bietet, weil der Nationalstaat notwendigerweise alle relevanten Gruppierungen umfassen muß, wo liegt dann seine Basis? Das Problem wird offensichtlich, wenn wir die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft ebenso berücksichtigen wie die Tatsache, daß Sprache und Kultur nicht mehr ausreichen, um als Kennzeichen nationaler Identität zu fungieren. Wenn nur der Besitz bestimmter wirtschaftlicher, sozialer und politischer Rechte den Australier und die Australierin ausmacht, worin liegt dann der Unterschied zu den Bürgern irgendeines anderen demokratisch-liberalen Staates?“

#### „EUROPAREIFE“ DER EUROPÄISCHEN STAATEN?

Freizügigkeit heißt, sich – unabhängig von Sprache, ethnischer, kultureller etc. Zugehörigkeit – überall in EG-Europa niederlassen, arbeiten, leben zu können/dürfen. Für dieses hohe Ziel wird viel vorausgesetzt: Fähigkeit und Bereitschaft mit Fremden umzugehen, gegenseitige Toleranz. „Sicher ist, daß das Projekt Europa sich an den Problemen der Migrati-

ons-, Integrations-, Minderheiten- und Nationalitätenpolitik mitentscheiden wird, oder daß es sich als ein politisches Projekt bei der Regelung dieser Konfliktfelder konstituieren könnte.“ (Bielefeld: 1991: 19).

Doch die Realität ist folgende: europäische Staaten bunkern sich ein, so ziemlich alle humanistischen Traditionen hinter sich lassend, die neuen Asyl- und Fremden Gesetze sind der beste Beweis dafür. Wo systemkonformer Chauvinismus und Rassismus staatlich geduldet und vielleicht auch noch gefördert wird, dort wird der Boden für die massenhafte Akzeptanz einer neuen autoritären, repressiven Gesellschaftsform geschaffen. Sind die Massen einmal gegen Solidarität mit Fremden immunisiert, so sind sie auch bereit, Unterdrückungsmaßnahmen, die Einschränkung demokratischer Rechte zu akzeptieren, wenn sie sich „nur“ gegen Ausländer – Menschen mit beschränkten Bürgerrechten – richten.

Die Fremden sind in erster Linie durch ihren Rechtsstatus definiert: über die Ausländergesetzgebung, d. h. Aufenthaltsrecht, Arbeitsbewilligung, Wahlrecht etc. Auch wenn Ausländer staatsbürgerlich gleichgestellt würden, z. B. im Wege einer Doppelstaatsbürgerschaft, so würde ein wesentlicher Aspekt der Diskriminierung aufgehoben, nämlich der rechtlich-administrative. Die gesellschaftliche Marginalisierung würde aber weiterbestehen, wenn auch durch die rechtliche Gleichstellung wesentlich bessere Bedingungen zu ihrer Beseitigung geschaffen wären.

„Nur wenn der Staat kein Interesse an der Herkunft, der Religion, der ‚Abstammung‘ seiner Bürger hat, ist Staatsangehörigkeit ohne Assimilation denkbar – was nicht heißt: gesellschaftlich konfliktfrei.“ (Bielefeld: 1991: 103).

Wenn wir nun den europäischen Einigungsprozeß vor Augen haben, so verlangt er nicht nur ein gewisses Desinteresse des Staates an den ethnischen, religiösen, sprachlichen etc. Befindlichkeiten seiner Bevölkerung, sondern „eine positive Bewertung der kulturellen Verschiedenheit anstelle des Postulats kultureller Homogenität.“ (Groenendijk: 1992: 521). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind jedoch Aus- und Abgrenzungsprozesse von Fremden durch den Staat der aktuellste gesellschaftliche Konflikt. Dazu vollzieht sich ein sozialer Wandel in Richtung soziale Segregation, hervorgerufen durch die neue Phase des Kapitalismus, die sich durch einen härteren Verteilungskampf auszeichnet. Modernisierung und Durchkapitalisierung sowie verschärfte Konkurrenz drängen Modernisierungsverlierer ans untere Ende der Sozialpyramide. Es geht um Ressourcen wie Wohnraum, öffentliche Verkehrsmittel, Bildungschancen, Arbeitsplätze, Lebensqualität. Gegen die Folgen der sich real entwickelnden Zweidrittelgesellschaft sind keine wirksamen Gegenstrategien erkennbar. Mangel an positiven Perspektiven, Abbau des Wohlfahrtsstaates, Rückzug des Staates aus großen Bereichen des sozialen Lebens (Wohnen, Krankenfürsorge etc.) – dies ist der politische Boden, wo Rechtsextremisten sehr erfolgreich Ab-

stiegsängste und Bedrohungsgefühle mobilisieren und Fremdenängste schüren können.

Es ist davon auszugehen, daß ethnische Konflikte noch zunehmen werden und zwar in dem Maße, wie Integrationsprobleme der Zugewanderten mit gesellschaftlichen Desintegrationsproblemen der Einheimischen zusammenfallen. Das Ausländerproblem ist nicht primär ein Problem der Ausländer, sondern im wesentlichen ein Problem der Gesellschaft, die unfähig ist, mit Minderheiten demokratisch auszukommen und umzugehen.

## INTERKULTURELLE ERZIEHUNG

Es ist ein bekanntes Rollenspiel: Wenn die Politik versagt hat und Schäden unübersehbar sind, dann delegiert sie an die Pädagogik, weil Reperaturarbeit angesagt ist. Interkulturelle Erziehung als Teil eines social engineering ist nicht Harmonisierungspädagogik, sondern eine Pädagogik des Dialogs, eine pädagogische Konzeption zur Veränderung des Verhältnisses von Einheimischen und Fremden, von Mehrheiten und (ethnischen) Minoritäten, insbesondere von Minoritäten, die ethnisch, kulturell, sozial und ökonomisch marginalisiert sind. (Die japanische, amerikanische etc. Kolonie ist von diesen Marginalisierungen und Diskriminierungen ja bekanntlich nicht betroffen).

Interkulturelle Erziehung will die Bedingungen aufzeigen und die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Ausländer und Einheimische gemeinsam leben sowie miteinander und voneinander lernen können. Sie betrifft die Gesellschaft als Ganzes und die Art und Weise, wie in einer Gesellschaft mit ethnischen Minderheiten umgegangen wird. Sie leistet nicht nur eine Orientierung für die Pädagogik, sondern sie verlangt eine Neuorientierung in der Gesellschaft: Die Bereitschaft, die anderen Kulturen wahrzunehmen und sich mit ihnen unter Relativierung des eigenen Standpunktes auseinanderzusetzen, ihre Formen und Ausdrucksweisen auch dort ernstzunehmen, wo sie den Einheimischen fremd vorkommen, Anpassungsleistungen nicht nur von den Minoritäten, sondern auch von den einheimischen Schülern einfordern. Interkulturelle Erziehung in diesem Sinne leugnet die Konflikte nicht, sondern schließt die Bewältigung von Konflikten ausdrücklich ein. Bei Kommunikation mit Angehörigen einer anderen ethnischen Gruppe kann das Gefühl von Fremdheit in besonderer Weise auftreten. Es besteht Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bei manchen Inländern ebenso wie bei manchen Ausländern. Erst wenn Konflikte und Fremdheit nicht mehr gelehnet oder verdrängt, sondern bewußt aufgenommen werden, ist ein Ansatz für interkulturelle Erziehung gegeben (Boos-Nünning: 1991: 72).

Die Berücksichtigung der ethnischen Minderheiten in der Schule trägt zu deren Integration in die Bildungsinstitutionen und in die Gesellschaft bei, durch Verringerung des Anpassungsdrucks kann ihre psychische und soziale Situation so erleichtert werden, daß neue Formen gemeinsamer Kommuni-

kation gefunden werden können. Die Migrantenkulturen werden in den Bildungs- und Sozialisationsprozeß ausländischer und einheimischer Kinder einbezogen. Dabei werden insbesondere die durch die Migration bedingten Veränderungen und Einwirkungen auf die Herkunftskultur aufzuarbeiten sein. Pädagogisch ist von der Defizithese Abschied zu nehmen, wonach die Situation der Migranten und soziale Konsequenzen ausschließlich das zentrale Problem darstellen: die Integrationsarbeit kann nicht allein den Migranten angelastet werden, auch die Einheimischen müssen sich mit den sich verändernden ethnischen, kulturellen sozialen Gegebenheiten auseinandersetzen.

Die interkulturelle Erziehung erfolgt in Stufen:

- Wahrnehmung der anderen Kultur und Relativierung der eigenen Toleranz gegenüber der anderen Kultur und ihrer Akzeptanz, Ernstnehmen ihrer Formen;
- Akzeptanz der Gleichwertigkeit der Kulturen;
- Ablegung der Erfahrung von Fremdheit, des Gefühls von Bedrohung;
- Akzeptanz einiger Elemente der anderen Kultur für die eigene.

Interkulturelle Bildungsprozesse sind der wichtigste Weg zum Abbau von Vorurteilen, zur Stärkung von Toleranz und längerfristig zu solidarischem Zusammenleben in einer offeneren Gesellschaft. Der Erfolg interkultureller pädagogischer Bemühungen hängt aber zu einem wesentlichen Teil auch davon ab, inwieweit ein breiter politischer Konsens diese Bestrebungen auch trägt und nicht etwa konterkariert. Es sind daher nicht nur Bildungspolitiker gefordert, sondern vielmehr die Sozial-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik, ebenso wie die Stadtplanung, die Medien u. v. a. m.

## UTOPIEN UND REALITÄTEN

Europa war, historisch gesehen, immer von multiethnischen, multilingualen und multikulturellen Verhältnissen und Beziehungen geprägt. Die meisten europäischen Staaten sind historisch gesehen – sozusagen „gewachsene“ – multikulturelle Gesellschaften.

„Man kann heute schon von einer ethnisch-kulturellen Vielfalt (von türkischen über italienische, portugiesische, griechische bis zu den alten Minderheiten), einer alltagsweltlichen Vielfalt (von der Schwulen – über die Lesbenkultur bis zum „MacDonald“ oder dem high-tech Lifestyle) und einer soziokulturellen Vielfalt (von einer Musik- oder Drogenkultur über Fußballkulturen bis zu Jugendzonen) sprechen. Und neben dieser gleichsam vertikal ausgearbeiteten Vielfalt, die einzelne Bevölkerungsgruppen in ihrem Alltagsleben mehr oder weniger umfassend bestimmt, existieren auch noch innerhalb dieser Lebenswelten horizontale Ausdifferenzierungen, Sonderkulturen mit räumlich-zeitlicher Beschränkung. Diese Sonderkulturen (von Freizeitkulturen bis zu einem berufsspezifischen Habitus), die sogar einzelne Familien durchziehen können, machen das Bild noch vielfältiger.“ (Bukow: 1992: 135/6).

Trotzdem tut sich die herrschende Politik schwer, dies zu akzeptieren und phantasiert nicht nur – entgegen allen historischen Erfahrungen – von einer homogenen, ja ethnisch gefügten, ja nationalen, wenn nicht gar „völkisch-nationalen“ Gemeinschaft, sondern verschlimmert mit allerlei legislativen und administrativen Kautelen und Schikanen die realen Lebensbedingungen der Zuwanderer, Migranten, ethnischen Minderheiten. Natürlich ist es auch kein Zufall, daß gerade in ökonomischen Krisensituationen die Ausländerproblematik in den Vordergrund gespielt wird, weil dann das Versagen der Politik im wirtschaftlichen und sozialen Bereich leicht verschleiert werden kann. Diese Vielfältigkeit, „multiple reality“ (Yankelovich 1981), bestimmt nicht nur unsere Gesellschaft, sondern stellt einen explosiven Pluralismus dar; die Frage ist nun, wie die Gesellschaft, die Politik mit diesen Verhältnissen umgeht. G. Zwerenz (1993: 6) stellt den ausschlaggebenden Kräften in Deutschland ein vernichtendes Zeugnis aus, das mittlerweile auch auf andere Länder übertragbar geworden ist:

„Regierung und Parteien, die mit ihrem ewigen Gerede von der Asylantenflut den Ausländerhaß zum Volkssport machten, weichen damit vor den Rechten zurück und finden sich in der gemeinsamen Lüge vom Boot, das voll sei.“

Es ist keine mut- oder böswillige Parallele, die Zwerenz (1993: 97/8) im folgenden historisch herstellt, sondern er bringt das Gefahrenpotential auf den Punkt, wenn er schreibt:

„Im Dritten Reich stürten die Juden (je nach Angabe 500.000 bis 700.000) das deutsche Wohlbefinden. Im Deutschland von 1992 stören Ausländer und Asylbewerber das Wohlbefinden, denn die Juden zählen nur noch an die 40.000 Köpfe, so daß sich der Antisemitismus an jüdischen Friedhöfen austoben muß. Ersatzweise. Natürlich hinkt der Vergleich. Die Ausländer sollen nur abgeschoben, nicht getötet werden. Allerdings fing es 1933 auch gemächlich an. Nach dem Gesetz wurden Juden erst 1935 zu Menschen zweiter Klasse erklärt. Beim Pogrom am 9. November 1938 verloren etwa tausend ihr Leben. So begann der Massenmord damit, daß den Deutschen ein Sündenbock gewiesen wurde. Vom Bürger zweiter Klasse bis zum Todeskandidaten ist der Weg kurz. Zu Untermenschen erklärte Minderheiten ziehen die Blicke der Mörder automatisch auf sich. . . . Das ‚Ausländer raus!‘ von 1992 gleicht insofern der Parole ‚Juden raus!‘, als in beiden Fällen Politiker am Werke waren und sind, die mit der Verfolgung von Sündenböcken von der wahren Krise ablenken. Nicht ihre Politik soll als falsch erkannt werden. Eine Minderheit wird zum Feind erklärt. Sie soll schuldig sein an der von deutschen Politikern geschaffenen Misere mit Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, sozialer Deklassierung und Brutalisierung.“

Nach dem Ende des Kalten Krieges drohen Menschenrechte und Minderheitenrechte zur Makulatur zu verkommen. Migranten werden europaweit zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Die mangelnde Sensibilität der führenden europäischen Staaten für Minderheitenfragen erhöht die innere wie äußere Instabilität und die Ausbreitung gefährlicher Konflikte, für die die europäische Staatengemeinschaft keine Lösungskompetenz entwickelt hat. So sind z. B. die Standards für den Beitritt zu europäischen Institutionen äußerst niedrig. Die Tatsache, daß es Vertretern der ungarischen Minderheit in der Slowakei in

Aussicht gestellt wurde, ihre eigenen Namen zu behalten, ist nicht Beispiel einer großartigen demokratischen Reife, sondern elementares Menschenrecht, nichts mehr und nichts weniger. Dieses Minimum genügte beispielsweise, die Slowakei für die Aufnahme in den Europarat zu empfehlen. Die sonstigen Benachteiligungen der Minderheiten (z. B. im Schulwesen, durch politisch-administrative Maßnahmen, bei Bewerbungen etc.) sind kein Thema. Überhaupt keine Rolle auf dem diplomatischen Parkett scheint die massiv menschenrechtswidrige Behandlung der Sinti und Roma (in fast allen osteuropäischen Ländern, Tschechien inklusive) zu spielen. Die unausgesprochene, aber offensichtliche Maxime, wonach Ökonomie Priorität vor Menschen- und Minderheitenrechten besitzt, garantiert, daß dieses Konfliktpotential auch weiter nicht abnimmt. Die Stümperhaftigkeit, Unfähigkeit und Kurzsichtigkeit der europäischen Länder mit Minderheitenkonflikten und Migrantenproblemen umzugehen, – vom Baltikum bis zum Balkan – ist bedrohlich.

Am Ende des 20. Jh. besteht wie zu Beginn dieses Jahrhunderts das Hauptproblem – die Überwindung der nationalistischen Schranken.

„Die Herrschaft des Nationalismus scheint also ungebrochen, ob über die Identität der Deutschen oder der EuropäerInnen gesprochen wird, wenn um die Verteilung von Rechten und Gütern gerungen wird. Doch gibt es durchaus schon einen nach-nationalistischen Diskurs. Es gibt Utopien staatlich verfaßter Gesellschaften, die nicht mehr in der gedachten Einheit ‚Nation‘ gründen, Minderheiten nicht mehr der Assimilation oder Ausgrenzung unterwerfen und Angehörige fremder Staaten und Kontinente nicht mehr als geringer legitimierte Konkurrenten im Verteilungskampf betrachten. Es gibt Utopien einer nationalen und/oder regionalen Solidarität, die ausbalanciert ist mit einer globalen, internationalen“ (Geiger:1992: 283).

Bestimmte Einsichten sind aber politisch noch nicht mehrheitsfähig, vor allem die, daß nationalistische Politik keine Lösung für interne und schon gar nicht für globale Probleme eine Perspektive anbieten kann. Kultureller Pluralismus und Politik der Assimilation schließen einander aus. Weit verbreitet ist die Ansicht, daß die Minderheiten in einigen Generationen aussterben. In der Zwischenzeit wird ihnen sozusagen Sterbehilfe gewährt, z. B. ein Kulturleben in Reservaten, abgeschirmt und unbeachtet bis auf einige populistisch ausschaltbare Großveranstaltungen (z. B. in Berlin das Zigeunerfestival, u. dgl.). Assimilatorische Politik führt zur Gettoisierung der Minoritäten, dazu, daß sie sich selbst vom gesamten gesellschaftlichen Prozeß ausschließen. Wenn Minderheitssprachen nur für die Minderheiten reserviert sind, dann fühlt sich die Mehrheit entfremdet. Türkisch – um in Österreich zu bleiben, soll nicht nur Türken vorbehalten bleiben, sondern auch andere Kinder in Österreich sollen die Möglichkeit haben, diese Sprache zu erlernen, und zwar als natürliche Konsequenz eines Angebotes des multikulturellen, multilingualen Umfeldes. Man sieht, der Mehrheitsbevölkerung kommt eine wichtige Aufgabe zu, die der Brückenbaufunktion. Und das ist mehr als wohlwollende Toleranz von anderen Gruppen.

Die Überwindung des Nationalismus, jenes Herrschaftsmechanismus, der die Trennung von „Wir“ und

„Fremd“, Freund- und Feind entlang ethnischer Grenzen herstellt, beginnt schon damit, daß gravierende rechtliche, existentielle Unterschiede zwischen Angehörigen eines Staates und bloß Ansässigen aufgehoben werden. Werden diese diskriminierenden Verhältnisse aufrechterhalten, dann sind Konflikte unvermeidlich. Die Verschiedenheit von ethnischer Identität und Staatszugehörigkeit kann nur durch Vertrauen und Loyalität verbunden werden. Es muß akzeptiert werden, daß man Österreicher sein kann auf verschiedene ethnische, kulturelle, sprachlich etc. Art: auf deutsch, auf türkisch, tschechisch etc. Was nichts anderes bedeutet, daß österreichische Identität verschiedene Facetten, Varianten besitzt, daß es eben keine „Norm“ gibt.

Kulturelle Demokratie ist Ausfluß politischer Demokratie, sie beinhaltet das Recht zur kulturellen Freiheit. Was ist das für eine Demokratie, die Rechte anderer Kulturen verneint? Multikulturalismus als Modell einer internen und externen Solidarität, als Utopie einer gerechteren, demokratischeren Gesellschaft, als Gegenentwurf zu nationalistisch oder rassistisch verfaßten Gesellschaften, muß Antifaschismus und Antirassismus im Programm haben, alles andere ist postmoderne Spielerei.

LITERATUR:

Bielefeld, U. (Hrsg): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 1991

Boos-Nünning, U.: Fremdheit in unserer Gesellschaft. In: Informationen zur politischen Bildung. 2/1991: 65-73

Bukow, W.-D.: Ethnisierung und nationale Identität. In: Rassismus und Migration in Europa. Hamburg 1992: 133-146

Castles, St.: Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats. In: Bielefeld: 1991: 129-158

Dijk, T. A. van: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus. In: Rassismus und Migration in Europa. Hamburg 1992: 289-313

Enzensberger, H. M.: Die große Wanderung. 33 Markierungen. Frankfurt 1992

Erdheim, M.: Fremdeln. Kulturelle Unverträglichkeit und Anziehung. In: Kursbuch 107/1992: 19-34

Esser, H.: Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Darmstadt-Neuwied 1980

Geiger, Kl.: Nationalistische und postnationalistische Diskurse im Verteilungskampf der Bundesrepublik Deutschland. In: Rassismus und Migration in Europa. Argument-Sonderband AS 201. Hamburg 1992: 273-288

Groenendijk, K.: Europa 1992: Realitäten, Mythen und Chancen. In: Rassismus und Migration in Europa. Argument-Sonderband AS 201. Hamburg 1992: 515-528

Haslinger, J.: Das Elend Amerikas. Elf Versuche über ein gelobtes Land. Frankfurt 1992

John, G.: Antirassistische Strategien und ihre Schranken. In: Rassismus und Migration in Europa. Argument-Sonderband AS 201. Hamburg 1992: 444-450

Kallscheuer, O.: Fremde Götter oder die Grenzen der Toleranz. Ein Vexierbild. In: Kursbuch 107/1992: 51-68

Radtke, F. O.: Zehn Thesen über Möglichkeiten und Grenzen interkultureller Erziehung. In: Erziehung und Bildung als öffentliche Aufgabe. 23. 1988: 50 ff

ders.: Das schick angerichtete Design der Gesellschaft in den 90er Jahren. In: Frankfurter Rundschau 9. 9. 1992

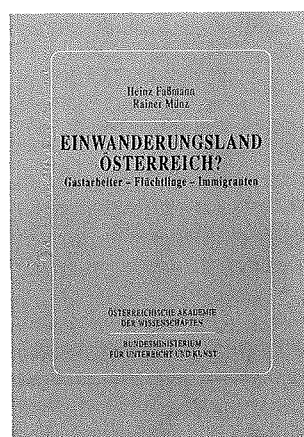
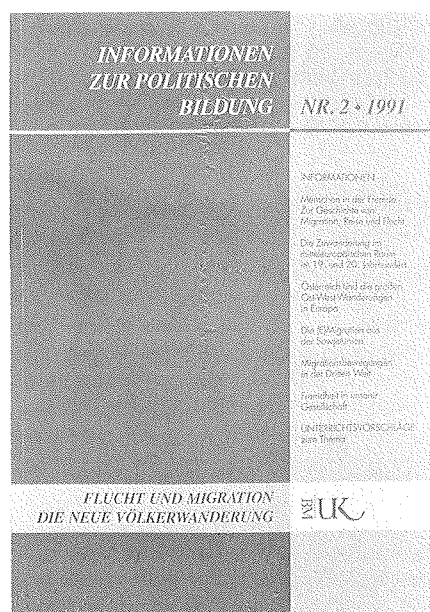
ders.: Marktwirtschaft, Multikulturalismus und Sozialstaat. Die Neue Gesellschaft. In: Frankfurter Hefte 10/1990: 900-912

ders.: Lob der Gleich-Gültigkeit. Zur Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus. In: Bielefeld, U.: 1991: 79-96

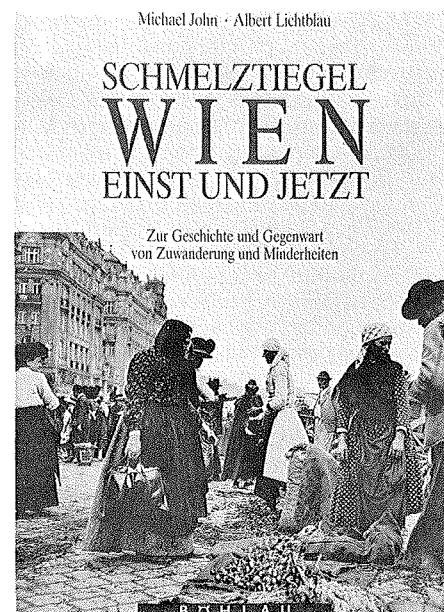
Yankelovich, D.: New Rules-Searching for Self-Fulfillment in a World Turned Upside Down. New York 1981

Zwerenz, G.: Rechts und dumm? Hamburg 1993

IWK-BIBLIOTHEK:



LehrerInnen können diese Broschüre schriftlich (mit Schulstempel) beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Abteilung Politische Bildung, beziehen.



## MULTINATIONALES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT AUS DEM JAHRE 1858

Dieses Konzept hat eine Tageszeitung (Ostdeutsche Post 4. April 1858, S. 12, nach Michael John – Albert Lichtblau: Schmelztiegel Wien – einst und jetzt, Wien–Köln 1990, S. 149 f) veröffentlicht, spielte aber in der weiteren öffentlichen wie politischen Diskussion keine Rolle. Die Gestaltung von Nationalitätenvierteln in der Residenzstadt Wien sollte den Zusammenhalt der Nationen des Habsburgerreiches stärken.

### EIN VORSCHLAG FÜR DIE NEUBAUTEN IN WIEN

Um der Centralisation Oesterreichs einen ewigen und unauslöschlichen Denkstein zu setzen, ist es von Wichtigkeit, den Nationen dieses großen Kaiserstaates bei dem gegenwärtigen Umbau Wiens in dieser Weltstadt eine Heimat zu geben.

Dies wird möglich, wenn man ein italienisches, ungarisches, slawisches, griechisches Viertel beantragt. – Man denke sich einfach in die Lage z. B. eines Italieners, der bis Wien auf der Bahn fährt, am Bahnhofe ein italienisches Gefährte antrifft, welches ihn in das italienische Stadtviertel bringt, wo er Alles findet wie in Italien. Wird sich dieser Italiener nicht daselbst heimisch fühlen? Der Fremde hört auf, daselbst fremd zu sein, er ist ja in Wien zu Hause; italienische Aufschriften, Bauart, Gasthöfe, Cafés, ein Corso mit seiner Eigenthümlichkeit im Karneval, Palazzi des hohen Adels und der Reichen Italiens, bekannte Namen, etc. – Alles erinnert an Italien.

Wer das Gefühl kennt, das Jeder im fremden Lande empfindet, wird hier beipflichten, der den Italiener kennt. Es würden Massen von Italienern ihr Geld nach Wien tragen, der italienische Stamm würde sich in Sitten und Gebräuchen dem deutschen anschließen und eine großartige Vereinigung der Interessen würde hervorgerufen. Ist dieser Gedanke nicht einer näheren Erörterung würdig?

So wie dem Italiener weise man auch den übrigen früher genannten Nationen ihre eigenen Stadtviertel an, die durch ihren eigenthümlichen Typus an sich tragen, wodurch auch dem Fehlgriffe vorgebeugt würde, diese neue Stadt mit monotonen Straßen und Plätzen einzurichten, was sonst bei neuerbauten Städten unvermeidlich ist.

Alles würde nach Wien drängen, die Elite des Kaiserstaates würde sich um den kaiserlichen Thron schaaren und unser großer Kaiser würde als geliebter Vater mitten unter seinen Kindern wohnen.

Werfen wir ein Blick in die Zukunft. Die Residenz- und Hauptstädte geben zu Allem den Impuls für die nahen und entfernten Provinzen. Das deutsche Element ist in Wien so überwiegend, daß es für ewige Dauer daselbst gesichert ist. Das Heranziehen fremder Elemente würde jedoch in politischer Beziehung in die Geschichte Oesterreichs tief eingreifend und wohlthätig wirken und die Centralisation Oesterreichs besiegeln.

Wenn auch nun die Befestigung Wiens durch Mauern aufhört, so würde eine glückliche Ausführung dieser Idee Wiens Ruhe befestigen, durch die faktische und *kompakte* Einbürgerung der Nationen Oesterreichs in Wien, die gegenseitig als gute Nachbarn auf die allgemeine Eintracht mit Eifersucht wachen würden; die Provinzen würden sich diese Eintracht zum Vorbilde nehmen müssen! Was folgt nicht Alles hieraus? . . .

Die Wache Wiens bildeten sofort die Nationen Oesterreichs, deren Liebe sich im Throne konzentriert, auf welchem man den Vater der Völker Oesterreichs in unserem großen Kaiser anbetet.

Die Statthaltereien müßten sofort in den betreffenden Provinzen Einladungen zur Wahl der Bauplätze ergehen lassen, um den Bedarf zu kennen.

Wien würde so die wahrhaft originelle und liebenswürdigste Weltstadt werden, zumal die Architekten sich in Paris, Mailand und Venedig, Geschmack erholen und daselbst Originalität suchen.

In Hinsicht der Straßen und Plätze schlägt man vor, die Eckhäuser abzurunden. Die Alleen, namentlich jene des Exerzirplatzes oder Marsfeldes, seien mit gemischten Laub- und Nadelbäumen bepflanzt; diese geben sowohl im Frühjahr als Herbstes nebst dem angenehmen Geruch auch ein wohlthuendes Farbenspiel der Blätter und dienen ebenso zu guten Marschdirektionspunkten als den Pionnierschülern zur Schule wegen Kenntnis der Holzgattungen. In den Zwischenräumen der Bäume könnten Büsten, Statuen und Monumente großer Feldherren und berühmter Generale und Offiziere angebracht werden.

Plätze werden beispielsweise folgende vorgeschlagen:

1. Der Franz-Joseph-Platz, ein regelmäßiges Fünf-, Sechs- oder Achteck; in der Mitte erhebt sich die Statue unseres Kaisers, von seinen Völkern getragen und umgeben; allegorische Figuren tragen Fackeln zur Beleuchtung. Die schönsten Paläste zieren den Platz.

2. Ein fünf-, sech- oder achteckiger zweiter Platz, ebenfalls von Palästen der Nationen des Reiches umgeben. Daselbst steht ein Obelisk, allwo der Kaiser den Grundstein zur neuen Stadt legte; auf der Spitze des Obelisk ruht eine Goldkugel, auf welcher ein glänzender Adler mit ausgebreiteten Flügeln schwebt. Drei kolossale Tannenbäume stehen zur Seite des Obelisk und bezeichnen das kaiserliche Geschenk am Christtage. Die Kandelaber dieses Drei-Tannenplatzes sind gleich dem Markusplatz in Venedig im Tannenstiele zur Beleuchtung eingerichtet.

Im griechischen Viertel finden wir einen Deltaplatz. Der Ghetto sei originell; ein Springbrunnen, dem der Po, Ticino, die Donau, Elbe, Weichsel etc. entquillt, sei eine weitere Zierde. Im italienischen Viertel seien Brücken im Venezianer Style etc.

Es mögen hier diese wenigen Andeutungen meine gute Meinung für die gute allgemeine Sache beweisen, und es mag nicht unwahr sein, wenn ich behaupte, daß in der Ausführung dieser Gedankenreihe eine unaussprechliche Wichtigkeit für Wien und den Kaiser liegt. Wohl dürften sich Gegengründe finden, allein diese werden nicht maßgebend sein gegenüber dem Fernblicke auf die Zukunft, Machtentfaltung und Größe Wiens, wenn diese Metropole allen Nationen durch gastliche Aufnahme eine heimatliche Stätte zur ewigen Verbrüderung geben würde.

HUBERT PRAMHAS / WOLFGANG SLAPANSKY

## SLOVAN – HERTHA – RUDOLFSHÜGEL FUSSBALLSPORT UND VORSTADT Ein Aspekt großstädtischer Freizeitkultur anhand des „Tschechenbezirks“ Favoriten

### FAVORITEN UM DIE JAHRHUNDERTWENDE – SOZIOÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der 10. Wiener Gemeindebezirk gilt gemeinhin als Inbegriff eines Arbeiter- und Industriebezirks. Den enormen Wachstumsschub Favoritens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verdankt der im Süden der Stadt gelegene Bezirk der Ansiedelung zahlreicher Industriebetriebe und damit verbunden der vermehrten Bautätigkeit im Bereich von Wohnhäusern für die in den neuen Betrieben tätigen Arbeiter samt ihrer Familien. Zwischen 1890 und 1900 nahm die Bevölkerung Favoritens von 84.813 auf 127.626 zu.<sup>1</sup> Dieses rasche Wachstum zeigt sich noch heute in einer relativ geschlossenen Siedlungsform entlang der wichtigsten Durchzugsstraßen im Bereich von Inner-Favoriten. Rasterförmig angelegte Häuserzeilen zeugen von der rasanten planmäßig durchgeführten gründerzeitlichen Bautätigkeit.

Den entscheidenden Impuls erfuhr Favoriten in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, als im Zuge der allgemeinen Mietzinssteigerungen im Zusammenhang mit der Wiener Weltausstellung von 1873 großräumige Verdrängungsmechanismen zu beobachten waren. Davon betroffen waren vor allem Angehörige der Unterschichtsbevölkerung jener Bezirke, die innerhalb des Gürtels lagen. Der deutliche Anstieg der Bodenpreise und damit verbunden die erheblich teureren Mieten in den zentrumsnahen Bezirken machte es für zahlreiche Familien unumgänglich, in die weit billigeren Bezirke außerhalb der „Linie“ auszuweichen.

Favoriten war ein solcher „billiger“ Bezirk. Hier waren die Mietpreise deutlich niedriger als etwa im angrenzenden 4. Bezirk. Die Tatsache, daß Favoriten als einziger Bezirk in Wien außerhalb der Verzehrungssteuerlinie belassen wurde, bedeutete auch, daß die Lebenshaltungskosten dort unter denen anderer Bezirke lagen.<sup>2</sup> Die hohe Nachfrage nach rasch erbauten, kleinen und billigen Wohnungen ließ Favoriten innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem dicht besiedelten Bezirk werden, fast ausschließlich von Kleinwohnungshäusern vom Typ „Gangküchenhaus“ dominiert. Diese waren auf eine „bestimmte Nachfragerschicht angelegt: auf die Unterschichtsbevölkerung, in der die Arbeiter überwo-gen.“<sup>3</sup>

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts lag Favoriten „hinsichtlich der Lebensverhältnisse der Bevölke-

rung an letzter Stelle.“<sup>4</sup> In der „Denkschrift der Vororte“ aus dem Jahr 1884 wurde Favoriten als „Zufluchtsort zahlreicher Familien“ (bezeichnet),

„welche mit keinem anderen Reichthum als dem an Kindern versehen, in anderen Stadttheilen bei deren erheblich höheren Wohnungs- und Lebensmittelpreisen nicht zu existiren vermögen und im wohlfeileren X. Bezirke dicht gedrängt sich aufhalten.“<sup>5</sup>

Über die soziale Lage der Mehrheit der in Favoriten lebenden Familien lassen sich durch nüchterne statistische Daten einige Rahmenbedingungen rekonstruieren, die einen einigermaßen deutlichen Einblick in die Wohn- und Lebenssituation der Zeit um die Jahrhundertwende gewähren. Die Wohnbelagsdichte lag weit über dem Durchschnitt der Außenbezirke, ebenso der Bettgeheranteil, der 10,1% betrug.<sup>6</sup>

### TSCHECHISCHE ZUWANDERER

Arbeiterbezirk – das hieß ab dem späten 19. Jahrhundert gleichzeitig auch Zuwandererbezirk. Aufgrund der ökonomischen Voraussetzungen und sozialen Möglichkeiten stellte der 10. Bezirk eine bedeutende Anlaufstelle für Zuwanderer aus Böhmen und Mähren dar. Auch hier spricht die nüchterne Statistik eine deutliche Sprache. Bei aller Ungenauigkeit der Volkszählungsmethoden läßt sich doch festhalten, daß um 1900 rund ein Viertel aller in Wien lebenden Tschechen in Favoriten wohnte. Das waren nach den amtlichen Erhebungen in absoluten Zahlen 23.500 Menschen tschechischer Umgangssprache.<sup>7</sup> Wie viele es tatsächlich waren, wenn man den großen Unsicherheitsfaktor „Fluktuation“ in die Rechnung mit einbeziehen will, läßt sich nur mehr über Schätzungen rekonstruieren. Manche sprechen in diesem Zusammenhang von einer (wohl etwas zu hoch gegriffenen) Zahl von 100.000.<sup>8</sup> Tatsache jedoch ist, daß „im X. Bezirk Favoriten fast in jedem Haus tschechische Nachbarn und Arbeitskollegen“<sup>9</sup> lebten, daß hier eine ausgeprägte tschechische Infrastruktur vorhanden war.

Gastwirtschaften, Lebensmittelgeschäfte, Kreditinstitute und ähnliche für die Nahversorgung in der Großstadt wichtige Einrichtungen waren auf „ihr“ tschechisches Publikum spezialisiert und hatten ihre angestammten Kunden. Die tschechische Schule in der Quellenstraße galt für viele aus den nördlichen Kronländern der Monarchie zugewanderte Kinder als erste Orientierungshilfe in der neuen,

fremden Umgebung. Vielen Vorurteilen den tschechischen Zuwanderern gegenüber leistete gerade der tschechischsprachige Unterricht Vorschub, wurde doch von deutschnationaler Seite eine „Überfremdung“ befürchtet. Eine deutliche Sprache spricht in diesem Zusammenhang ein Zeitungsartikel aus dem Jahr 1902:

„Die Frechheit der Tschechen übersteigt schon bald alle Grenzen. Nicht nur, daß sie in Böhmen und Mähren die Deutschen hart bedrängen, wollen sie auch in unserem deutschen Niederösterreich und speciell in Wien, Trutzburgen errichten, um von hier aus Eroberungszüge für ihr edles Volk zu machen. (. . .) Den Gipfelpunkt der Frechheit erreichen aber die Tschechen mit einer Forderung, die sie vor einiger Zeit stellten und deren Erledigung sie jetzt sehr energisch betreiben wollen. Nicht weniger als zwanzig Schulen wollen die Herren in Wien und zwar eine in jedem Bezirk, mit Ausnahme der inneren Stadt, dafür sollen aber wir in Favoriten mit zwei solcher *tschechischer Erziehungsanstalten* beglückt werden. (. . .) Seit dem Inkrafttreten des neuen Heimatsgesetzes werden jährlich tausende von Tschechen in Wien heimatsberechtig. Wien war, ist und wird eine deutsche Stadt bleiben, deshalb werden sich die Herren Tschechen eben bequem müssen, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken. Sollten sie aber ihre Nachkömmlinge durchaus in ihrer edlen Sprache unterrichten lassen wollen, nun so mögen sie in ihr gelobtes Tschechien zurückkehren, wir weinen ihnen wahrlich keine Thräne nach.“<sup>10</sup>

Derartige Töne lassen es nicht als verwunderlich erscheinen, daß die Mehrzahl der tschechischen Zuwandererfamilien die möglichst rasche Integration durch „Assimilation“ in der neuen Umgebung vorzogen.

Eine – zumindest politisch – völlig neue Situation ergab sich für die Wiener Tschechen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs durch die Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1918. Viele in Wien lebende Tschechen zogen es vor, gleich nach dem Umsturz in den neuen Staat zu emigrieren. Eine große Zahl jedoch, hauptsächlich jene, die bereits ihre Existenz aufbauen konnten und kaum mehr Bindungen nach Böhmen oder Mähren hatten, blieb in Wien. Damit waren die Wiener Tschechen Staatsbürger der Republik Deutsch-Österreich geworden, denen der Status der Minderheit im Sinne des Vertrags von Saint-Germain zuteil wurde.<sup>11</sup>

## FREIZEIT UND VORSTADT

Großstadtleben im frühen 20. Jahrhundert, das bedeutete die beinahe lückenlose Durchsetzung des industriell-kapitalistisch geprägten Lebenszusammenhangs. Die Ökonomie bestimmte im hohen Maß auch das Leben nach der Arbeit. Freizeit war zur frei disponiblen Privatsache geworden, die in erster Linie zur Wiederherstellung der Arbeitskraft beitragen mußte. In der Regel war es ausschließlich der Sonntag, an dem man außerhalb des Produktionsprozesses leben konnte. Städtische Freizeit, insbesondere Arbeiterfreizeit, spielte sich in erster Linie in der Öffentlichkeit ab. Besonders in den Arbeiterbezirken an der Peripherie der Stadt war das Angebot an Freizeiteinrichtungen an schnellen, kurzen und wiederholbaren Genüssen und Unterhaltungen orientiert.

An vorderster Stelle standen in diesem Zusammenhang die Gasthäuser. Die Rolle der Gaststätte nur auf Alkoholkonsum zu reduzieren, hieße, ihrer breitgefächerten Aufgabenstellung nicht gerecht zu werden. Gaststätten waren gut organisierte, informelle Informationsbörsen, wo Arbeitsplätze oder Wohnungen vermittelt wurden. Vielfach waren Gaststätten die ersten Anlaufstellen von in die Stadt zugewanderten Arbeitssuchenden. Daneben stand natürlich der Aspekt der Geselligkeit im Mittelpunkt des Gasthauslebens. Schließlich sind die Gaststätten als Treffpunkte und Versammlungsorte von Vereinen zu nennen.

Großstädtische Freizeit im Arbeiterbezirk, daß hieß in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts auch die Teilnahme an kommerziellen Vergnügungsangeboten, die in beträchtlicher Zahl vorhanden waren. Für die im Süden der Stadt ansässigen Familien war der am Laaerberg befindliche Böhmisches Prater<sup>12</sup> ein beliebtes Ausflugsziel, das an Sonntagen von einigen tausend Besuchern frequentiert wurde. Schließlich sind im Zusammenhang mit großstädtischer Freizeitkultur an der Peripherie auch jene sportlichen „Schaukämpfe“ zu nennen, die rasch einen großen Kreis an Interessierten fanden: Boxkämpfe, Ringerveranstaltungen und nicht zuletzt der Fußballsport.

## DIE ANFÄNGE DES FUSSBALLSPORTS IN FAVORITEN

Die Anfänge des Fußballsports in Wien lassen sich im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts festmachen. 1894 wurde der First Vienna Football Club als erster offiziell registrierter Fußballverein gegründet. War der Fußballsport ursprünglich ein ober- und mittelschichtspezifisch orientiertes Phänomen, so erweiterte sich das Interesse am neuen Sport um die Jahrhundertwende rasch. Wurden 1894 bei der Vienna noch „Arbeiter, Handwerker und Tagelöhner“ von der Teilnahme am Spiel explizit ausgeschlossen, so wurde 1898 der 1. Wiener Arbeiter Fußball-Club gegründet, der Vorläufer des S.C. Rapid.<sup>13</sup>

Wenn auch „eine bürgerlich-kleinbürgerliche Dominanz im Fußballsport (. . .) bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs weiterhin angenommen werden“ kann<sup>14</sup>, so wurden doch eine Reihe von Vereinen in den Arbeiterbezirken Wiens gegründet. In Favoriten waren das 1902 der Sp.C. Rudolfshügel, 1904 der Sp.C. Hertha, 1906/07 der Sp.C. Vorwärts 06, 1910 der Favoritner Athletiksportklub (FavAC) sowie 1913 der F.C. Nicholson, der spätere F.C. Wien, die in den folgenden Jahrzehnten von größerer Bedeutung waren.

„Nur wenige wissen, daß zu der Zeit, da Wiens Fußballsport einzig durch die Cricketer, den WAC und die Vienna repräsentiert wurde, schon draußen auf den unübersehbaren Wiesenflächen an der südlichen Peripherie Wiens, eben um den Laaer Berg herum, ein ganz reger Fußballbetrieb herrschte. Freilich, etwas rauher waren die Sitten dort immer, und es fehlte auch oft an dem Nötigsten, dafür war aber die Begeisterung für den runden Lederball,



mag er auch oft nur durch ein Fetzenlabel repräsentiert worden sein, womöglich noch größer als auf der Hohen Warte und im Prater.“<sup>15</sup>

So beschrieb ein Redakteur der Wiener „Sport-Zeitung am Sonntag“ im Jahr 1937 rückblickend die Anfänge des Fußballs im 10. Bezirk, wobei er feststellte, daß dort „die Fußballer wie Schwammerln aus dem Boden“ wachsen würden. Tatsächlich faßt diese blumige Umschreibung eine für die damalige Zeit charakteristische vorstadtspezifische – wenn auch eine nicht auf Favoriten zu beschränkende – Konstellation. Dies geht unter anderem aus biographischen Aufzeichnungen und Lebenserinnerungen ehemaliger Fußballspieler hervor. Vorstadt, das bedeutete in der Regel Freiraum, mangelnde Kontrolle und auf Grund der Unübersichtlichkeit auch tendenziell herrschaftsfreier Raum.

„Die ‚Gassenbuam‘, die, schwer disziplinierbar und der unmittelbaren Aufsicht der Eltern entzogen, einen Großteil des Tages eben auf der Gasse oder der Gstetten zubrachten, wurden ob ihres Herumstreunens und ihrer vorgeblichen Verwahrlosung nicht nur bevorzugtes Objekt bürgerlich-liberaler oder sozialdemokratischer Reformpädagogik, sondern zogen auch immer wieder die Aufmerksamkeit sogenannter ‚Talentesucher‘ auf sich.“<sup>16</sup>

Derartige Talente gab es, schenkt man zeitgenössischen Schilderungen Glauben, in Favoriten in Hülle und Fülle. Die überwiegende Mehrheit der in der Zwischenkriegszeit erfolgreichsten Wiener Spieler stammte aus Zuwandererfamilien, die aus den ehemaligen Kronländern der Monarchie nach Wien gekommen waren. Viele davon begannen ihre Karriere in einem der zahlreichen Vereine des 10. Bezirks. Insbesondere Hertha war für ihre hervorragenden Jugendmannschaften bekannt. Karl Ostriczek, Leopold Listopad und Matthias Sindelar sind wohl die bekanntesten Spieler, deren Laufbahn bei der Hertha begann.

#### EIN KIND AUS FAVORITEN – MATTHIAS SINDELAR

Matthias Sindelar, der wohl berühmteste Spieler des Wunderteams der 30er Jahre, wurde am 10. Februar 1903 im tschechischen Kozlau bei Iglau als Sohn eines Maurers geboren. Wie viele andere zog auch die Familie Sindelar, wohl aus ökonomischen Gründen, nach Wien. In der Quellenstraße 75 bezogen sie ein „typisches“ Arbeiterquartier in einem Zinshaus.

„Sindelars Kindheit entspricht geradezu idealtypisch der eines sogenannten ‚Gassenjungen‘: Also jener Vorstadtkinder, die sich – bedingt durch eine mehr als prekäre Wohnsituation – ‚ihre‘ Gassen und Plätze als Spielorte, als Orte ihrer spezifischen und ureigensten ‚Gegenöffentlichkeit‘ aneigneten.“<sup>17</sup>

In unmittelbarer Umgebung des Wohnhauses der Familie Sindelar befand sich die „Steinmetzwiese“, eine für das damalige Favoriten typische freie Wiesenfläche zwischen Zinshäusern und Industrieanlagen, wo sich regelmäßig die Kinder aus der Umgebung zum Spiel mit dem „Fetzenlabel“ trafen, unter anderem auch die später bekannt gewordenen Spieler Willi

Sevcik, Rudolf Svolek, Karl Schneider und Franz Solil. Hier wurden Talentesucher auf die fußballbegeisterten Jugendlichen aufmerksam, verschafften ihnen freien Eintritt zu den Ligaspielen der großen Favoritner Klubs und brachten sie schließlich zum Vereinsfußball. Im Falle Sindelars bot sich die Hertha an, zumal der Sportplatz des Vereins nur wenige Meter von seiner Wohnung entfernt gelegen war. Wie für viele Kinder aus tschechischen Zuwandererfamilien bot sich über den Fußball die Möglichkeit, aus dem tristen Alltagsleben auszubrechen. Ob mit dem Engagement in einem Fußballklub auch ein Schritt in Richtung „Assimilation“ gesetzt wurde, kann wohl nicht allgemeingültig vorausgesetzt werden, im Falle Sindelars jedoch bedeutete der zunehmende sportliche Erfolg zumindest sozialen Aufstieg.

#### DIE SPIELSTÄTTEN

Vor allem in den Außenbezirken war noch zu Beginn dieses Jahrhunderts genügend freies Areal für den Bau von Fußballplätzen vorhanden. Mehrere Vereine gingen bereits vor dem Ersten Weltkrieg daran, ihre Sportstätten zu errichten. Am Beginn standen jene Plätze, die, wie das „Sport-Tagblatt“ etwas polemisch schrieb, „nach dem Rezept ‚man nehme eine Planke und umzäune damit ein Stück mehr oder weniger flacher Gegend‘“<sup>18</sup> errichtet wurden und dem Notwendigsten zur Ausübung des Sports genüge taten. Waren es zu Beginn äußerst improvisierte und keineswegs für einen großen Zuschauerandrang vorgesehene Anlagen, so wurden bereits ab 1910 mehrere größere Fußballplätze errichtet und in der Folge zu imposanten Stadien ausgebaut.

Über den ersten derartigen Fußballplatz in Favoriten schreibt das „Illustrierte österreichische Sportblatt“ im Juni 1911 wie folgt:

„Wien ist um einen erstklassigen Sportplatz reicher geworden. Draussen an der Peripherie der Stadt, in einer Gegend, die dem Wiener Militär nicht gerade als die angenehmste in Erinnerung bleibt, haben die Blauen ein wunderschönes Fussballfeld geschaffen. Mit seinen Dimensionen von 115 x 64 m, zur Gänze mit jungem frischen Grase bewachsen, ladet dieser Platz förmlich zum Spielen ein. Ein hübsches Blockhaus enthält zwei weiß tapezierte Kabinen und ein ‚Extrazimmer‘ für den Schiedsrichter. Der Club wird ferner einige Tennisplätze errichten, sowie auch Tribünen für die Zuschauer anschaffen. Recht sympathisch berührt es, dass der Club bis jetzt alles aus eigenen Mitteln bezahlte, ohne Schulden zu machen, die wackeren Rudolfshügler Sportsleute haben nämlich zu ihrer Unterhaltung den größten Teil der Arbeit selbst verrichtet, nur die schwierigeren Arbeiten wurden von Geschäftsleuten besorgt.“<sup>19</sup>

Freilich konnten die oben erwähnten Ausbaupläne auf Grund der angespannten Wirtschaftslage und in der Folge durch die Kriegereignisse des Ersten Weltkrieges nicht realisiert werden.

Ähnliche Ausbaupläne verfolgte kurz nach Kriegsende auch der zweite Favoritner Traditionsclub, der Sp.C. Hertha. Nachdem der ursprüngliche Platz schon bald nach Kriegsausbruch vom Militär requiriert worden war<sup>20</sup>, konnte sich der Verein 1917 wieder eine Sportstätte sichern.<sup>21</sup> Dieses in der Quellen-

straße gelegene Areal wurde zu einem erstklassigen Rasenspielfeld umgestaltet, der den internationalen Anforderungen entsprach. Neben den obligaten Stehplätzen wurden Sitzplätze für 2.000 Personen geschaffen.<sup>22</sup> Bereits vier Jahre später wurde in einer neuerlichen Ausbauphase der Platz zu einem Stadion ausgebaut, das laut Zeitungsberichten ein Fassungsvermögen von 30.000 Zuschauer hatte. Die Kosten des Umbaus betragen rund 900 Millionen Kronen, was selbst für die damalige Inflationszeit eine gewaltige Summe bedeutete.<sup>23</sup> Dieses Vorhaben wurde vom Wiener Fußballverband mit einem Darlehen von 50 Millionen Kronen unterstützt.<sup>24</sup> Über das neue Stadion berichtete das „Sport-Tagblatt“ vom 21. 8. 1923 folgendermaßen:

„Der alte Hertha-Platz hat sich bei den Wiener Fußballvereinen keiner allzu großen Beliebtheit erfreut. Das Spielfeld war – jetzt kann man es ja sagen, ohne irgend jemand zu kränken – holperig, nach einer Seite geneigt, und die Zuschauerräume waren wirklich recht ungemütliche. (. . .) Von der ganzen früheren Anlage ist nur die geräumige Ankleidekabine und das Sekretariat stehen geblieben, sonst ist nicht ein Brett auf dem anderen, nicht eine Erdscholle unberührt geblieben. (. . .) Das Spielfeld, früher eng und durch die Zuschauerräume gedrückt, liegt nun frei und völlig uneingeengt inmitten einer breiten, mit guten Kurven ausgestatteten Laufbahn; nichts hindert den Blick, kein noch so weit vorgestreckter Spazierstock kann einem Spieler zwischen die Beine kommen, sondern wer laufen kann, für den gibt es kein Hindernis. (. . .) Die Böschungen für die Inhaber von Stehplätzen wurden ausgebaut, um eine größere Uebersichtlichkeit zu gewähren, und die Raumverhältnisse sind so günstig, daß der Platz, der jetzt vielleicht 28.000 Personen fassen wird, auch auf 40.000 oder 50.000 ausgestaltet werden kann, wenn dies die Verhältnisse erfordern sollten. Man wird also sehr bequem auf dem Favoritner Platz stehen, aber man wird noch bequemer sitzen, denn die Tribüne ist wirklich eine Sehenswürdigkeit. Sie strebt vom Boden gerade im richtigen Winkel an, um jedem die Möglichkeit zum freien Ausblick zu geben und enthält 12 Sitzreihen für zirka 2.800 Personen. Der Bau nimmt die ganze Längsseite des Platzes ein, er ist luftig, sieht gefällig aus; nur wenige schlanke Säulen tragen das Dach, so daß auch sie die Aussicht nicht benehmen, und dieses gewölbte Dach schützt die Zuschauermassen vor Regen und wohl auch vor allzu ungemütlichem Sonnenschein. (. . .) In weitgehender Weise wurde auch für die Leichtathletik und Boxen gesorgt, denn der Platz enthält, wie schon oben erwähnt, eine auch für große Konkurrenzen verwendbare Laufbahn, Anlagen für Springen und Werfen und einen Boxring. (. . .) Man hat das Fußballspielen oft und oft als Geschäft bezeichnet, wenn man es aber auf einem so herrlichen Platz ausüben kann, wie es der Hertha ist, dann wird es wieder zu einem Vergnügen.“

Wie sich jedoch bereits nach kurzer Zeit herausstellte, war das Stadion für die realen Verhältnisse viel zu groß dimensioniert worden. Die Schulden des Vereins konnten durch die unter den Erwartungen gebliebenen Einnahmen nicht wesentlich verringert werden. Neben den finanziellen Schwierigkeiten des Vereins verschärften die sportlichen Mißerfolge (Abstieg aus der obersten Wiener Spielklasse im Jahr 1926) die Lage dramatisch. Im Jahr 1929 wurde der Pachtvertrag nach langwierigen Prozessen von Seiten der Gemeinde Wien endgültig gekündigt. Das Stadion wurde geschleift und an dessen Stelle ein Gemeindebau errichtet. Den Spielbetrieb mußte der Verein im Sommer 1931 endgültig einstellen.

Anders als die großen Stadien boten die Plätze unterklassiger Vereine nach zeitgenössischen Schilderungen ein eher trostloses Aussehen, wie das Beispiel des Wienerberg-Platzes zeigte, dessen „Eigentümlichkeiten“ Anlaß zu einer verbandsinternen Diskussion gaben:

„Das Spielfeld soll nämlich ein derartiges Gefälle aufweisen, daß zum Beispiel die Wienerberger in der ersten Hälfte ‚bergab‘ spielend, sieben Treffer erzielten, wogegen es die Landstraßer nach dem Seitenwechsel zu acht Treffern brachten.“<sup>25</sup>

Um die Kosten der Platzhaltung einigermaßen niedrig zu halten, gingen die meisten platzbesitzenden Vereine daran, ihre Sportplätze entgeltlich an „Subpächter“, die sich keinen eigenen Platz leisten konnten, weiterzuvermieten.

Bot die Peripherie der Stadt noch zu Beginn des Jahrhunderts mit ihren weiten unverbauten Flächen Platz für zahlreiche Sportstätten, so war es mit der zunehmenden Ausdehnung der Stadt nach dem Ersten Weltkrieg für kleine, in der Regel finanzschwache Vereine nicht einfach, ein Grundstück für einen eigenen Sportplatz zu finden, wie einem Artikel des „Sport-Tagblatts“ aus dem Jahr 1920 zu entnehmen ist:

„Nun dürfte auch der weltfremdeste Verbandspolitiker nicht übersehen können, daß die Erbauung eines Sportplatzes keineswegs die leichteste Sache von der Welt ist. In dem Verein, der heute dieses Kunststück zusammenbringt, muß ein gutes Stück gesunder Kraft stecken. Da gilt es zunächst, ein passendes Grundstück ausfindig zu machen, keine Kleinigkeit in unserer jämmerlichen Zeit, die jeden grünen Fleck, wenn auch heute nicht zum Bauplatz, so doch zum Schrebergarten macht, und es für wichtiger hält, daß zehn Menschen auf dem Grunde ihren Kohl bauen, als daß hundert darauf ihren Körper kräftigen. Die Schrebergartenanlagen besetzen allmählich auch das letzte Fleckchen, auf dem die Kinder ihrem Spiel nachgehen konnten.“<sup>26</sup>

Doch nicht alle Fußballplätze wurden ausschließlich für sportliche Zwecke verwendet. So mancher Verein nutzte seinen Platz für lukrativere Einnahmequellen: So wurde etwa der Freiheit X-Platz in der Schleiergasse als Lagerplatz für Schutt und Schlacke herangezogen.<sup>27</sup> Ein ähnliches Beispiel ist aus einem anderen Vorstadtbezirk Wiens gemeldet worden. Die Wiener Sportfreunde aus Ottakring wurden sogar vom Verband ausgeschlossen, außerdem wurde ihnen das Benützungsrecht von Seiten der Gemeinde Wien gekündigt, weil sie ihren Sportplatz „in gewinnsüchtiger Weise als Schuttalagerungsstätte benützen“ ließen.<sup>28</sup>

#### „EINE STATION VOR DEM ENDE DER WELT“ DER S.K. SLOVAN

Ein weiteres großes Stadionprojekt wurde Anfang der 20er Jahre am Laaerberg in Angriff genommen, der Tschechische Herz-Platz, die langjährige Heimstätte des S.K. Slovan.

Der Verein „Tschechisches Herz“ (České srdce) wurde am 1. Februar 1918 auf Initiative des tschechischen Dichters Josef Swatopluk Machar nach Prager Vorbild ins Leben gerufen.<sup>29</sup> Ziel dieser Insti-

tution war es, sich in erster Linie um karitative und soziale Aufgaben zu kümmern.<sup>30</sup> In allen Teilen Wiens wurden Bezirksorganisationen geschaffen. 1926 bestanden allein in Wien 17 Bezirksgruppen des Tschechischen Herz.<sup>31</sup> Es ging vor allem um finanzielle und moralische Unterstützung der nach dem Zusammenbruch der Monarchie in Wien verbliebenen Tschechen. Kurze Zeit nach der Gründung erwarb der Verein im Jahr 1922 einen an der Peripherie gelegenen großen Platz (heutiges Horr-Stadion), der als Sportstätte adaptiert wurde. Der Platz wurde auf einem freien Gelände am Laaerberg am südlichen Stadtrand Wiens errichtet. Finanziert wurde dieses Projekt durch breit angelegte Sammelaktionen der in Wien ansässigen tschechischen Vereine, deren Mitglieder sich am Aufbau auch selbst beteiligten. Das Gelände umfaßte 85.260 m<sup>2</sup> und bot mehreren tschechischen Vereinen eine Art „Heimstätte“.

Die weltanschaulich noch so weit von einander entfernt stehenden Gruppierungen teilten sich das Areal, das vornehmlich für sportliche Zwecke genutzt wurde. Zu den wichtigsten Organisationen, die am Tschechischen Herz-Platz aktiv waren, gehörten der sozialdemokratisch orientierte DTJ (Delnicka Telocvicna Jednota), der katholische Orel und der bürgerlich-nationalistisch orientierte Sokol.<sup>32</sup> Zahlreiche Veranstaltungen fanden auf den Tschechischen Herz-Gründen am Laaerberg statt. So hielt etwa der Sokol im Jahr 1928 ein großes Schauturnen mit mehreren tausend Teilnehmern ab.<sup>33</sup> Großen Aufschwung erhielt der Tschechische Herz-Platz im Jahr 1925, als der damals erstklassige Fußballklub Slovan dort ein Stadion errichtete.

Die spezifische Situation Favoritens als Zuwandererbezirk läßt es naheliegend erscheinen, daß sich auch in den Vereinen ein „multikultureller Mikrokosmos“ herausbildete. In den mehr als zwei Dutzend Favoritner Fußballklubs waren naturgemäß auch zahlreiche aus tschechischen Familien stammende Spieler tätig. Dem gegenüber entwickelte sich schon im Wien der Jahrhundertwende eine tschechisch-nationale Sportbewegung, deren Ziel es war, der organisierten tschechischen Minderheit auch im Sport eine Art „Heimstätte“ zu bieten. Im Jahr 1902 wurde in Gabriels Bierhalle der S.K. Slovan gegründet, ein Fußballverein, „dessen Mitglieder sich aus den in verschiedenen Wiener Vereinen tätigen Sportlern tschechischer Nationalität rekrutieren sollten“.<sup>34</sup>

Hervorgegangen ist der S.K. Slovan aus der 1898 gegründeten „Vereinigung tschechischer Sportfreunde in Wien“, deren Vermögen und Mitglieder bei der Gründung vom neuen Fußballverein übernommen wurden. Das Vermögen bestand aus „zwei Fußbällen mit Pumpe, zwei Torstangen, einen Diskus und einer Barschaft von 22 K 70 h“.<sup>35</sup> Die Gründungsmitglieder waren größtenteils Beamte beziehungsweise Studenten wie etwa Ferdinand Heidler, der damals in Wien Jus studierte und später in der Tschechoslowakei Handelsminister wurde. Wie er wanderten auch die meisten anderen Gründungs-

mitglieder nach dem Ersten Weltkrieg in den neuen Staat zurück.

Zu Beginn der Vereinstätigkeit war kein eigener Sportplatz vorhanden, so daß man auf unbebauten Plätzen (Laaerberg, Schmelz, Heiligenstadt) spielen mußte. Später konnte in der Triesterstraße ein Feld gepachtet werden. Zu den dort abgehaltenen Spielen kamen 30 bis 50 Zuschauer. Das Spielfeld wurde mit Schnüren abgegrenzt, die um Eisenpfosten gespannt waren. Für die Ausrüstung war jeder Spieler selbst verantwortlich, als gemeinsames Merkmal diente eine Mütze in den Klubfarben (grün-weiß). Für kurze Zeit spielte der Verein dann bei den Cricketerern im Prater. Von 1904 bis 1913 benützte man den Sportplatz auf der „Margarethenbahn“. In den Kriegsjahren war Slovan Untermieter bei der Vienna auf der Hohen Warte. 1921 wurde der Sportplatz des S.K. Wacker in der Altmannsdorfer Straße in Meidling gemietet und schließlich im Juni 1922 um 800.000 Kronen gekauft. Das Geld dafür mußte ausgeliehen werden; die Inflation 1922/23 begünstigte jedoch die Rückzahlung des Darlehens.

Mit den großen sportlichen Erfolgen des Vereins – Aufstieg in die oberste Spielklasse 1923, Erreichung des Cupfinals 1924 – war der alte Wacker-Platz natürlich zu klein geworden, und so ging man daran, den Tschechischen Herz-Platz zu einem Stadion auszubauen. Neben dem großen Hauptspielfeld wurden auch ein Trainingsplatz, ein Turnplatz und ein Eislaufplatz errichtet. Im August 1925 war dieses Vorhaben beendet. Nach der letzten Ausbauphase sollte das Stadion 80.000 Zuschauern Platz bieten, daneben war aber auch noch der Bau von Tennisplätzen, eines Theaters, eines Musikpavillons und eines Verwaltungsgebäudes mit Wohnungen geplant.<sup>36</sup> Die dauernden finanziellen Schwierigkeiten, verbunden mit dem sportlichen Abstieg des Vereins, waren wohl dafür verantwortlich, daß es nicht mehr dazu gekommen ist. Eine Beschreibung des Tschechischen Herz-Platzes vom Dezember 1925 läßt die Stimmung bei einem Fußballspiel an der Peripherie erahnen:

„Der Slovanplatz liegt am Laaerberg. Und der Laaerberg selbst liegt eine Station vor dem Ende der Welt. Dies mag der Grund sein, daß dieses Gebiet von der menschlichen Kultur unberührt geblieben ist. Eine Zufahrtstraße zu diesem Platze konnten wir nicht entdecken. Im Dezember, wenn die Eisblumen blühen, und wenn diese Blumen durch das Tauwetter in kalte Flüssigkeit zerrinnen und sich dann mit dem Humus zu einem Kotmeer vereinigen, ist das wesentlich unangenehmer als im wunderschönen Monat Mai, wo einem für solche kotigen Ungemütlichkeiten liebkosende Sonnenstrahlen entschädigen. Aber Fußball übt einen unwiderstehlichen Reiz auf seine Anhänger aus – so habe ich es in den Sportblättern gelesen – und das treue Publikum blieb über die Schlammfelder, Sumpfplateaus, Kotgruben, Teiche und andere quatschige Hindernisse nach Kampf siegreich und als der Schiedsrichter Michl seinen ersten Fehler beging – den Anpfiff – warteten bereits 7000 ungeduldige Fußballanhänger auf das große Ereignis.“<sup>37</sup>

Wie bereits erwähnt, waren neben Slovan auch andere tschechische Sportvereine am Tschechischen Herz-Platz tätig. Unter anderem die beiden unterklassigen Fußballklubs Moravia und Videnska Slavia.

## DAS VEREINSLEBEN

Für die Anfangszeit des Wiener Fußballs war das klubinterne Vereinsleben von besonderer Bedeutung. Sportvereine hatten in der Regel auch Angebote, die über die sportliche Betätigung hinausgingen. Tanzveranstaltungen, Bälle, gemeinsame Ausflüge und andere gesellige Unterhaltungen wurden im Rahmen der Vereine veranstaltet. Weit über die Bezirksgrenzen Favoritens hinaus berühmt war die ab 1921 in den Rosensälen veranstaltete „Blauweiße Redoute“ des Sp.C. Hertha, die alljährlich als „eine der gelungensten Faschingsveranstaltungen in Favoriten“ bezeichnet wurde.<sup>38</sup> Der Verein unterhielt auch ein Sängerkwartett und ein eigenes Orchester. Über eine Veranstaltung berichtete das „Sport-Tagblatt“ folgendes:

„Sindelar und Solil, die beiden Stars bei Hertha, feierten am vergangenen Sonntag mit Erfolg ihr Debut als – Bühnenkünstler. Bei einem von ihrem Verein veranstalteten heiteren Abend traten sie als biederes Bauernpaar auf und ihr urwüchsiger Humor trug ihnen fast noch mehr Beifall ein als ihre technischen Künste auf dem Spielfeld.“<sup>39</sup>

Diesen geselligen Unterhaltungen widmeten die Sportzeitungen zahlreiche Artikel. Über derartige Veranstaltungen von Rapid Oberlaa etwa schrieb das „Sport-Tagblatt“:

„Der rührige Provinzverein Rapid Oberlaa hat unter der Leitung seines Präsidenten Karl Salzl in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Der Verein hat gute Fußballmannschaften, eine Schwerathletik- und eine Theater- und Musiksektion. Die Veranstaltungen der letzteren, die gewöhnlich vor Wettspielen auf dem Sportplatz abgehalten werden, locken stets eine größere Zuschauermenge auf dem Platz.“<sup>40</sup>

Bei einem Sport-Kirchweihfest in Oberlaa wurde nach dem Fußballspiel neben Tanzmusik auch ein Preiskegelschieben veranstaltet. Bei einer Lotterie gelangten folgende Preise zur Ausspielung: 1. Preis ein Schwein, 2. Preis zwei Gänse, 3. Preis zwei Enten, 4. Preis vier Hähne, 5. Preis drei Hasen, 6. Preis zwei Tauben.<sup>41</sup>

Im Laufe der Zeit wurden die sportlichen Aktivitäten der Vereine in verschiedene Sektionen aufgefächert. blieb naturgemäß der Fußballsport zentrales Betätigungsfeld, so umfaßte das Angebot eine Reihe von weiteren sportlichen Betätigungsfeldern wie Handball, Leicht- und Schwerathletik, Boxen, Ringen, Tischtennis, Schach, Radball, Eishockey und Volleyball. Die Sportveranstaltungen der anderen Sektionen fanden zum Teil auf dem Fußballplatz statt, wie etwa Boxkämpfe auf dem Hertha-Platz, zu denen regelmäßig mehrere hundert Zuschauer kamen.<sup>42</sup>

## FUSSBALL ALS MASSENSPEKTAKEL

Schon im Jahr 1920 gab es in Österreich 30.000 registrierte Fußballspieler – davon allein im niederösterreichischen Verband, dem auch die Wiener Vereine angehörten, 22.000 –, demgegenüber waren 5000 Schwer- und 2500 Leichtathleten in Vereinen organisiert.<sup>43</sup> Diese Zahl weist schon auf die enorme Breitenwirkung des Fußballsportes hin und

zeigt deutlich den Popularisierungsschub der Sportart im Laufe von rund 20 Jahren. Gleichzeitig entwickelte sich der Sport auch zu einer immer bedeutender werdenden Massenattraktion für ein zahlendes Publikum mit allen Begleiterscheinungen eines organisierten Spektakels.

Bereits kurz nach Ende des Krieges wurden sportliche Ereignisse von Zeitungen vermehrt berücksichtigt. Das „Sportblatt am Mittag“, später „Sport-Tagblatt“, erschien ab März 1919 und entwickelte sich rasch zur wichtigsten Informationsquelle für Interessierte an Sportereignissen. Hier fand man alle wichtigen Termine angekündigt, ebenso Korrespondenzadressen von Vereinen und auch Analysen wichtiger Ereignisse. Neben einigen wöchentlich erscheinenden, zumeist relativ kurzlebigen Sportzeitungen entwickelte sich das „Sport-Tagblatt“ zu einem wichtigen Sprachrohr des Fußballsports. Besonders populär wurde das nach englischem Vorbild konzipierte und öfters modifizierte „Preisausschreiben“, das als eine Art Vorläufer des heutigen Sport-Totos gelten kann, und an dem sich wöchentlich mehrere tausend Leser beteiligten. Die Ergebnisse der Spiele der erstklassigen Vereine mußten auf einem in der Zeitung abgedruckten Bon eingetragen werden. Zu Beginn gab es für richtige Voraussagen Bargeldpreise von 300 bis 1000 Kronen.<sup>44</sup>

Sehr intensiv beteiligte sich das „Sport-Tagblatt“ an der Professionalisierungsdebatte, die ab Anfang der 20er Jahre in Österreich verstärkt einsetzte. Die Entwicklung hin zum Massenspektakel machte es für die Vereine notwendig, modifizierte Organisationsformen zu entwickeln. Hatten sich die Klubs am Anfang ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, erschlossen sich nunmehr ganz neue Einnahmequellen. Nach langjähriger, zum Teil heftiger Diskussion, wurde im Herbst 1924 der Profifußball in Wien endgültig eingeführt.<sup>45</sup>

Es wäre verfehlt, vom Begriff des „Professionals“ auf die Ausschließlichkeit der Berufsausübung als Fußballspieler zu schließen. Wenn sich auch eine Reihe von Vereinen der neu gegründeten Profi-Liga anschlossen, konnten nur wenige ihre Spieler auch als Berufsspieler bezahlen. Ein Profivertrag bedeutete in den meisten Fällen keineswegs, neben dem Fußballsport keiner anderen Beschäftigung nachgehen zu müssen. Zwar bot der Professionalismus manchem Spitzenspieler „die Möglichkeit zu legalem, vergleichsweise hohem Einkommen und zu gesellschaftlichen Aufstieg“<sup>46</sup>, doch war diese Konstellation in den meisten Vereinen nur am Papier gegeben. In der Realität war die Angehörigkeit zu einem bestimmten Klub mit einer vergleichsweise besseren Möglichkeit zur Ausübung eines Berufes verbunden, da die meisten Vereinsfunktionäre über gute Kontakte zu Firmen verfügten, in denen sie „ihre“ Spieler unterbringen konnten. Immer weniger war die Wahl eines bestimmten Vereins von regionalen Kriterien (Nähe zum Wohnort etc.), sondern viel mehr von der Höhe der Spielergage und/oder der Möglichkeit zur Ausübung eines Berufs abhängig. Abgesehen von einigen wenigen Spitzenverdie-

nern bei den großen Wiener Vereinen (Amateure oder Vienna) mußten sich die meisten Spieler mit äußerst bescheidenen Gagen begnügen, die keineswegs die Lebenshaltungskosten abdecken konnten.

Ein Privileg, das Fußballspieler dennoch genossen, war die zur damaligen Zeit keineswegs allgemein übliche Möglichkeit, sich an Auslandsreisen zu beteiligen. Um den Betrieb der Vereine aufrechterhalten zu können, unternahmen nahezu alle erst- und zweitklassigen Wiener Klubs in den Sommer- und Winterpausen ausgedehnte Auslandstourneen, da jedes Auslandsengagement auch mit Geldzahlungen verbunden war. Für die in Favoriten ansässigen Vereine waren Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Deutschland die wichtigsten Reiseziele. Besonders hervorstreichen sind in diesem Zusammenhang die vielen Auslandsreisen des F.C. Nicholson, die den Verein bis nach Schweden, Griechenland und sogar Ägypten führten. Für den S.K. Slovan wiederum war das historisch bedingte Nahverhältnis zu den tschechoslowakischen Klubs dafür ausschlaggebend, daß überdurchschnittlich viele Spiele in der CSR abgehalten werden konnten.

Die Einführung des Professionalismus brachte den Favoritner Traditionsklubs eher Nach- als Vorteile. Der Sp.C. Hertha konnte, wie bereits erwähnt, seine durch den Stadionbau entstandenen Schulden nicht mehr zurückzahlen; der S.K. Slovan hatte ab Ende der 20er Jahre immer wieder Schwierigkeiten, seinen Spielern die Gagen auszubezahlen<sup>47</sup>, der Sp.C. Rudolphshügel schließlich kehrte im Sommer 1928 zum Amateurrismus zurück.<sup>48</sup> Daß ein anderer Favoritner Verein, Vorwärts 06, zu Beginn des Jahres 1929 ein Guthaben von immerhin 600 Schilling erwirtschaftet hatte, galt damals schon als kleine Sensation: „Vorwärts 06 dürfte wohl der einzige Wiener Professionalverein sein, der, wenn auch nicht viel, so doch überschüssiges Geld in seiner Kasse hat.“<sup>49</sup> Die Gründe für diese triste finanzielle Situation waren vielschichtig, von entscheidender Bedeutung waren wohl die allgemein schlechte Wirtschaftssituation, die Arbeitslosigkeit, die hohen Steuern und die unrealistisch großen Stadionausbauten. Dazu kam, daß die Favoritner Vereine immer gezwungen waren, ihre talentiertesten Spieler an größere Klubs abzugeben. Was blieb, ist die bis in die Nachkriegszeit tradierte Rolle Favoritens als „Talenteschmiede“.

#### ANMERKUNGEN:

- 1 Werner Schubert, Favoriten, Wien 1992, S. 75
- 2 Renate Schweitzer, Die Entwicklung Favoritens zum Arbeiterbezirk. In: Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., H. 4, 1974, S. 253 ff, hier S. 255
- 3 Wie Anm. 2, S. 257
- 4 Wie Anm. 2, S. 259
- 5 Zit. nach Gerhard Meißl, Favoriten. Bezirk ohne Vergangenheit. Bezirk mit Zukunft? In: Wien wirklich. Ein

- Stadtführer durch den Alltag und seine Geschichte, Wien 1983, S. 193 ff, hier S. 196
- 6 Wie Anm. 2, S. 262
- 7 Monika Glettler, Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum Bd. 28), München, Wien 1972, S. 52
- 8 Wie Anm. 1, S. 183 f
- 9 Monika Glettler, Sokol und Arbeiterturnvereine (D.T.J.) der Wiener Tschechen bis 1914. Zur Entwicklungsgeschichte der nationalen Bewegung in beiden Organisationen (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum Bd. 23), München, Wien 1970, S. 15
- 10 Bezirks-Zeitung für Wieden und Favoriten, 20. 4. 1902
- 11 Karl M. Brousek, Wien und seine Tschechen. Integration und Assimilation einer Minderheit im 20. Jahrhundert, Wien 1980, S. 36 f
- 12 Wolfgang Slapansky, Das kleine Vergnügen an der Peripherie. Der Böhmisches Prater in Wien, Wien 1992
- 13 Vgl.: Michael John, Bürgersport, Massenattraktion und Medienereignis. Zur Kultur- und Sozialgeschichte des Fußballspiels in Österreich. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde. Nr. 3, 1992, S. 76 f
- 14 Wie Anm. 13, S. 77
- 15 Sport-Zeitung am Sonntag, 21. 3. 1937
- 16 Wolfgang Maderthaler, Ein Dokument wienerischen Schönheitssinns. Matthias Sindelar und das Wunderteam. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde. Nr. 3, 1992, S. 89
- 17 Wie Anm. 16, S. 77
- 18 Sport-Tagblatt, 6. 2. 1922
- 19 Illustriertes österreichisches Sportblatt, 17. 6. 1911
- 20 Ähnliches passierte auch dem F.C. Nicholson, vgl. Leo Schidrowitz, Geschichte des Fußballsports in Österreich, Wien 1951, S. 198 f sowie auch dem FavAC, vgl. Sport-Tagblatt, 6. 4. 1921
- 21 Illustriertes österreichisches Sportblatt, 2. 11. 1917
- 22 Sportblatt am Mittag, 16. 8. 1919
- 23 Arbeitersport, 24. 8. 1923
- 24 Sport-Tagblatt, 29. 5. 1923
- 25 Sport-Tagblatt, 10. 10. 1922
- 26 Sport-Tagblatt, 26. 8. 1920
- 27 Sport-Tagblatt, 8. 12. 1922
- 28 Sport-Tagblatt, 17. 4. 1928
- 29 Wie Anm. 11, S. 58
- 30 U. a. Ferienaufenthalte und Einkleidung für Kinder, Mutterberatungsstellen, Waisenhaus. Vgl. wie Anm. 11, S. 110 f
- 31 Karl M. Brousek, Die Wiener Tschechen zwischen den beiden Weltkriegen unter besonderer Berücksichtigung des Turnvereines „Sokol“, Phil. Diss., Wien 1977, S. 10
- 32 Wie Anm. 31, S. 187 und S. 216
- 33 Vgl. Monika Glettler, Böhmisches Wien, Wien, München 1985, S. 116
- 34 S.K. Slovan 1902–1952, Gedenkbuch, Wien 1952, S. 8
- 35 Wie Anm. 34, S. 10
- 36 Sport-Tagblatt, 13. 8. 1925
- 37 Der Sport-Spiegel, 18. 12. 1925
- 38 U. a. Sport-Tagblatt, 28. 1. 1926
- 39 Sport-Tagblatt, 21. 2. 1923
- 40 Sport-Tagblatt, 6. 4. 1923
- 41 Sport-Tagblatt, 21. 7. 1923
- 42 Sport-Tagblatt, 3. 5. 1924
- 43 Sport-Tagblatt, 11. 3. 1920
- 44 Sportblatt am Mittag, 8. 10. 1919 f
- 45 Vgl. Willy Schmieger, Der Fußballsport in Österreich, Wien 1925, S. 283
- 46 Wie Anm. 13, S. 78
- 47 Vgl. u. a. Sport-Tagblatt 10. 1. 1929 und 19. 5. 1933
- 48 Sport-Tagblatt, 14. 7. 1928, Amateursport 20. 7. 1928
- 49 Sport-Tagblatt, 7. 2. 1929

GOTTFRIED PIRHOFER

## NEUE GRÜNDERZEIT ODER MULTIKULTURELLE PERSPEKTIVE?

Die Rede von der „Neuen Gründerzeit“ berührt ein urbanistisches, auch wohnkulturelles Dilemma, das ein ungelöstes Problem der Moderne betrifft. Die Moderne des frühen 20. Jahrhunderts – und sie war ästhetisch radikal, häufig sozialistisch motiviert – ging von einer radikalen Verwerfung der gründerzeitlichen Stadt aus. „Ornament und Verbrechen“, ein „weißes Zion“ (Loos), die Neue Stadt (für die Neue Gesellschaft und den Neuen Menschen), ein hygienischer Städtebau (Licht, Luft, Sonne, Grün), die autonome Kleinwohnung (heute: die Durchschnittsstandardwohnung). Heute beklagen wir die Tristesse der „Schlafstädte auf der Wiese“, suchen wir touristisch und nostalgisch die „Urbanität“.

Viele derer, die sich über Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen der Gründerzeit empören, wohnen mit Vorliebe in gründerzeitlichen Häusern, genießen alten Parkett, Flügeltüren, Durchgangszimmer, Stuck, Raumhöhen. Neu von der Moderne oder schon vom Jugendstil übernommen, ist das Weiß der Wände, die leichtere Möblierung. Man schätzt auch noch den Gemeindebau des Roten Wien, aber er gehört städtebaulich und auch ästhetisch eher zur Gründerzeit als in die internationale 20. Jahrhundert-Moderne. Wenige – dieses „Milieus“ – schätzen Großfeldsiedlung, Trabrenngründe, Am Schöpfwerk, Südosttangente, Shopping-City-Süd, neues AKH, Zentrum Kagran: Produkte der Moderne des 20. Jahrhunderts.

Die Hoffnung auf eine „neue Gründerzeit“ (im Sinn eines konservativen Stadtverständnisses) ist dennoch falsch. Es gibt kein Zurück in der Geschichte, wir müssen in der Moderne weitergehen.

Der Stadtraum tendiert zur Demokratie. Er ist dem Begriff, dem „Wesen“ nach demokratisch und zwar nicht im Sinn der repräsentativen Demokratie, sondern der alltäglichen Demokratie, der zivilen Gesellschaft, Politik und Polis. Die alltägliche Aufzeichnung dieses Zusammenhangs, seine Einschreibung auf der jeweils erreichten Stufe, erfolgt im Stadtraum. Im Stadtraum ist der Stand der realen Demokratie ablesbar.

Der Stadtraum des 19. Jahrhunderts war nicht demokratisch motiviert. Seine demokratische Transformation und Öffnung, seine Weiterentwicklung für demokratischen Gebrauch ist eine der großen Aufgaben einer zeitgemäßen Stadtpolitik.

Dies gilt entsprechend für den neuen Stadtraum, der in einem (wieder) wachsenden Wien zu schaffen sein wird. Wenn es um Wohnbau geht, dann kann – trotz der schlechten Ergebnisse des Sechziger- und Siebziger-Jahre-Wohnbaus am Stadtrand – die Perspektive kein „Zurück“ in gründerzeitliche Urbanitäts-

phantasmen sein, sondern ein „Weiter“ in der Moderne, offensive Pluralisierung, Öffnung des Wohnbaus für die Themen der „neuen Lebensformen“, der neuen Armut, der Aufnahme von Zuwanderern.

Die Frage nach einer „multikulturellen Perspektive“ ist ungleich relevanter und zukunftsorientierter als jene nach einer „neuen Gründerzeit“. Die „multikulturelle Stadt“ ist ein humanes Projekt, für das es weder historisch noch gegenwärtig ein Modell, ein geglücktes Beispiel gibt. Dennoch ist die Vision der „multikulturellen Stadt“ keine abstrakte Forderung, sondern ein gesellschaftliches Möglichkeitsfeld, für das politisch zu kämpfen ist. Dieser Kampf ist derzeit von massiven Rückschlägen betroffen, die Rede von der „multikulturellen Gesellschaft“ scheint derzeit auch vielen ihrer (früheren) Protagonisten völlig unzeitgemäß, wenn nicht überhaupt systematisch falsch. Dennoch lassen sich langfristig einige „Megatrends“ benennen, die keineswegs selbst schon Multikulturalität erzeugen, dieses Thema aber auf der Tagesordnung halten werden:<sup>1</sup>

### *Steigende Mobilität:*

Multikulturalität wurde in den Großstädten als Antwort auf neue gesellschaftliche Probleme diskutiert. Diese Probleme resultieren aus einer neuen Form der Mobilität, die ihre Ursache in einem, mit dem Schlagwort der Globalisierung bezeichneten Entwicklungsschritt der Weltwirtschaft hat. Zu einem überwiegenden Teil hält sich diese Zuwanderung noch an das alte Schema, demzufolge sich un- oder minderqualifizierte Arbeitskräfte bei hoher politischer und sozialer Unsicherheit mit einem niederen Konsumniveau erzwungenermaßen an starre ökonomische und städtische Strukturen anpassen müssen. Wenn aber das Tempo steigt, und sich die Radien vergrößern, werden Zeit und Chancen / Bereitschaft für Assimilation nach historischen Mustern abnehmen. Zunächst wächst Desintegration, die politisch repressiv kontrolliert wird und tatsächlich verschiedene Krisensymptome und Katastrophenszenarien hervorbringt, die aber auch den Kern für neue Emanzipationsmuster bilden könnte. Möglicherweise weist der Begriff „Großstadtnomade“ auf eine multikulturelle Perspektive hin. Es geht um jenes Phänomen von Zuwanderung, das als temporäre Besetzung, als mittelfristiger Aufenthalt einen zunehmenden Austausch zwischen Städten bringt, wobei sich „mitgebrachte“ kulturelle Ansprüche mit neuen Erwartungen verknüpfen.

### *Nach der Ideologie:*

Gegenwärtig ist ein Ansteigen des Fundamentalis-

mus – und damit eine Gegenbewegung zur multikulturellen Perspektive – zu verzeichnen; der tiefgreifende Bedeutungsverlust von Ideologien im alten Sinn ist dennoch weltweit zu konstatieren. Das Rekurrieren auf Begriffe wie „Nation“ kommt Rückzugsgefechten gleich. Die multikulturelle Perspektive basiert auf einem weiterentwickelten Pluralismus, der an seine eigenen Grenzen geht und auch autonome Kerne einer vitalen in sich funktionierenden und nach außen koexistierenden Kultur zuläßt.

*Nach der Mittelpunktstadt:*

Das geistige Ende der alten „Mittelpunktstadt“ (Slotterdejk) kam spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Implosion wurde mit den bekannten Formeln wie „Zerfall der Werte“, „Tod des Ornaments“, „Verlust der Mitte“ auf den – wertkonservativen – Punkt gebracht. Der heutige städtische Raum ist einerseits durch den Versuch einer Musealisierung bestimmter traditioneller Bereiche geprägt, wird aber andererseits von der Stadtplanung selbst fragmentiert: indem neue große Einheiten und Strukturen geschaffen werden (in Wien herausragend die Donauinsel), welche die traditionelle Codierung überschreiten und Orte neuer Bewegungen, Verhaltensweisen, Mischungen, Überlagerungen und Veränderungen werden.

Diese – und weitere – Megatrends sind weder kurzfristig zu verifizieren, noch bedeuten sie langfristig eine gesicherte multikulturelle Perspektive. Andererseits handelt es sich dabei sowohl hinsichtlich der Rasanz ihrer Geschwindigkeit als auch in Bezug auf die Größenordnung und Internationalität (Globalisierung) der Veränderung um ein historisch einzigartiges Phänomen, das je nach konkreter gesellschaftlicher (politischer) Entwicklung neue Möglichkeitsfelder eröffnet.

Eine zweite, sehr verschiedene Ebene ist die des gegenwärtigen, empirischen Wiens (wie in geringen Differenzen jeder anderen europäischen Stadt). Die Gründe dafür, daß Menschen anderer Länder nach Österreich bzw. Wien kommen, sind sehr unterschiedlich.<sup>2</sup> Es gibt die Motive politischer Verfolgung sowie die Aspekte wirtschaftlicher Not. Oft ist es eine Kombination / Kumulation von Gründen, die eine Zwangssituation ergibt. Dies bedeutet, daß es kein freier Lebensplan ist – wie ihn der Topos „multikulturelle Gesellschaft“ suggeriert –, sondern erzwungene Mobilität, die meist ohne oder nach nur ungenügenden Vorbereitungen für die Abreise erfolgt. Diese Ungeplantheit entspricht einem Objektstatus der Betroffenen, der eher einem Transportgut ähnelt, das nach Quotenregelungen verschoben wird, als einem „freien Verkehr“, wie ihn die Grundrechte eines „neuen Europas“ ideologisch fordern.

Was für die klassischen Phasen der „Gastarbeiterpolitik“ galt, daß Arbeitskräfte (d. h. nicht Menschen mit Lebensperspektive und häufig auch Familie) ins Land gerufen wurden, trifft im Prinzip und unter heutigen restriktiven Bedingungen verschärft

zu: Arbeitskräfte oder Notleidende, d. h. Reduktion auf den Status des Opfers / Befürsorgten. Auch heute werden Kinder erst häufig später nachgeholt. Es entstehen „Familienfragmente“, wie sie auch für die Zuwanderungswellen der Gründerzeit charakteristisch waren. (An solchen Punkten berührt sich die Rede von der „neuen Gründerzeit“ mit den Fakten der gegenwärtigen Zuwanderung.)

So unterschiedlich die Beweggründe für das Verlassen der Heimat, so ident waren und sind die Anfangsschwierigkeiten: existentielle, finanzielle, kulturelle, Sprachprobleme, Isolation. Häufig sind Landsleute das erste psychische und oft auch materielle Auffangnetz. Dadurch ergibt sich ein, auch für die Wiener Stadtentwicklung und Stadtpolitik brisantes Dilemma. Entgegen einer Politik der Verteilung von Zuwanderung nach sozialer, kultureller usw. „Verträglichkeit“ – positiv formuliert: zur Nutzung dieses Potentials für Vielfalt und Vitalität der Stadtentwicklung – vollzieht sich eine Konzentration in Vierteln, die als „Auffanglager“ figurieren, in denen Ausbeutung durch private Haushalten, soziales „filtering down“ und Slumbildung stattfinden. Vor diesem Hintergrund erhält die Forderung nach einer Öffnung des Gemeindebaus für Ausländer ihre volle Bedeutung. Dies wäre nicht nur eine Aktualisierung des sozialpolitischen Erbes des Roten Wien der Zwischenkriegszeit, sondern auch ein dringendes urbanistisches Gebot für eine sozial und kulturell ausgewogene Stadtentwicklung in einem wieder wachsenden Wien.

Der in der dicht verbauten Struktur verteilte Gemeindebau, dessen kostengünstige Wohnungen mittlerweile zum Teil sozial und urbanistisch gesehen, nicht mehr zwingend zugeordnet sind, wäre ein ideales Instrument zur Entschärfung der Anfangsschwierigkeiten für Zuwanderer. Wohnraum für Ausländer im Gemeindebau würde – im Gegensatz zu anderen sozialen Einrichtungen, die laut Erhebung den meisten Zuwanderern ohnehin „völlig unbekannt“<sup>3</sup> sind – einen Mittelpunkt der Lebensinteressen, das Wohnen, das Wohnumfeld, die Nachbarschaft, Kommunikationsmöglichkeiten, Zugang zu Information und Beratung betreffen.

Wenn die größten Schwierigkeiten der Zuwanderer (neben der Uninformiertheit) Arbeitsprobleme, Wohnungsprobleme, Sprachprobleme, Aufenthaltsprobleme (rechtliche Schwierigkeiten) – und als Folge davon finanzielle Probleme und kulturspezifische Probleme – sind, dann wird deutlich, daß eine „multikulturelle Perspektive“ wesentlich an der materiellen Basis und nicht primär am „kulturellen Überbau“ ansetzen muß. Zwar gibt es neue gesellschaftswissenschaftliche Theoreme, die von einer Abnahme der Bedeutung vertikaler Klassen- und Schichtstrukturen zugunsten einer zunehmenden Pluralisierung von „Lebensmilieus“, bei gleichzeitiger Abnahme der Bedeutung des Mangels zugunsten einer zunehmenden „Erlebnisorientierung“ sprechen (z. B. Schulze, Erlebnisgesellschaft) – ein Theorieansatz, der im Prinzip dazu beitragen könnte, eine multikulturelle Perspektive zu stärken –, de facto orientieren sich

diese Untersuchungen aber empirisch an Inländern und stellen selbst als große Lücke die Frage der Zuwanderer fest. Ein Großteil der Zuwanderer als „Lücke“ in der Transformation der „globalen Konsumgesellschaft“: so lange sich dies nicht ändert, bleiben Bemühungen um „Integration“ durch Aufklärung und Betreuung bestenfalls Krisenmanagement.

An erster Stelle der Probleme für Ausländer stehen Schwierigkeiten mit der Beschäftigungsbewilligung.

„Um eine Beschäftigungsbewilligung zu erlangen, werden von den AusländerInnen so gut wie alle Situationen in Kauf genommen. Die wirtschaftliche Situation in Österreich ist nicht so gut, daß jede/r – egal ob In- oder AusländerIn – eine bezahlte Stelle bekommen kann. So wird der Kampf um die wenigen freien Stellen für AusländerInnen immer härter, zumal damit für die meisten die existentielle Sicherheit verbunden ist. Familie oder rechtliche Bestimmungen werden dabei aufs Spiel gesetzt.“<sup>4</sup>

Die Wohnungsprobleme bestehen vor allem darin,

„daß viele AusländerInnen in zu kleinen, feuchten Substandardwohnungen mit hohen Ablösen und hohen Mieten wohnen müssen. Die Zusammenfassung in eigene Wohnkomplexe fördert die Gettoisierung, die durch das Sprachproblem ohnehin schon sehr groß ist, weiter. Schikanen der Hausbesitzer sind häufig.“<sup>5</sup>

„Das Sprachproblem ist naturgemäß ziemlich groß. Durch die Unfähigkeit zur Kommunikation sind die meisten AusländerInnen gezwungen, unter sich zu bleiben. Die Kontaktaufnahme mit ÖsterreicherInnen gestalten sich sehr schwierig.“<sup>6</sup>

„Die rechtliche Situation ist für die meisten AusländerInnen, auch wegen der geringen Sprachkenntnisse, völlig undurchschaubar. Hier sind gesetzliche Maßnahmen dringend erforderlich.“<sup>7</sup>

Aufgrund der jüngsten Attentate gegen Ausländer wird in der BRD die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft politisch massiv gefordert. Das Ausländerwahlrecht wäre gleichermaßen eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit. Erst dann könnte man ohne Zynismus diskutieren, wie ein Zusammenleben von Ausländern mit Österreichern ohne Verluste der jeweils eigenen Kultur in neuen Zusam-

mensetzungen und gegenseitigen Bereicherungen zu strukturieren und zu entwickeln wäre. De facto werden Menschen entfremdet und fühlen sich weder in ihrer alten, noch in ihrer neuen Lebenswelt zu Hause.

„Erst wenn die eigene kulturelle Identität hintangestellt wird, ist es für manche (Ausländer) möglich, auch mit ÖsterreicherInnen längerfristige Kontakte aufzubauen.“<sup>8</sup>

„Ein Abbau der Vorurteile ist nur über eine größere, gezieltere Information über andere Kulturen möglich. Hier müßten die Schule, aber auch die Massenmedien verstärkt eingesetzt werden.“<sup>9</sup>

Insgesamt ist laut Studie von 1989 – und sie war darin bereits prophetisch – zu vermuten, daß sich Unterprivilegierung und Diskriminierung von Ausländern in Österreich / Wien

„in absehbarer Zeit – auch durch die herrschende Politik und Arbeitsmarktlage – noch verstärken wird. Der Druck auf die AusländerInnen wird, nach Meinung der Befragten, immer größer werden.“<sup>10</sup>

#### ANMERKUNGEN:

1 Die folgenden Bemerkungen zu „Megatrends“ sind Auszüge aus Überlegungen, die im Zuge eines Ausstellungskonzeptes zum Thema „Multikulturelle Stadt“ (Entwurf von Gottfried Pirhofer und Liesbeth Waechter-Böhm, Wien 1990) entstanden.

2 Empirische Grundlage ist die Auswertung des Forschungsprojektes über die „Betreuung und Beratung ausländischer Menschen in Wien aus der Sicht der zuständigen Einrichtungen und ihrer KlientInnen“, erstellt von Martin Dimiter Hoffmann und Uli Wögerer, Wien 1989.

3 a.a.O., S. 15

4 a.a.O., S. 78

5 a.a.O., S. 82

6 a.a.O., S. 84

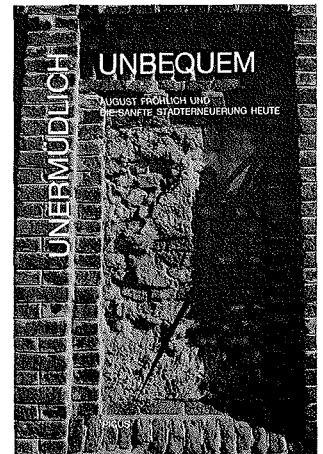
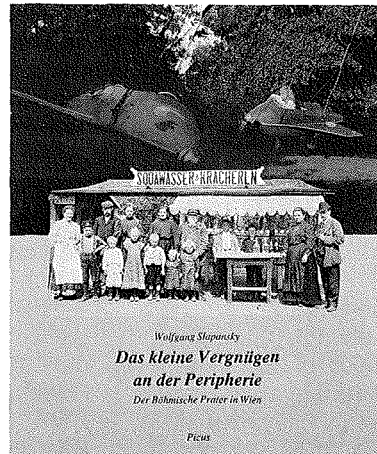
7 a.a.O., S. 86

8 a.a.O., S. 91

9 a.a.O., S. 93

10 a.a.O., S. 93 f

#### IWK-BIBLIOTHEK:





TIMO HUBER

## VERDRÄNGT MODERNISIERUNG? Integration versus Ausgrenzung sozial schwacher und ausländischer BewohnerInnen

„Sozial Schwächere – um nicht von den Armen zu sprechen – werden auch in der freiesten Marktwirtschaft auf staatliche Hilfe bei ihrer Wohnungsversorgung angewiesen sein. Ob und in welcher Form sie ihnen gewährt wird, ist eine politisch zu entscheidende Frage. Staatliche Eingriffe haben den Nachteil, daß sie zur Ausbildung von kaum zu kontrollierenden Schwarzmärkten führen. Freie Marktwirtschaft hat den Nachteil, daß sozial schwächere Teilnehmer ihre Bedürfnisse kaum realisieren können. Die Lösung dieses Dilemmas müßte sowohl radikal als auch mit viel politischem Feingefühl erfolgen.“ (Zitat August Fröhlich: Unermüdlich Unbequem).

Mit welchen Inhalten soll der Begriff Modernisierung gefüllt werden? Modernisierung = Hauserneuerung = Verdrängung, diese Gleichung soll näher betrachtet und analysiert werden.

Von der klassischen Problematik der Stadterneuerung sind im westlichen Bereich Wiens der 15. bis 18. Bezirk betroffen.

Ich selbst wohne im 16. Bezirk, ich arbeite im 17. und 18. Bezirk und meine Kinder gehen in diesen Bezirken in die Schule. Ich kenne also die Problemzone West-Wien – kenne ich sie wirklich?

Aus dem Blickwinkel des gutsituierten Akademikers, Stadtforschers, Architekten, sozialorientierten Erneuerers und Symposienveranstalters ist die Problemlage „Städtebauliche Slumbildung“, „Sozialer Lurch“, „Tschuschen und Kanaken“ nicht sogar die Basis für unser täglich „Fleisch und Brot“? Also Vorsicht vor uns Stadtforschern, Sozialwissenschaftlern und multikulturellen Kurierern – der Blickwinkel ist oftmals der des Außenstehenden, ein voyeuristischer.

Ich möchte die Aufgabenstellung meines Beitrages durch vier Fenster betrachten:

- a) das Fenster: Realität – Selbstbetrachtung
- b) das Fenster: Entwicklungen, derzeit – Vision
- c) das Fenster: Problemkreise „Das betroffene Feld“
- d) das Fenster: „Lösungsvorschläge, gibt es die?“

Dem ablesbaren Schwergewicht der Stadterweiterung – Hoffungsgebiet für Bewohner und Bauträger, Medieninteresse, Vorzeigearchitektur, politische Trumpfkarte, muß immer wieder die Trommel für die Stadterneuerung entgegengehalten werden:

„Der größte Teil der Wiener Bevölkerung wohnt und arbeitet auch 80 Jahre nach Ende der Gründerzeit und trotz einer Vervielfachung der bebauten Stadtfläche in den bis zum Ersten Weltkrieg errichteten und überbauten Stadtteilen; diese dichtbebauten Bereiche der Stadt bleiben Zentren, auch wenn bipolare oder dezentrale Entwicklungen eintreten.“

Die existenten Problemlagen werden sich noch verschärfen und nach Lösungsansätzen verlangen.

Stichworte: Prozeß- / systemisches Denken, Erneuerung, Neubau, Identitäten schaffen, Wiederent-

decken, Anforderungen an Verfügbarkeit von Wohnhausneubau und Freiflächen auch in dichtbebautem Gebiet.

Wohnraum als existenzbedingter Krisenfaktor ist wieder ins Zentrum der Diskussion gerückt: Strategien, Szenarien werden entwickelt mit den Variablen:

- Zuwanderungsraten (legal, illegal)
- nationales Wirtschaftswachstum, unterschiedliche Sparten
- Verknappung der Ressourcen
- internationale Investprogramme
- soziokulturelle Polarisierung usw.

Ist in den 60er Jahren der Kampf um eine sozial orientierte Stadterneuerung begonnen worden,

- gegen „Kahlschlagsanierung“
- „Tertiärisierung der Zentren und Randbereiche“
- gegen dadurch entstehende Monofunktionalität von großmaßstäblichen Neubausiedlungen auf der grünen Wiese
- gegen die Strategien der Vertreibung und sozialen Entmischung,

so haben wir heute eine neue Art von Umstrukturierungsdruck bei gleichzeitiger äußerer Expansion mit maßgeblichen Akzentverschiebungen zu lösen. Ob die neuen Sozialwohnungen am Stadtrand jetzt von untersten Einkommensschichten bezogen werden können, ist fraglich. Diese leben nach wie vor in der noch nicht erneuerten Altbausubstanz oder in Verfallstendenzen zeigenden Nachkriegsbauten. Für sie gibt es keine „realistische Marktliberalisierungsstrategie“. – Der Markt regelt sich tatsächlich nicht selbst (siehe Sozialsituation in den USA).

Das Fenster „Realität“ zu öffnen, heißt zu betrachten, wer sind die „sozial Schwachen“ und „ausländischen“ BewohnerInnen in Problembereichen des dicht bebauten Stadtgebietes.

Gibt es ein Ausländerproblem – es gibt keines – es gibt soziale, den Arbeitsmarkt betreffende, die Wohnraumbeschaffung betreffende Probleme, die für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen differenzierte Lösungsansätze verlangen.

Wir müssen die ausgrenzende Betrachtung des „Ausländeransatzes“ verhindern – es gibt also Konfliktbereiche für untere Einkommensschichten, sozial Schwache und Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache in dichtbebauten innerstädtischen Bereichen. Die Analyse kann österreichweit angesetzt werden, hier soll kleinräumig anhand von Strukturen des 17. Bezirks, meines Erfahrungsberichts, vorgegangen werden.

Sozial Schwache, die z. B. unser Betreuungslokal der Gebietsbetreuung frequentieren, sind:

- Mindestrentner
  - untere Einkommensbezieher
  - Alleinerzieher
  - Kinder
  - Ausländer: österreichische Staatsbürger mit nicht-österreichischer Muttersprache, Ausländer mit Aufenthaltsbewilligungen, anerkannte Flüchtlinge (Flüchtlingskonvention), Asylwerber, Ausländer mit Beschäftigungsbewilligung, Ausländer mit Arbeitserlaubnis, Ausländer mit Befreiungsschein, „Illegale“, nicht anerkannte Asylwerber.
- Dieses Spektrum ist also vielfältig und diese BewohnerInnen von dicht bebauten Stadtgebieten sind sicher von „Modernisierungsmaßnahmen“ betroffen.

Betrachten wir die Existenzbedingungen der unteren Einkommensschichten:

<i>Mittlerer Arbeitslohn:</i>	männlich	weiblich
Österreich:	20.158,-	13.002,-
Wien:	19.822,-	13.306,-

*Arbeitslohn ausländischer Arbeiter im Vergleich zum österreichischen (insgesamt -20 % des österreichischen Arbeitslohns):*

früheres Jugoslawien: -16%  
 Türkei: -20%  
 Polen, Tschechen, Ungarn: -22 bis -26%

*Arbeitslohn ausländischer Arbeiterinnen im Vergleich zum österreichischen:*

früheres Jugoslawien: vergleichbar dem österreichischen Arbeitslohn  
 Polen, Tschechen, Ungarn: -14 bis -18% des österreichischen Arbeitslohns.

*Anteil der Ausländer im 17. Bezirk - Entwicklung von 1988 bis 1991:*

1988: Ausländeranteil 16,4%  
 1991: Ausländeranteil 23,7%

Stadterneuerungsgebiet 17./18. Bezirk: Anteil der Ausländer 29,6%  
 Bevölkerung 17. Bezirk 1991: 54.625  
 Ausländer: 12.938 Personen  
 Anteil der über Sechzigjährigen im Durchschnitt 20,7%, in bestimmten Blöcken bis 30%.  
 Anteile nach Nationalitäten:  
 früheres Jugoslawien: 43%  
 Türkei: 19%  
 Einpersonenhaushalte im 17. Bezirk 1991: 43,6%, d. h., zumindest jeder 3. Haushalt ist ein Einpersonenhaushalt.  
 Anteil der Kleinwohnungen (bis 35 m<sup>2</sup>): 32%  
 Anteil der Substandardwohnungen im Stadterneuerungsgebiet: 41%

Einige Hinweise auf Wohnkosten:

*Zugemutete Einkommensbelastung einer 4-Personen „Normal“-Familie in einer geförderten 90 m<sup>2</sup>-Eigentumswohnung (Stand 1991):*

Haushaltseinkommen von	15.000,-	20.000,-
Niederösterreich	3,7%	21,8%
Steiermark	4,5%	12,2%
Wien	24,8%	26,6%

d. h., in Wien ist in den unteren Einkommensbereichen der Wohnkostenanteil durchschnittlich ein Viertel des Einkommens.

In unterschiedlichen Marktsegmenten der Stadt, in unterschiedlichen Bundesländern darf Wohnen unterschiedlich viel kosten, es gibt unterschiedliche Leistbarkeitsvorstellungen. Im geförderten Wohnbau ist für sozial Schwächere das Instrumentarium der Wohnbeihilfe, die Subjektförderung vorgesehen. Im privaten Althausbereich - im Segment des Billigwohnmarktes - ist die Subjektförderung wesentlich geringer.

*Wohnkostenbelastung und Haushaltseinkommen aller unselbständig Beschäftigten:*

Anteil der Haushalte  
 25% Haushaltsnettoeinkommen unter 13.450,-  
 - Wohnkostenbelastung über 39%

Anteil der Haushalte  
 25% Haushaltsnettoeinkommen über 28.320,-  
 - Wohnkostenbelastung unter 18%.

D. h., die höheren Einkommen sind wesentlich weniger von ihren Wohnkosten betroffen als die unteren Einkommensschichten.

*Darstellung der Veränderungen der Wohnsubstanz:*  
 Wohnungsabgänge im 17. Bezirk 1986-1990: 1060, davon 681 durch Wohnungszusammenlegung, betroffen waren 1270 Wohnungen und 589 neue Wohnungen sind entstanden.

Veränderungen des Wohnungsbestandes im 17. Bezirk 1981 bis 1991: -634 Wohnungen.

D. h., innerhalb von 10 Jahren ist ein Anteil von Wohnungen im Marktangebot verschwunden, die Bevölkerungsanzahl hat jedoch um einen Anteil zugenommen.

*Veränderung der Kategorien in Wien von 1981 bis 1991:*

Kategorie A: + 256.597 Wohnungen  
 (31% Neubau, 69% Wohnungsverbesserung)  
 Kategorie B (Bad, Dusche): - 150.346 Wohnungen  
 Kategorie C (WC, Wasser): - 29.074 Wohnungen  
 Kategorie D (kein WC/Wasser): - 51.440 Wohnungen  
 Kategorie D differenziert:  
 Substandard ohne Komfort - 58.294 Wohnungen  
 teilsanierter Substandard + 6.854 Wohnungen

1971 Kategorie A: 7,9%  
 Kategorie D: 33,5%  
 1981 Kategorie A: 31,2%  
 Kategorie D: 26,4%  
 1991 Kategorie A: 64,8%  
 Kategorie D: 18,5%

Wir sehen die Verschiebung der Kategorieanteile innerhalb von 20 Jahren: von 1971 7,9% Kategorie A-Wohnungen auf 1991 64,8% Kategorie A-Wohnungen; ähnliches bei der Kategorie D: von 1971 33,5% auf 1991 18,5%.

Hier bewegen wir uns jetzt im oberflächlich betrachteten Bereich von „Verdrängung“; in der Frage *Verdrängt Modernisierung?* müßte die Antwort also ja lauten – dazu ist es unbedingt notwendig, differenziert zu betrachten: Wer verdrängt? Bedeutet Verdrängen räumliche Verschiebung?

Verdrängen ist hier der falsche Begriff, „Drängen“ stimmt eher, da, wie wir ja nach neueren Daten wissen, daß in den belasteten, dicht bebauten Problemgebieten zugewandert wird. Wie die nachstehenden Grafiken zeigen, ist in Problemblocken und den belasteten Stadtbereichen des Stadterneuerungsgebietes keine eindeutige Wanderungsbewegung zu ersehen, sondern eine eindeutige Konzentration in den vorher schon „auffälligen“ Blöcken. Bei einer zu erwartenden weiteren Zunahme des Ausländeranteils in bestimmten Bezirken ist, wie ausländische Beispiele (Deutschland, Frankreich) zeigen, mit schwerwiegenden Konflikten zu rechnen, falls es zur weiteren Konzentration und Monofunktionalität von diesen Stadtbereichen kommt. Notwendigerweise ist zu untersuchen, welches Spektrum an Maßnahmen die nun in den Geruch des „Buhmanns“ geratene Modernisierung beinhaltet.

*a) Geförderte Wohnhaussanierung:*

Hier haben wir mit allen Nachteilen von langen Wartezeiten und Bürokratisierung mit einer kontrollierten Förderung und der Subjektstützungsmöglichkeit der Wohnbeihilfe zu tun. Im Verfahren zum Projektansuchen gibt es Positivpunkte (Stadterneuerungsfonds) für das Projekt, wenn Hausversammlungen durchgeführt werden und Mieterinteressen mit einbezogen werden. Die geförderte Sanierung ist im Ansatz „mieterorientiert“.

*b) Private Althauserneuerung:*

Demgegenüber steht die „Althausverwertung“, privat finanzierte Sanierungsstrategien, Spekulation. Gründe dafür:

- Liberalisierungserwartungen für das Mietrecht
- EG-Beitrittsbestrebungen
- Ostöffnung
- steigendes internationales Interesse am Standort Wien
- Sogwirkung des Liegenschaftsbooms

*c) Wohnhausneubau:*

Privat finanziert, genossenschaftlich, Gemeindeneubau. Auf die spezifischen Probleme des Wohnhausneubaus wird hier nicht eingegangen.

*Parameter der privaten Althausanierung:*

Zinshaus-Kaufpreis pro m <sup>2</sup> in mittlerer Lage	
1984:	weniger als 1000,- S/m <sup>2</sup>
1988:	ungefähr 3000,- S/m <sup>2</sup>
1989/90:	ungefähr 7000,- S/m <sup>2</sup>

Seit 1991 werden diese Entwicklungsspitzen und die damit vorhandenen Negativauswirkungen auf die Wohnbausubstanz abgebogen. Beispiel: Rückgang der Prognosen für Flächenanforderungen und Preise im Bürosektor.

Am kostengünstigsten für Verwertungsgesellschaften ist die Durchführung von Sanierungsarbeiten in leerstehenden Häusern (Totalsanierung). Bauarbeiten stellen die letzte Möglichkeit dar, massiv auf Altmieter einzuwirken und werden in Extremfällen mit gezielter Strategie eingesetzt (Öffnung der Dachhaut, Pölzungen, usw.). Der rechtliche Status von Ausländern im Bereich der privat finanzierten Erneuerung stellt einen weiteren Unsicherheitsfaktor und Eingriffsmöglichkeiten für den Verwerter dar.

Professionelle Verwerter und Spekulanten scheuen die Kontrollen und Auflagen der Förderungsstellen, die 15jährige Ertragsneutralität macht die Förderung (WWFSG) für kurzfristigen Ertragshorizont uninteressant. Sozial schwache Gruppen, speziell Ausländer, werden in diese Strategien eingebaut:

- Kurzzeitverträge
- Zwischennutzung
- Ablöse
- Verunsicherung der Altmieter

In diesen unterschiedlichen Strategien wird selbst der „Benutzer“ als Instrument eingesetzt:

Überbelag, gesundheitsschädliche Massenunterkunft, Einmietung unterschiedlicher Volksgruppen, Ausnutzung der Rechtslosigkeit, Wechsel von Miet- und Besitzverhältnissen usw.

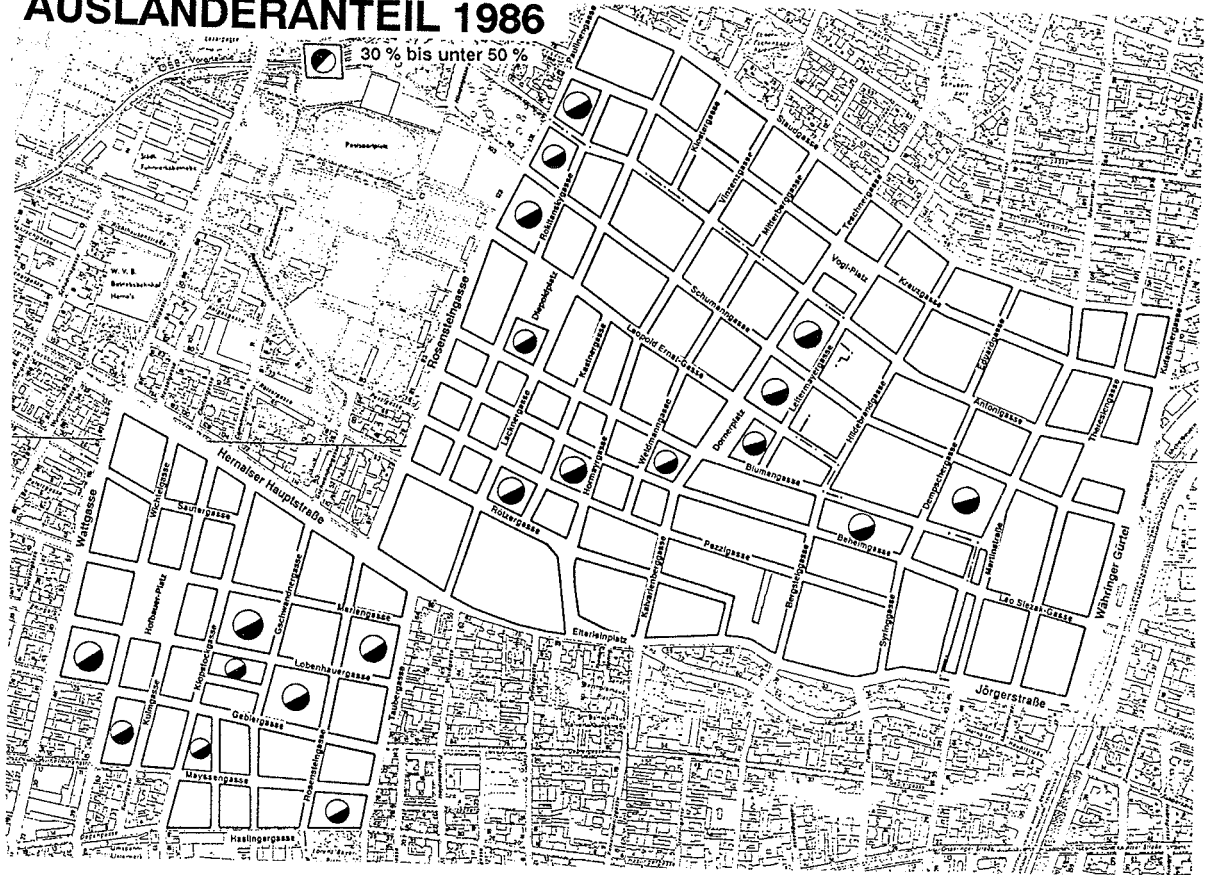
*Was bedeutet aber Modernisierung noch:*

Im Arbeitsfeld der „sanften Stadterneuerung“ der von der Stadt Wien eingesetzten Gebietsbetreuung

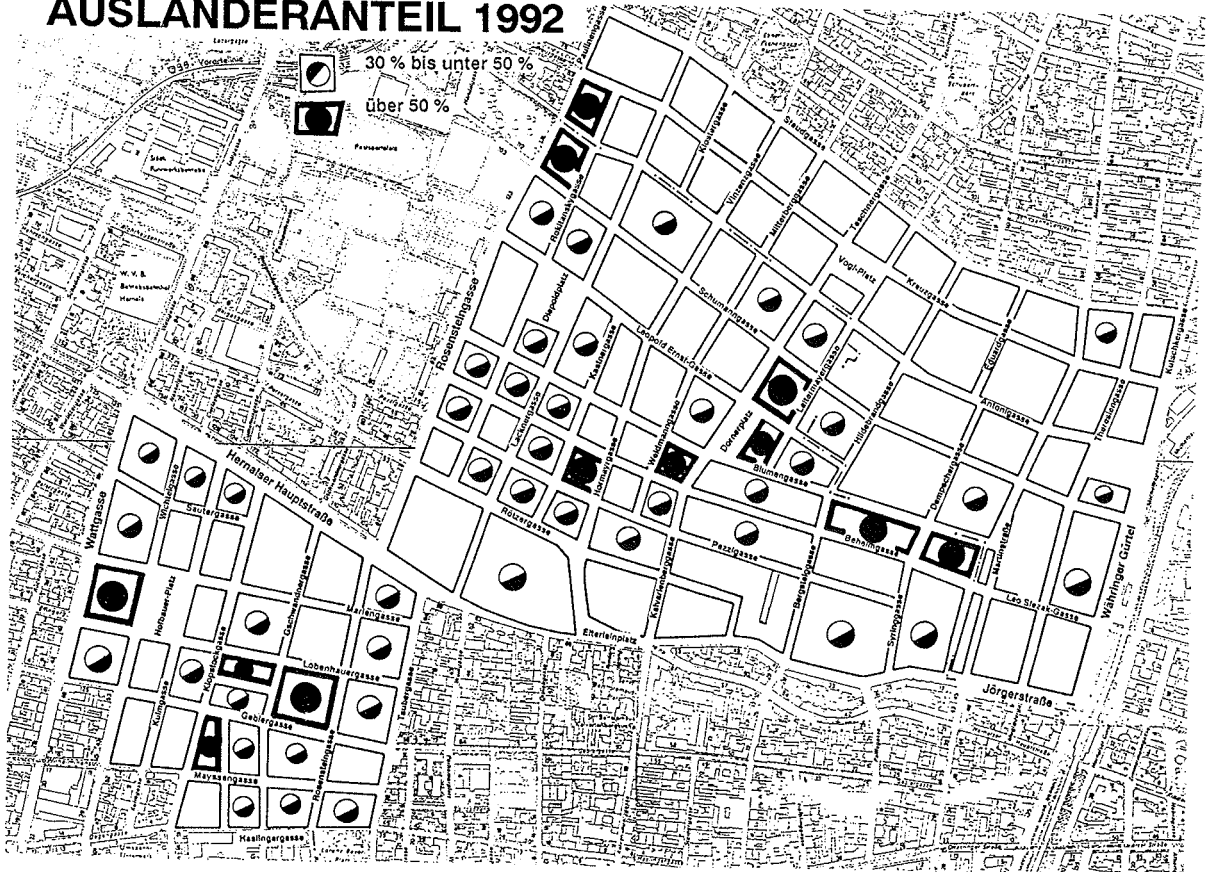
- derzeit 13 Gebietsbetreuungsinstitutionen über 11 Bezirke verteilt,
- kompetente, intensive Auseinandersetzung mit der Wohnumwelt, die Umwelt hat für sozial Schwache wie Ausländer eine andere Wertigkeit. Oft ist sie das „Freiluft-Wohnzimmer“ der Wohnung,
- illusionistische Stimmen, die gerne keine „Wellen“ hätten, fordern den Status quo „Laß ma's doch so, wie es is“,
- dieser Status quo (Beispiel Dornierplatz) – Straßenoberfläche, Bausubstanz, Investitionsbereitschaft usw. – erhält oder erneuert sich nicht selbständig, sondern verfällt mit negativen Folgerscheinungen. Ohne Investitionen in den öffentlichen Raum – die Privatwirtschaft leistet dies vielleicht im 1. Bezirk in der Tuchlauben – verfällt dieser Bereich. Also ohne Investitionen der öffentlichen Hand führt dies im Umfeld zu städtebaulichen Negativauswirkungen, Imageverlust, Geschäftsrückgang, möglicher Slumbildung.

Hier ist der Kern des Problems: kontrollierte, sozial orientierte „Modernisierung“ gegen Entwicklungen des Marktes – dessen Negativbeispiele wir in Deutschland, Frankreich und England sehen. In Frankreich ist in Vorbereitung das „Droit de Ville“ – verpflichtender sozialer Wohnbau innerhalb der Stadt. In Deutschland der Neubeschluß eines großen Sozialwohnungsprogramms, das in den letzten Jahren ausgesetzt wurde.

# AUSLÄNDERANTEIL 1986



# AUSLÄNDERANTEIL 1992



Die „sanfte Stadterneuerung“ als Modernisierung sieht auch die Vernetzung unterschiedlicher Problembereiche vor wie Wohnen, Gesundheit, Verkehr, öffentlicher Raum, Kultur – Bewußtseinsbildung der Entscheider / Bezirkspolitiker / Magistratsbeamten / Bewohner / kompetenten Beratung. Diese Überlagerung und Ergänzung von Maßnahmen scheint mir das wichtigste Argument gegen die kontrollierte Modernisierung als „Buhmann“. Die Stadt Wien hat als Maßnahme für Zuwanderer bisher den Integrationsfonds installiert. Die Wohnsituation im Billigmarktsektor ist bisher eher den Bedingungen des Marktes und den Spekulanten überlassen worden. Beispiel Langer-Block, Beispiel Massenquartier Sautergasse, Beispiel Vorgangsweise von Parifizierungen in Althäusern, Übergabe ins Eigentum, Dachgeschoßausbau – sind derzeit übliche Vorgangsweisen.

#### *Einige Konzepte zu Lösungsvorschlägen:*

Die Strategie der „sanften Stadterneuerung“ hat sich bewährt und ist fortzusetzen. Der gründerzeitliche Hausbestand ist generell erhaltenswert und ist im Sinne der Sockelsanierung stufenweise und unter Einbindung der Bewohner zu verbessern. Die Sockelsanierungsförderung ist zu forcieren und zwecks Vermeidung überlanger Verfahrensdauer mit mehr Mitteln auszustatten.

Im Hinblick auf die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung in Richtung „ $2/3$ -Gesellschaft“ (die nicht durch Stadterneuerungsmaßnahmen verändert werden kann), kommt der Erhaltung billigen Wohnraums steigende Bedeutung zu. Darunter werden Wohnungen mit einem Hauptmietzins etwa der Kategorie C bis B verstanden, die im allgemeinen ohne Subjektbeihilfen für Einkommensschwache leistbar sind. Dies sind heute vor allem Wohnungen aus Bauten der 50er und 60er Jahre und zum Teil noch Zwischenkriegsbauten. Eine sozial zielgerichtete Einweisungspolitik in diese Wohnungen (vor allem im Bereich der gemeinnützigen Wohnbauunternehmen) kann viel zur Vermeidung von Delogierungen zahlungsunfähiger Mieter aus teuren Wohnungen und auch zur sozialen Durchmischung beitragen.

Die Beseitigung von Substandardwohnungen bleibt wohl ein Ziel der Stadtentwicklung, welches aber ohne Zeitdruck oder -limit erreicht werden kann. Durch die stark erhöhten Mieteinnahmen für sanierte Wohnungen werden praktisch keine Substandardwohnungen mehr vermietet, sondern die durch den Eigentümer im Standard verbesserten Wohnungen. Die Entwicklung von Problemgebieten kann dann verhindert werden, wenn das Ziel der sozialen und ethnischen Durchmischung weiter verfolgt wird. Dazu ist auch Einwanderern, die einige Jahre in Wien leben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft der stufenweise Zugang zu Gemeinde-, Genossenschafts- und anderen Sozialwohnungen zu ermöglichen; damit würden zugleich die jeweils schlimmsten Wohnverhältnisse beseitigt, wobei allerdings parallel dazu ein effektives baupolizeiliches Vorgehen gegen den Vermieter

gesundheitsschädlicher Wohnungen erforderlich ist.

Wenn die im Stadtentwicklungsplan angepeilte generelle Dichtereduktion schwer erreichbar erscheint, sollten zumindest Verschlechterungen bzw. die Fortschreibung einer ungünstigen Bebauungsstruktur verhindert werden. Vorteilhaft erscheint es, die Bebauung von Baulücken innerhalb des dichten Baubestandes mit Blocksanierungsmaßnahmen zu koppeln. Derzeit werden von allen Gebietsbetreuungen Wiens Erhebungen durchgeführt hinsichtlich Wohnflächenreserven (Baulücken) in diesen dicht bebauten Bereichen.

Bei den bau- und verwaltungsrechtlichen Vorschriften sollte die Rechtsstellung des Mieters verbessert werden: etwa durch eine Parteienstellung bei baulicher Abänderung der Wohnung, bei Baugebrechen und insbesondere bei Abtragungsaufträgen. Die frei finanzierte Sanierung wird bei Einhaltung folgender Rahmenbedingungen für sinnvoll erachtet: die Altmietler dürfen nur auf freiwilliger Basis (ohne Druck) abgesiedelt werden bzw. müssen Hauptmietzinserhöhungen leistbar bleiben (ca. 40,- S/m<sup>2</sup> als Obergrenze). Dazu wäre die Gewährung der „Erhaltungsförderung“ (Förderung reiner Erhaltungsmaßnahmen) auch auf Kategorie B-Häuser auszu dehnen. Die Stadt Wien sollte Mieter, die unter Abledungsdruck geraten, mit allen Mitteln unterstützen: über die bewährten Beratungsinstrumente hinaus (Gebietsbetreuung, Kummernummer usw.) wäre vor allem eine konsequente Exekution insbesondere von Bauaufträgen mit exemplarischen Ersatzvorhaben erforderlich (die zunächst erforderlichen, wesentlich höheren Budgetmittel sind wieder eintreibbar). Durch einen Rechtshilfefonds sollten Mieter in Problemhäusern bei privatrechtlichen Verfahren gegen spekulierende Eigentümer unterstützt werden (Übernahme des Prozeßkostenrisikos).

Die Durchmischung von Wohn- und Arbeitsfunktionen ist grundsätzlich positiv zu bewerten und soll erhalten werden. Verdrängungen größeren Umfangs sind weder in die Richtung reiner Bürobauten noch in Richtung reiner Wohnbauten wünschenswert. Zwischen der Stärkung der Bezirkszentren und dem Erhalt einer möglichst großen Nutzungsvielfalt auch außerhalb der Geschäftsstraßen sollte ein Ausgleich gefunden werden.

Schließlich hängt die Durchsetzung und auch die Akzeptanz einer integrationsorientierten Ausländerpolitik und der Maßnahmen zur Konsolidierung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen von der Stärkung der politischen Vertretungsrechte ab. Insbesondere am Arbeitsplatz (Ausländer – passives Wahlrecht für Betriebsrat) und in der Gemeinde (kommunales Wahlrecht) ist die Möglichkeit der demokratischen Artikulation eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Lebens- und Integrationschancen der Einwanderer. Damit stünden der Stadtverwaltung bei Ausländerproblemen auch legitimierte Ansprechpartner gegenüber. Da die Wohnbauproblematik eine existenzielle ist, sind speziell in diesem Bereich Stufenprogramme – Konzepte großer Sofortmaßnahmen – zu

entwickeln. Das knappe Angebot für sozial Schwache und Einwanderer ist durch Sonderwohnbauprogramme (Selbsthilfe, Heime und Gemeinschaftswohnungen, Jungfamilienprogramme, Notprogramme für Kriegsflüchtlinge, usw.) zu erhöhen.

Da dies keine wissenschaftliche Abhandlung ist, sind Zitate nicht speziell ausgewiesen. Die Zitate stammen aus:

- Förster, Grabler, Huber, Mlczoch, Smetana (Hg.): „Unermüdlich, Unbequem. August Fröhlich und die sanfte Stadterneuerung heute“, Picus Verlag
- Kleindienst, Mlczoch: „Strategien für die Gründerzeithäuser“ im Auftrag der MA 18
- Troper, MD-KOB: „Enorme Verbesserung der Wohnqualität“
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sektion III/9: „Ausländerbeschäftigung“, Nov. 1991
- MD-ADV: „Bevölkerungsevidenz für Wien“, Dez. 1991

### STADTERNEUERUNGSGEBIET KALVARIENBERGVIERTEL, WIEN (1992)

Quelle: Bevölkerungsevidenz der Stadt Wien

#### BEVÖLKERUNG:

Einwohner	28.517
Inländer	19.381
Ausländer	9.136
Ausländeranteil	32,04%

#### ALTERSTRUKTUR:

Einwohner	28.517	
davon unter 15 Jahre	4.391	15,40%
15-50 Jahre	18.541	65,02%
über 60 Jahre	5.585	19,58%

#### BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG 1984-1992:

	Einwohner 1984	Einwohner 1992	Änder. abs. 1984-92	Änder. % 1984-92
Einwohner	25.834	28.517	+2.683	+ 10,39%
Inländer	21.281	19.381	-1.900	- 8,93%
Ausländer	4.553	9.136	+4.583	+100,66%

# ENERGIE - BEWUSST - NUTZEN

Zu den Themen

- Energie-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft
- Energietechnik
- Bauwesen
- Umweltschutz
- Informatik
- Wirtschaft
- Recht
- Normen und Vorschriften
- Statistik
- Und Alternativenergien

stellen wir Ihnen 7 000 Bücher, 400 österreichische und internationale Fachzeitschriften und einen laufend aktualisierten energiewirtschaftlichen Literaturdienst zur Verfügung.

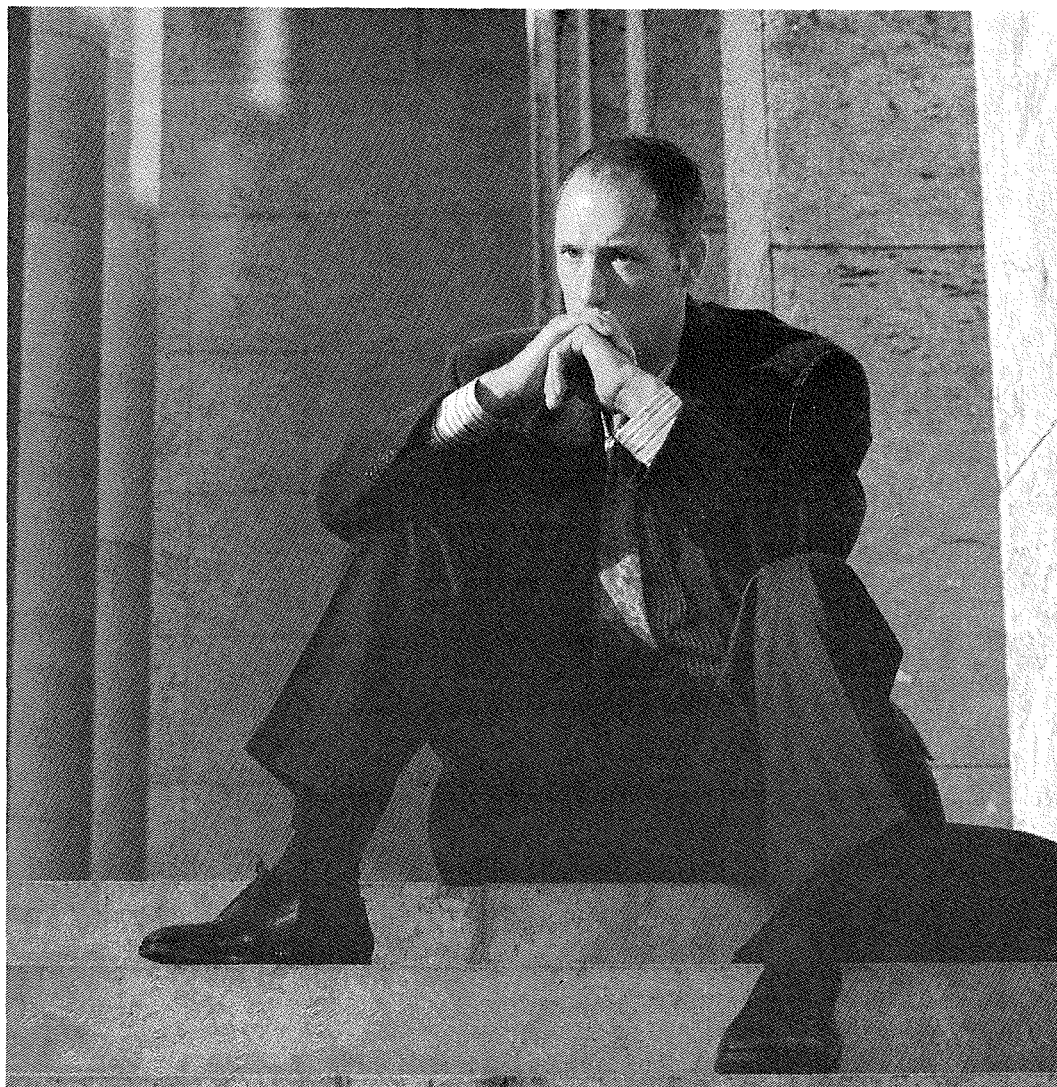
## **Dokumentationszentrum und Energiewirtschaftliche Fachbibliothek der Verbundgesellschaft**

1010 Wien, Rudolfsplatz 13 a

Öffnungszeiten: Mo – Do 9 – 12 Uhr und 14 – 16 Uhr

Nur gegen telefonische Voranmeldung  
unter 53 113/37 43 oder 37 56!

W I R L E B E N I M  
**Verbund**



**“Man würde ihn auslachen. Er würde sich verdächtig machen. Niemandem kann er sagen, daß er schon manchmal an seine Pensionszeit denkt. Nur seiner Frau und seiner Bank. Ein persönliches Gespräch. Und vieles wird möglich.”**

Sprechen Sie über individuelle Vorsorge-Möglichkeiten mit Ihrem Kundenberater bei der Bank Austria.

**Bank Austria**  
Die beste Verbindung.